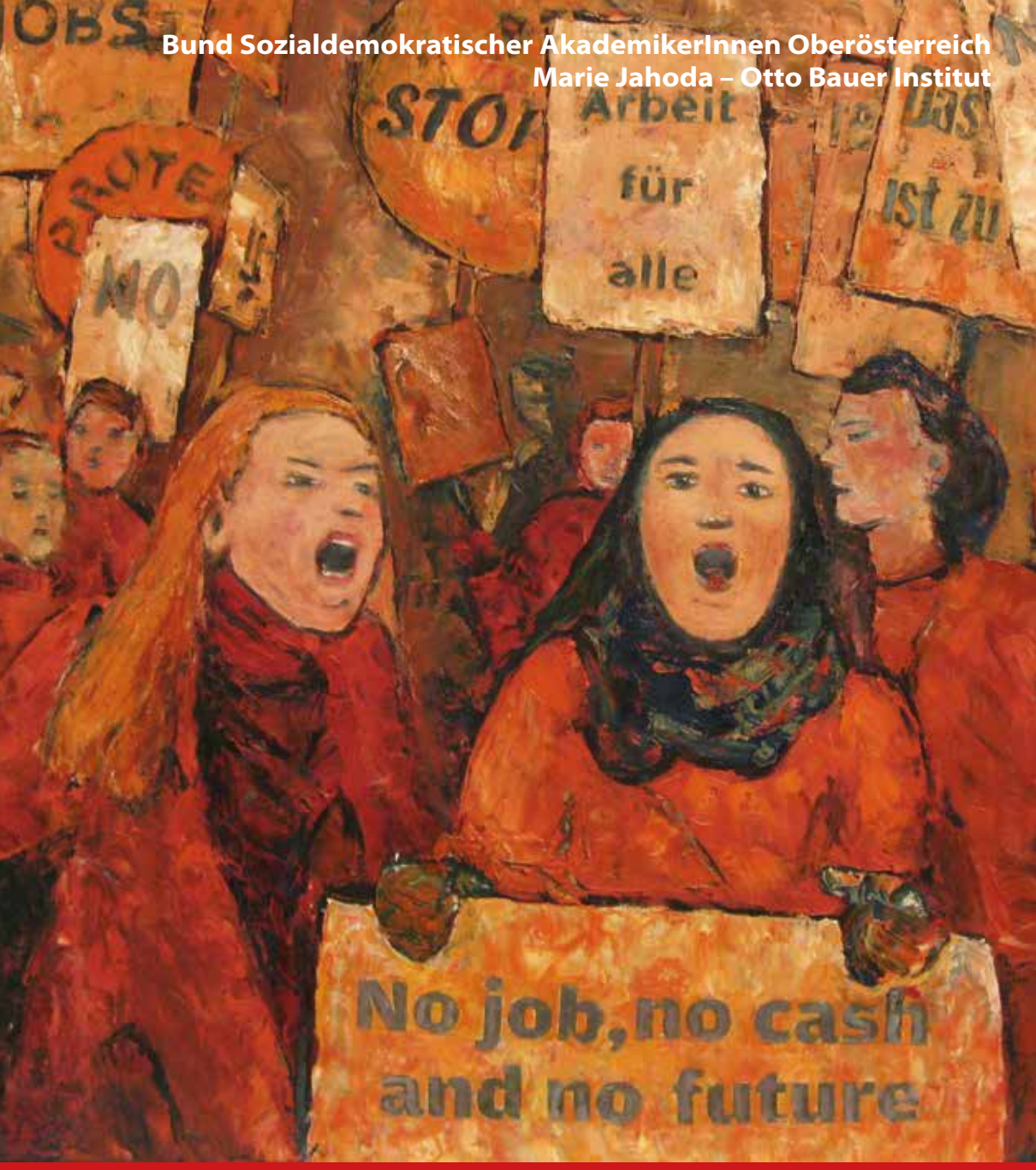
Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen Oberösterreich
Marie Jahoda – Otto Bauer Institut




# HERAUSFORDERUNG **NEUE ARBEIT**

# Herausforderung Neue Arbeit

**Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen Oberösterreich**
**Marie Jahoda – Otto Bauer Institut**

Verlag Gutenberg

## Impressum

**Herausgeber:**
Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen,
KünstlerInnen und Intellektueller Oberösterreich
www.bsa-ooe.at
Marie Jahoda – Otto Bauer Institut / Verein zur
Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Politik
www.jbi.or.at
Landstraße 36
A-4020 Linz

**AutorInnen:**
Stefan Etzelstorfer, Mag. Christian Forsterleitner,
Mag. Dr. Georg Hubmann, Mag.ª Barbara Kapeller,
Mag.ª Laura Kepplinger.

**Layout:**
Ivonne Schuster (www.das-pixel.com), Linz

**Druck:**
Gutenberg, Linz

1. Auflage 2012

## CC-Lizenz

Die Inhalte dieses Buches stehen unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Österreich Lizenz. Die enthaltenen Bilder der Künstlerinnen und Künstler sind davon ausgenommen.

# Inhaltsverzeichnis

Wege zur „Neuen Arbeit“ 9
Vorwort 10
Einleitung 13

**Kapitel 1:**
**Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft** 19
*Interview mit Sonja Ablinger* 31
*Interview mit Reinhold Entholzer* 35
*Interview mit Klaus Luger* 39

**Kapitel 2:**
**Brennpunkte am Arbeitsmarkt** 53
*Interview mit Josef Weidenholzer* 65
*Interview mit Christine Stelzer-Orthofer* 69

**Kapitel 3:**
**Neue Rahmen für Neue Arbeit** 81
*Interview mit Max Stelzer* 99
*Interview mit Gertraud Jahn* 103

**Kapitel 4:**
**Herausforderung Neue Arbeit** 117

**Kapitel 5:**
**Neue Arbeit und aktuelle Trends in der Arbeitswelt** 127

AutorInnen 141
KünstlerInnen 142
ExpertInnen 143

# Wege zur „Neuen Arbeit“

In den letzten zwei Jahrhunderten hat sich die Arbeitswelt schon mehrfach gewandelt – meist zum Positiven für die Mehrheit der Bevölkerung. Was geblieben ist, ist aber die zentrale Rolle der Arbeit als Grundlage für das notwendige Auskommen und damit auch für die Integration und Teilhabe in der Gesellschaft. Arbeit als wichtiger zivilisatorischer Meilenstein und Grundlage für alles, was unsere Gesellschaft und uns als Menschen ausmacht. Vom Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens hin zur Arbeit als zentrale sinnstiftende Komponente im Leben.

Die jüngsten Revolutionen in der Arbeitswelt sind zum einen die Erosion der Vollzeitfestanstellung durch verschiedene prekäre und alternative selbstständige Formen der Beschäftigung und die damit einhergehende Flexibilisierung bezogen auf den Lebenslauf des Menschen. Diese formalen Änderungen bringen auch viele soziale und kulturelle Veränderungen mit sich, wie die Verschiebung vieler Arbeitsplätze vom Industrie- in den Dienstleistungssektor, die Spezialisierung und der wachsende Druck auf die Beschäftigten mit all ihren positiven wie negativen Auswirkungen.

In dieses Spannungsfeld der Veränderungen stieß der BSA Oberösterreich mit dem Schwerpunktthema „Neue Arbeit“ vor. Die Auseinandersetzung erfolgte nicht nur in verschiedenen Veranstaltungen der Fachgruppen, sondern explizites Ziel war es, auch neue Arbeitsweisen und Formen der Beteiligung auszuprobieren. Beim Themenforum „Neue Arbeit“ im Juli 2012 gab es nicht nur spannende Inputs von Expertinnen und Experten, sondern auch die Möglichkeit auf Augenhöhe mit den Profis Argumente auszutauschen und Positionen zu entwickeln. Über künftige Entwicklungen am Arbeitsmarkt wurde dabei ebenso diskutiert wie zu aktuellen Herausforderungen im Arbeitsrecht, die Rolle von Scheinselbstständigen und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) sowie Ansätze für mehr Wirtschaftsdemokratie.

Die gesammelten Ideen, Anregungen flossen – genauso wie die Expertise der ReferentInnen – in die vorliegende Publikation ein, mit der versucht wurde, die wichtigsten und brennenden Fragen zum Thema Arbeit für die kommenden Jahre zu umreißen. Besonderer Dank gilt dabei den Künstlerinnen und Künstler des bsa:art, die uns für dieses Buch einige ihre Werke rund um das Thema „Arbeit“ zur Verfügung stellten.

Linz, im November 2012

# Vorwort

„Von der Ware Arbeit zur wahren Arbeit". So lautete der Titel einer Diskussion im Rahmen des Ars Electronica-Festivals 2010. Er bringt gut auf den Punkt, worum es auch dem BSA Oberösterreich in dieser Debatte geht. Wir sind unzufrieden mit dem, was für Hunderttausende Menschen in Oberösterreich einen Großteil ihres Lebens ausmacht: der Arbeit. Unzufrieden, weil es immer noch viele gibt, die überhaupt nicht am Arbeitsprozess teilhaben können. Unzufrieden, weil vielfach der Verdienst kaum oder gar nicht zum Leben reicht und weil man sich Sorgen um die Zeit nach der produktiven Phase machen muss. Unzufrieden, weil die Arbeitssituation für viele Menschen oft ungerechte Entlohnung, wenig Mitsprache und immer öfter Druck und Stress bedeutet. Wir sind auch unzufrieden damit, was der Mainstream in Politik und Ökonomie immer noch als den Sinn der Arbeit postuliert: Konsum und Gewinn. „Aber das kann doch nicht alles sein?", fragen wir uns gemeinsam mit immer mehr Menschen. Es geht doch auch um Teilhabe, um Sinn, um Freude an der Arbeit. Muss es denn wirklich so sein, dass Arbeit nur Zwang ist und ihr Ergebnis nur dem Konsum dient?

Unsere Unzufriedenheit wollen wir – der BSA Oberösterreich gemeinsam mit dem Marie Jahoda – Otto Bauer Institut – in einen positiven Beitrag verwandeln und gemeinsam überlegen, wie man es besser machen könnte. Uns geht es um das Gemeinwohl (*common profit*), um Kooperation als positives Gestaltungselement in Gesellschaft und Wirtschaft, um einen gerechten Zugang zu Arbeit und gerechte Behandlung für die Menschen und um (Entscheidungs-)Freiheit. Es geht uns um sozialdemokratische Werte in einem Themenfeld, welches das Leben der Menschen so entscheidend beeinflusst.

Das Buch beleuchtet historische und ökonomische Fragen aus gesellschaftstheoretischer Perspektive, genauso wie aktuelle Themen und versucht dabei auch die Probleme von Menschen in der Arbeitswelt in ihrer persönlichen Betroffenheit zu berücksichtigen. Wir sind keine FantastInnen. Aber wir versuchen, vorauszudenken. Arbeit verändert sich, so wie sie es seit tausenden von Jahren tut. Diesen Prozess kann man einfach geschehen lassen, oder ihn gestalten. Wir präferieren das Gestalten. Unsere Analyse soll Grundlagen liefern, Diskussionen anregen, zum Nachdenken und Handeln auffordern. Arbeit wird es immer geben. Die Frage ist nur welche, für wen und wie viel. Deshalb wollen wir einen Beitrag zur Definition liefern, was Arbeit heute sein kann und sein soll und Beispiele bringen, wie Veränderungen aussehen können.

Dieses Buch ist nicht der Anfang unseres Diskussionsprozesses über das Thema Arbeit im BSA. Schon im Vorfeld gab es Diskussionen im kleinen und größeren Kreis. Intern und auch mit ExpertInnen und eine breitere Beteiligung im Forum Neue Arbeit in einer Workshop-ähnlichen Form. Das Buch ist somit

ein Zwischenschritt und eine erste Zusammenfassung. Danke an alle, die schon mitgearbeitet und mitdiskutiert haben und an diejenigen, die sich jetzt in die Debatte einbringen.

Die Kooperation des BSA Oberösterreich mit dem Jahoda-Bauer-Institut hat es ermöglicht, dass junge WissenschaftlerInnen gemeinsam mit Interessierten aus dem BSA diese Publikation erstellt haben. Unser Anspruch ist es, Erkenntnisse und Theorien aus der Forschung für die politische Praxis aufzubereiten und eine Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik herzustellen.

Ein herzliche Danke geht dabei an die großartigen BSA-KünstlerInnen unter der Leitung ihrer unermüdlichen und immer kreativen Renate Moran. Die Kunstwerke im Buch waren bereits im Rahmen einer Ausstellung zum Thema Arbeit zu sehen. Die Werke vermitteln oft mehr, als wir mit Worten ausdrücken können – sie verleihen dem Buch erst den richtigen Ausdruck.

Die Texte des Buchs sind übrigens rechtlich unter einer Creative Commons-Lizenz erschienen. Wir ermöglichen damit, dass diese Inhalte auch weiter verwendet werden dürfen. So wie wir auf den Ideen vieler aufgebaut haben, hoffen wir damit auch eine weitere Nutzung unseres Diskussionsbeitrags zu ermöglichen.

Auch wenn es viel „Arbeit“ war: Uns hat das Recherchieren, Schreiben und Diskutieren viel Freude bereitet. Besonders würden wir uns aber über Rückmeldungen und weitere Diskussionsbeiträge freuen!

Christian Forsterleitner
*Vorsitzender des BSA Oberösterreich*

# Einleitung

# Einleitung

Auf der Suche nach Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Neuen Arbeit ist dieses Buch entstanden. Es versucht, Grundlagen zu setzen und einen Analyserahmen zu liefern, die für die politische Arbeit zum Thema nützlich sind. Dazu wird ein Bogen von grundsätzlichen historischen Entwicklungslinien der Arbeitsgesellschaft über wesentliche soziale Brennpunkte hin zu Alternativen in der Organisationsform wirtschaftlichen Handelns gespannt. Kommentiert wird jeder dieser Teile von Expertinnen und Experten, die entweder aus der wissenschaftlichen oder politischen Praxis stammen. Die Interviews liefern konkrete Beispiele, genauso wie theoretische Analysen oder normative Ansatzpunkte.

Aus diesen Analysen wird ein Schema entworfen, das für den politischen Gebrauch und die Reflexion neuer Entwicklungen in der Arbeitsgesellschaft dienen soll. Als Abschluss fungiert ein Blick in die unmittelbare Praxis der Arbeit und des Wirtschaftens. Potenziale und Risiken werden bewertet und bieten einen Anstoß, in die konkrete Welt der Neuen Arbeit einzutauchen. Zur inhaltlichen Anleitung und Orientierung in diesem Buch dient die hier angeschlossene Präsentation der einzelnen Abschnitte.

## Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft

In den Nachkriegsjahren stieg der Wohlstand in den europäischen Staaten kontinuierlich an: Zum ersten Mal in der Geschichte gab es für den Großteil der Menschen lang anhaltenden Wohlstand und soziale Absicherung. Möglich war dies durch annähernde Vollbeschäftigung und kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Armut und Arbeitslosigkeit wurden zu einem Randphänomen. Mit der Ölkrise in den 1970er Jahren kam die erste Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft, die Zahl der Arbeitslosen stieg an und verfestigte sich. Seitdem nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu.

Die stetig wachsende Zahl neuer – vielfach prekärer – Arbeitsverhältnisse stellen die Gesellschaft vor neue Herausforderungen: Unzureichende soziale Absicherung, mangelnde gewerkschaftliche Vertretung, hohe persönliche Abhängigkeit von dem/der Arbeitgeber/in und eine Entlohnung unterhalb des Existenzminimums. Nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem Phänomen der „working poor", also von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit in Armut leben, kommt es auch zu einer stärkeren Zerklüftung der Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich bzw. die Kluft zwischen oben und unten wächst weiter an. Dies ist gesellschaftspolitisch äußerst problematisch, da der soziale Zusammenhalt durch diese Entwicklungen weiter in Richtung einer Entsolidarisierung geschwächt wird.

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion wird von einem Ende der Arbeitsgesellschaft gesprochen: Durch Technologisierung und Modernisierung nimmt das zeitliche Volumen für die Schaffung von Gütern beständig ab, immer weniger Menschen werden (vor allem im Bereich der Produktion) für dasselbe Output-Niveau gebraucht. Neue Jobs vor allem im Dienstleistungs- und High-Tech-Bereich und bei höheren Qualifizierten entstehen. Arbeit erlangt dadurch einen höheren Grad an Selbstbestimmung und ermöglicht höhere persönliche Entfaltung. Freilich wird dabei übersehen, dass im Bereich der persönlichen Dienstleistungen weiterhin Tätigkeiten erforderlich sind, die nur geringer Qualifikation bedürfen und in dem viele ErbringerInnen von Arbeit weiterhin in schlecht bezahlten und stark abhängigen Dienstverhältnissen verbleiben werden. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität mit dem Effekt, dass weniger Menschen für den gleichen Output benötigt werden, ist prinzipiell positiv zu beurteilen. Möglich wäre es, dies in Form von höheren Löhnen oder Arbeitszeitverkürzung weiterzugeben. Doch tatsächlich fällt die Verteilung des Wirtschaftswachstums sehr ungleich aus: Die oberen Einkommensgruppen profitieren überproportional stark, während der Großteil der Bevölkerung wenig vom Wohlstandszuwachs spürt. Die Vermögenskonzentration erzeugt eine Schieflage innerhalb des Wirtschaftskreislaufs.

Die Rückkehr zum alten fordistischen Wachstumspfad scheint – neben der momentanen Unmöglichkeit der politischen Durchsetzung – vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verknappung natürlicher Ressourcen problematisch. Eine Wende hin zu mehr Ressourcen- denn zu Arbeitseffizienz könnte eine mögliche Lösungsstrategie sein.

## Soziale Brennpunkte der Arbeit

Arbeit ist nicht nur als Synonym mit Arbeitsmarkt zu sehen, vielmehr ist das Konzept Arbeit auch ein wichtiger Faktor in gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe und damit der Möglichkeit zur Entfaltung von Potenzialen, Visionen und Möglichkeiten. Die Analyse des Arbeitsmarktes als Ort sozialer Brennpunkte und Konflikte, seinen Mechanismen der Inklusion und Exklusion gibt nicht nur Aufschluss über die Verteilung von Einkommen und Wohlstand, sondern macht auch Ungleichheiten sichtbar, die Konsequenzen in allen gesellschaftlichen Bereichen nach sich ziehen. Innerhalb dieses Problemaufrisses bewegt sich „Kapitel 2: Soziale Brennpunkte der Arbeit". In einem ersten Schritt soll die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit abseits ihrer existenzsichernden und berechtigungsstiftenden Funktion in modernen, kapitalistischen Gesellschaften definiert werden, um dann in einem zweiten Schritt an die Brennpunkte bzw. jene Dynamiken des Arbeitsmarktes zu gehen, die die gesellschaftliche Struktur und Teilhabe nachhaltig beeinflussen.

Die Erosion der Regelarbeitsverhältnisse und ihre schrittweise Substitution durch so genannte „flexible" Arbeitsverhältnisse, die neben psychologischer Belastung auch soziale Unsicherheit mit sich bringen, hat mittlerweile auch in Österreich Einzug in den Mainstream gefunden. Durch die kreative Auslegung von arbeitsrechtlichen Grundlagen und die Verflechtung mit neoliberalem Gedankengut, der damit verbundenen Entgrenzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches, sowie der damit verbundenen Zeit (Freizeit, Zeit für Familie, Zeit für reproduktive Arbeit etc.) eröffnen sich völlig neue Verhältnisse von Ungleichheit, die ihren Ausgangspunkt im Arbeitsmarkt haben.
Diese Erosion und Verflüchtigung wiederum trifft besonders jene Gruppen der Gesellschaft, die auch auf anderen Ebenen mit struktureller Ungleichheit konfrontiert werden: Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Beeinträchtigungen und ältere Personen sind von der neoliberalen Neuordnung des Arbeitsmarktes besonders betroffen. In der Wissenschaft wird in diesem Zusammenhang oft von „Geschlechterfragen" oder der „Geschlechterdimension" gesprochen. Diese Perspektive hat essenzielle Daten geliefert und die Situationen von Frauen am Arbeitsmarkt sichtbar gemacht. Allerdings ist die Bezeichnung der Spaltung des Arbeitsmarktes entlang der Geschlechterlinien nicht nur Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung, sondern bestimmt die Gestalt des gesamten Arbeitsmarktes und damit des gesellschaftlichen Konzeptes von Arbeit. Die oben angesprochenen Mechanismen von Ausschluss und Beteiligung sollen hier anhand verschiedener, weniger privilegierten gesellschaftlichen Gruppen aufgezeigt und ihre Effekte auf andere Lebensbereiche außerhalb des Arbeitsmarktes dargestellt werden.
In einem dritten Schritt geht es um neue Formen der Arbeit, wie zum Beispiel der Wissensarbeit, der gesamten Pflegeökonomie, die durch die schrittweise Privatisierung der Gesundheitseinrichtungen und auch der Verlagerung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre mehr ins gesellschaftliche Zentrum rückt. Diese neuen Entwicklungen hängen eng mit den ersten beiden Punkten (Erosion der Regelarbeitsverhältnisse, Inklusion und Exklusion am Arbeitsmarkt) zusammen, da sie erstens besonders jene am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen treffen und zweitens durch neoliberale Umdeutung sehr stark Interessenbewegungen eben dieser Gruppen kooptieren. Zum Beispiel wird die Ökonomisierung der Pflege als Errungenschaft für Frauen gedeutet, da die Pflege aus dem familiären Umfeld in einen institutionellen Rahmen gehoben wird. Dabei verrichten Frauen dann doppelte Reproduktionsarbeit (Pflege, Reinigung, Obsorge etc.), teils zu Hause, wo sie traditionell verankert ist, teils im Beruf zu Mindestlöhnen und schlechten Konditionen.

## Organisationsformen der Arbeit

Arbeitsverhältnisse sind in der kapitalistischen Gesellschaft als Vertragsbeziehungen organisiert. Das Kräfteverhältnis von UnternehmerInnen und Beschäftigten wird im Arbeitsrecht bestimmt, die Verteilung der Arbeit erfolgt am Arbeitsmarkt. Das klassische Normalarbeitsverhältnis und die strikte Trennung in UnternehmerIn und lohnabhängig Beschäftigte erfasst aber die Realität der Arbeitswelt immer weniger. Nicht nur die umfassenden Veränderungen in der Arbeitswelt ließen viele Grenzen verschwimmen, sondern auch die immer stärkeren globalen Verbindungen in der Unternehmenswelt sorgen für neue Organisationsformen im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitswelt.
Für die notwendige Neubestimmung der Arbeitsbeziehungen braucht es auch geeignete Organisationsformen. Altbewährt und gut sind Genossenschaften, die entgegen dem Vorurteil des Auslaufmodells in vielen Bereichen wieder kollektive Sichtweisen einbringen können, die in der individualisierten Arbeitswelt ansonsten schon untergegangen wären. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit der Neuausrichtung der Mitbestimmung in den Betrieben. Dabei gibt es eine weites Spektrum: Von der bloßen Beteiligung der MitarbeiterInnen am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens bis hin zu selbst verwalteten Organisationsformen lässt sich hier viel herausholen.
Unter dem Titel „Wirtschaftsdemokratie" werden neue Formen der Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich diskutiert. Dazu gehören kleine und große Unternehmen, genauso wie nationalstaatliche oder internationale Institutionen und ihr jeweiliger Einfluss auf die Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen. Die Wirtschaftsdemokratie-Konzepte zielen dabei auf eine Überwindung von Gegensätzen wie Plan und Markt, Lohn und Gewinn, Demokratie und ökonomische Effizienz oder ökologische Nachhaltigkeit und blindes Wachstum ab. Es geht darum, Antworten auf diese gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu finden und um eine weitere Demokratisierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche, von den Betrieben bis zur globalen Ökonomie.

## Visionen

Im Kapitel 4 sollen Visionen und Lösungsvorschläge zur aktuellen Situation des Arbeitsmarktes, zum Konzept und zur Rolle und Bedeutung von Arbeit generell zusammengetragen und konkretisiert werden. Nicht die konkreten Lösungsvorschläge stehen jedoch im Vordergrund, sondern der visionäre Ansatz. So soll die Bedeutung von Visionen innerhalb der Organisation und auch die Bedeutung von Visionen als Ziel, die zur Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge animieren sollen, aufgezeigt werden. Anders ausgedrückt: Um jenseits von Schadensbekämpfung zu denken, das heißt zu reagieren, muss es auch Zielvorstellungen geben. Es wird versucht in diesem Zusammenhang eine strukturierte Anleitung zu geben.

## Neue Arbeit und aktuelle Trends in der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt hat sich verändert: Neue Beschäftigungsformen, neue Anforderungen und neue Probleme tauchen auf. Berufskarrieren sind in der heute jungen Generation der unter 30-Jährigen nicht mehr mit denen ihrer Eltern vergleichbar. Der Begriff Arbeit muss daher neu überdacht und um einige Aspekte erweitert werden. Während die vorangehenden Kapitel versuchten, den Grundstein für neue Definitionen von Arbeit zu legen, soll das fünfte und letzte Kapitel des Buches aktuelle und zukünftige Fragen der Arbeitswelt anreißen – ohne aber den Anspruch auf Vollständigkeit für sich zu erheben. Vielmehr handelt es sich um eine Auswahl von Themen, die als diskussionswürdig erschienen. Im Mittelpunkt steht dabei einerseits die konkrete Betroffenheit der Menschen, die sich im Arbeitsprozess befinden, andererseits auch deren praktische und alltägliche Probleme. Fragen nach dem Sinn von Arbeit oder nach dem derzeitigen Wettbewerbsverständnis werden dabei ebenso aufgeworfen wie die Auswirkungen der fortschreitenden Technologisierung und der damit verbundenen Rationalisierung von Arbeitsplätzen.

# Kapitel 1
# Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft

Barbara Kapeller

Arbeit
Arbeitsproduktivität
Entwicklung
Frage
Menschen
Wachstumsraten
Golden
etwa
Produktion
Entwicklungen
Age
Selbstbestimmung
Konsumausgaben
zweierlei
Reichtum
USA
Produkte
Faktor
homo
Verdienst
Veränderung
deutsche
angefallenen
doppelte
Zusammenhang
Selbstverständlichkeit
Relation
gerecht
Entstehung
Sektor
zweiten
kapitalistischen
Ende
kaum
stetig
arbeiten
vorliegende
stehen
Grundlagen
60er
Augenmerk
gilt
Goldenen
Produktivitätssteigerungen
Produktivitätsfortschritte
Prozess
vielmehr
Wettbewerbsfähigkeit
Bedeutung
Erklärung
wäre
Bereich
direkt
verteilt
Zeit
siebziger
bedeutet
Zeiten
aufwirft
Sektoren
Geschichte
Dienstleistungen
seit
Quelle
Fragestellung
tatsächlich
Zukunft
nämlich
erscheint
Abschwung
Deutschland
erwähnten
erreichen
Stabilität
Fragen
deren
Ressourcenpreise
Vorstellung
ohnehin
gesellschaftlichen
Nachfrage
Einkommen
strukturellen
Dienstleistungsgesellschaft
Wandel
Wege
ja
Güterproduktion
technologische
Befund
Teil
sozialer
Verteilung
ökonomische
steht
zeigt
wesentlich
durchschnittlichen
70er
Modell
ersten
darauf
zusehends
Jahre
wiederum
unserer
Form
ökonomischen
zurück
gesellschaftliches
beobachteten
faber
nachhaltig
Entlohnung
Art
lässt
Tätigkeiten
heute
etc
Umfeld
Wachstumsdynamik
Steigerung
Löhne
Anstieg
Vollbeschäftigung
realwirtschaftlichen
Ländern
sozialen
Rückkehr
wurden
Armut
pro
Effektivität
Bruttoinlandsprodukt
Rolle
oberen
Antwort
Teilhabekriterium
Capitalism
of
erklären
Kreislauf
allen
erlaubt
weitere
Dabei
weniger
mehr
Innovation
langfristig

# Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft

## 1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welchem Wandel die Arbeit unterliegt und welche Implikationen dies für die zukünftige Gesellschaftsorganisation aufwirft. Diese unsichere und komplexe Fragestellung kann hier beileibe nicht vollständig beantwortet werden. Ziel ist es vielmehr, einige zentrale Fragen und Reflexionspunkte aufzuwerfen und so erste Anhaltspunkte zur Identifikation jener gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten zu liefern, die sich in Zukunft von selbst in Frage stellen werden. Eine solche Selbstverständlichkeit ist die Funktion von Arbeit als gesellschaftliches Teilhabekriterium: Arbeit dient als gesellschaftliches Unterscheidungsmerkmal und als Zugehörigkeitssymbol – sie signalisiert Status und Verdienst. Nicht in Arbeit zu sein bedeutet dabei oft nicht nur materielle Entbehrung, sondern auch sozialen Ausschluss (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975). Gerade in konservativen Wohlfahrtsstaaten, wie etwa dem österreichischen Sozialsystem, gilt Arbeit – aufgrund der Beitragsorientierung von Sozialversicherungsleistungen – hier als Anspruchsberechtigung und Zugangskriterium (Esping-Andersen 1990). In einer Gesellschaft, in der sich die Arbeitsproduktivität stetig erhöht und traditionelle Vollbeschäftigung nur durch immer weitere und intensivere Güterproduktion erreicht werden kann, erscheint eine als Teilhabekriterium verstandene Arbeit eine zusehends fragile Vorstellung zu sein, deren Aufrechterhaltung mit den empirischen Entwicklungen systematisch kollidiert.

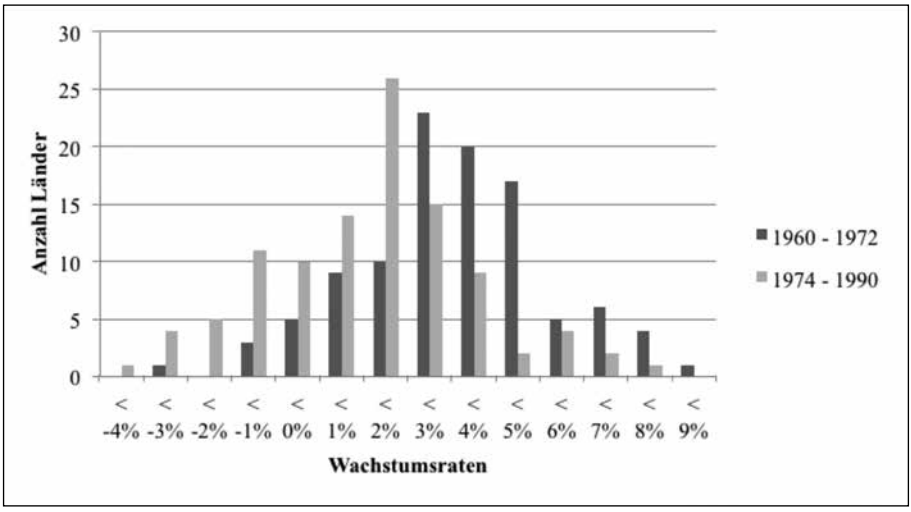
Eine andere Selbstverständlichkeit, die sich zusehends in Auflösung befindet, ist die Vorstellung von Arbeit als Mühsal. In einer Umgebung fortschreitender ökonomischer Selbstbestimmung, also die gesteigerten Möglichkeiten, den Verdienst des Lebensunterhalts an den eigenen Interessen auszurichten, gilt der klassische Befund, dass Arbeit identitäts-, sinn- und selbstwertstiftend sei, mehr denn je (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975). Auch wenn diese fortschreitende ökonomische Selbstbestimmung von einer Reihe bedenklicher Entwicklungen – etwa der weitreichenden Implementierung prekärer Arbeitsverhältnisse – begleitet wird und diese stärker individualisierten Tätigkeiten die gewerkschaftliche Organisierung dieser Gruppen erschwert (Pernicka 2007), lässt sich doch hinsichtlich des Arbeitsinhalts von einer fortschreitend wachsenden Selbstbestimmung und damit von einer wachsenden Bedeutung intrinsischer Motivation im Arbeitsprozess sprechen. Obgleich also diese neuen Arbeitsinhalte zum Teil in bedenklichen institutionellen Formaten abgewickelt werden, zeigt sich die Bedeutung von Arbeit als Quelle individueller Zufriedenheit auch in der viel allgemeiner orientierten Glücksforschung, deren Befunde konsequent darauf verweisen, dass Menschen in Arbeit tatsächlich glücklicher sind als solche ohne Arbeit (Blanchflower und Oswald 2004, Frey und Stutzer 2005). Aus dieser Perspektive erscheint der Mensch tatsächlich durch und durch als ein *homo faber*.

Diese Beispiele illustrieren, welche Art von Fragen der vorliegende Beitrag aufwirft und welche Grundlagen er zu ihrer Diskussion und Beantwortung liefern mag.

## 2. Ein historischer Abriss

Ein kursorischer Blick auf die ökonomische Entwicklung Westeuropas und der USA nach dem Zweiten Weltkrieg birgt vielerlei interessante Einsichten. Darunter jene, dass das hier vorherrschende kapitalistische Entwicklungsmodell vor allem in der ersten Hälfte, also bis Mitte der siebziger Jahre, überaus erfolgreich war – man spricht auch vom „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus".

Abb. 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten pro Kopf in 104 Ländern
Vergleich 1960 – 1972 mit 1974 – 1990




Quelle: Helpman 2004, S. 4

Demgegenüber war die Entwicklung in der zweiten Hälfte der hier betrachteten Phase bescheidener – die Wachstumsraten verlangsamten sich und die intensive Wachstumsdynamik der ersten Phase blieb unerreicht. Dies führte wiederum zu einem Anstieg der Arbeitslosenraten, die das Ziel der Vollbeschäftigung zusehends in die Ferne rückte. Arbeit wurde knapper und das ökonomische System ließ eine große Zahl arbeitswilliger Personen unbeschäftigt zurück.

Handelt es sich bei dem hier beobachteten Unterschied also um ein natürliches Schwinden der kapitalistischen Wachstumsdynamik? Nicht unbedingt – schließlich ist ein Beschäftigungsrückgang bei steigendem Güterausstoß (Bruttoinlandsprodukt) eigentlich nur mit einem signifikanten Anstieg der Arbeitspro-

duktivität vereinbar. Auch externe Schocks – etwa die Ölkrise der 1970er Jahre – reichen nicht aus, um den beobachteten langfristigen Abschwung zu erklären. Zwar üben steigende Ressourcenpreise einen bremsenden Einfluss aus, doch die Trag- und Reichweite des Anstiegs der Ressourcenpreise steht in keinem Vergleich zu den hier beobachteten Unterschieden in den Wachstumsraten. Was sind also die Hintergründe dieser Entwicklung und in welchem Verhältnis stehen sie zur Arbeit?

## 2.1. Die Quellen des Wachstums

Arbeit spielt eine doppelte Rolle zur Erklärung des Wachstumsunterschieds zwischen dem „Golden Age of Capitalism" und der Entwicklung seit Ende der siebziger Jahre. Zum einen fungiert die Arbeit – vor allem in Form gesteigerter Arbeitsproduktivität der Produktion – als ökonomisches Fundament dieser Entwicklung. Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität resultiert im Wesentlichen aus einer Verbesserung der technologischen Grundlagen der Produktion und einer zunehmend spezialisierten (Fach-)Ausbildung der arbeitenden Menschen. Technologie und Bildungsstand vollziehen also einen wechselseitigen Anpassungsprozess. Arbeit ist insofern auch in den Prozess technologischen Fortschritts direkt eingebunden und kann nicht losgelöst von diesem betrachtet werden. Insofern fungiert diese Steigerung der Effektivität der Arbeit als eine entscheidende Grundlage der kapitalistischen Wachstumsdynamik.

Eine weitere systemische Triebkraft des „Golden Age of Capitalism" war die verhältnismäßig (d.h. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) hohe Entlohnung des Faktors Arbeit. Diese Löhne flossen in Form von Konsumausgaben wiederum an die Unternehmen zurück, die in Folge ihre Produktion ausweiteten etc. Ein Großteil der erzeugten Wertschöpfung floss also in einen realwirtschaftlichen Kreislauf zurück und konnte so zur Entstehung neuer Produkte und Arbeitsplätze beitragen. Das so genannte „Fordistische Modell" von Massenproduktion, Vollbeschäftigung und einem starken Binnenkonsum funktionierte in diesem Punkt. Arbeit spielte also insofern eine „doppelte Rolle" in der ökonomischen Erklärung des „Golden Age of Capitalism": Die Steigerung ihrer Effektivität und ihre verhältnismäßige Entlohnung waren für die beobachtete Wachstumsdynamik von großer Bedeutung.

Dabei war den politischen AkteurInnen schon damals bewusst, dass die Funktionalität des obig erwähnten realwirtschaftlichen Kreislaufes entscheidend für die Beschäftigungsintensität der Wirtschaft und damit für den Anstieg des sozialen Wohlstands sei. Dementsprechend wurden Versuche, diesem Kreislauf systemisch Mittel zu entziehen, harsch reguliert. So waren Kapitalverkehrskontrollen (zur Erschwerung von Auslandsveranlagungen) bis in die 1960er Jahre in vielen

Ländern Standardgesetzgebung und in Österreich dirigierte ebenso bis in die 1960er Jahre ein „Beirat für Lohn- und Preisfragen" die Verteilungsentwicklung, um Inflation und einseitiger Gewinnaneignung vorzubeugen.

## 2.2. Die Ursachen des Abschwungs

Den Abschwung einer Wachstumsintensität nach dem „Golden Age of Capitalism" zu erklären, kann nicht auskommen, ohne auf zwei Fragestellungen einzugehen: Zum einen ist dies die Frage, ob die historisch seltene Erfahrung einer derart massiven Steigerung der Arbeitsproduktivität tatsächlich auch in Zukunft realisierbar ist und welche strukturellen Gründe dem entgegenstehen könnten. Zum anderen geht es um die Frage der Verteilung des erarbeiteten Wohlstandes, der direkt mit der Stabilität des kapitalistischen Systems in Zusammenhang steht.

### a) Produktivitätssteigerungen in unterschiedlichen Sektoren

Die menschliche Geschichte ist geprägt von Produktivitätssteigerungen. In den bedarfsdeckungsorientierten Ökonomien, denen wir im Laufe dieser Geschichte zumeist begegnen, bedeutete jede technologische oder organisationale Innovation automatisch eine Senkung der zur Bedarfsdeckung notwendigen Arbeitszeit (Veblen 1899). Über den Weg der Arbeit ist technologische Innovation eng mit sozialen Wandlungsprozessen im Allgemeinen verknüpft (Sennet 2008, Rifkin 2005). Das Spezifische am „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus" kann also nicht die Entstehung von Innovation und hierdurch erfolgende Steigerung der Arbeitsproduktivität an sich sein, sondern liegt vielmehr in der historisch unbekannten Größenordnung begründet, mit welcher dieser Prozess vonstatten ging, den zur Zeit manche Schwellenländer unter ähnlichen Vorzeichen wiederholen.

Doch wie lässt sich diese außerordentliche Dimension der Expansion der Arbeitsproduktivität damals (in den USA und Westeuropa) wie heute (Schwellenländer) strukturell erklären? Ein wesentliches Merkmal dieser Expansion ist die Dominanz industrieller Produktion als Rückgrat eines solchen Wachstumsmodells. Dies impliziert, dass die Steigerungsfähigkeit der Arbeitsproduktivität im industriellen Sektor (weit) überhalb jenes der anderen Sektoren liegt. Deshalb wird der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft als ein wesentlicher Faktor zur Verlangsamung der Wachstumsdynamik angesehen (Rifkin 2005). Trotz zahlreichen Innovationen im Dienstleistungssektor – vor allem aus dem Bereich der Informationstechnologie – erweisen sich viele der Tätigkeiten in diesem Sektor als „innovationsresistent", was bedeutet, dass sie auf manueller Tätigkeit und physischer Anwesenheit beruhen, die nicht oder nur eingeschränkt maschinell befördert werden kann. Zwar mögen neue Entwicklungen

(Stichwort Green Jobs) eine abfedernde Wirkung haben, an Wachstumsraten wie in den Goldenen Zeiten werden wir als Dienstleistungsgesellschaft aber nicht mehr anschließen können.

Die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft signalisiert zweierlei: Erstens konnten wir im Bereich der materiellen Güterproduktion enorme Produktivitätsfortschritte erreichen, was wiederum bedeutet, dass wir mit weniger Menschen die Nachfrage befriedigen können. Zweitens ist ausreichend Nachfrage nach Dienstleistungen auf vielerlei Ebenen vorhanden – und daher wird auch die Bereitstellung von Dienstleistungen entsprechend stimuliert. Daher haben wir einen Teil unserer Wachstumspotenziale aufgegeben.

Dabei ist unklar, ob diesen aufgegebenen Wachstumspotenzialen tatsächlich vollumfänglich nachzutrauern ist: Vor dem Hintergrund von Ressourcenknappheit und anderer ökologischer Restriktionen stellt sich in diesem Kontext ohnehin langfristig die Sinnfrage eines steten Wachstums an (oft kaum mehr abzusetzenden) materiellen Produkten. Historisch gesehen ist diese Überproduktion einmalig. Eine stärkere Orientierung an einer bedarfsorientierten Produktionsweise wird kaum ausbleiben.

**b) Die Verteilungsfrage**

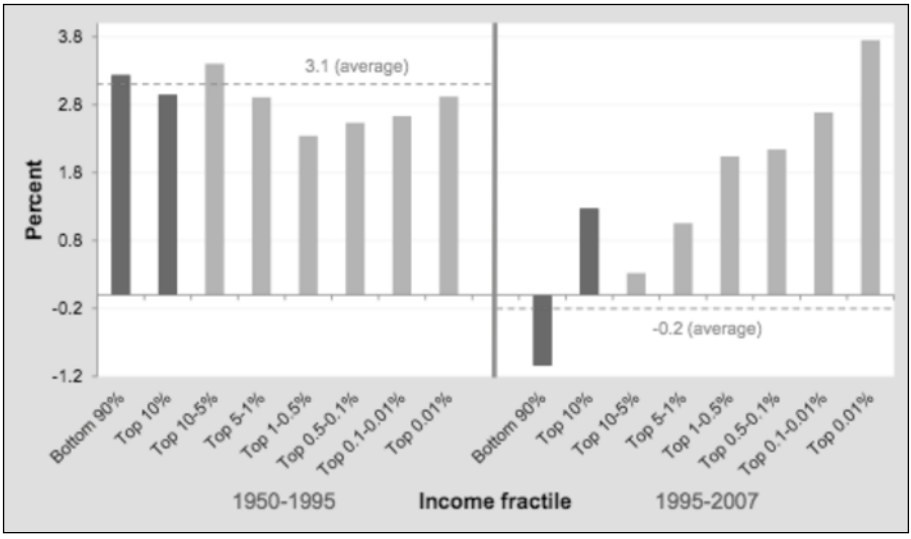
Die vorangegangene Argumentation erweckt den Eindruck, als wäre mit dem Ansteigen der Arbeitsproduktivität alles leichter geworden und – letztendlich – vielleicht sogar etwas zu leicht. Doch wirkt dieser Befund nicht anachronistisch angesichts steigender Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Krisenszenarien und wachsender Betroffenheit von Armut und sozialer Ausgrenzung? Wie lässt sich das Bild eines ständig steigenden Produktionspotenzials mit dieser Entwicklung vereinbaren?

Die Antwort auf diese Fragen fällt zusammen mit der zweiten hier genannten Ursache der strukturellen Wachstumsminderung seit Ende der 1970er Jahre, nämlich die zusehends ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Dabei gilt für die USA und Europa zweierlei: Erstens, dass in den letzten 40 Jahren die Vermögenskonzentration stetig zunimmt – Reichtum also mehr Reichtum nach sich zieht – und zweitens, dass die Wachstumsraten der Arbeitseinkommen bei den oberen Einkommen wesentlich höher sind als bei den unteren und mittleren Einkommen (wobei Kapitaleinkommen ohnehin primär von den oberen Einkommensschichten lukriert werden und so diese Schieflage weiter verstärken; vgl. Atkinson, Piketty und Saez 2009). Diese beiden Entwicklungen verhalten sich komplementär zueinander und tragen dazu bei, dass dem zuvor erwähnten realwirtschaftlichen Kreislauf zusehends Kapital entzogen wird – verbunden mit

einer verstärkten Aufblähung und Krisenanfälligkeit des finanzwirtschaftlichen Sektors.

In Bezug auf die Arbeitsproduktivität gesprochen bedeutet dies, dass die angefallenen Produktivitätsfortschritte im „Golden Age of Capitalism" zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen einigermaßen gerecht (und nachhaltig) verteilt wurden, während diese seit Ende der 1970er Jahre zusehends durch Kapitalinteressen und SpitzenverdienerInnen vereinnahmt werden. Während es vor vierzig Jahren üblich war, leitende Angestellte („Manager") im Ausmaß des sechs- bis achtfachen eines durchschnittlichen Gehalts zu entlohnen, ist diese Relation heute auf das 48-fache angestiegen (Arbeiterkammer Wien 2012). Die nachstehende Abbildung verdeutlicht diesen Zusammenhang: Sie zeigt, welcher Anteil des (inflationsbereinigten) angefallenen Wirtschaftswachstums auf die oberen Einkommensgruppen und welcher auf den Rest der Bevölkerung entfällt.

Abb. 2: Verteilung des durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums nach Einkommensgruppen in Deutschland




Quelle: Anselmann und Krämer 2012, S. 16.

Die Entlohnung der Arbeit ist also auf eine doppelte Art und Weise zentral für die hier vorliegende Fragestellung: Zum einen kann ihr Zurückfallen hinter die allgemeine Produktivitätsentwicklung einen Teil des beobachteten Rückgangs an Wachstum und Beschäftigung erklären. Zum anderen ist die relativ fallende monetäre Kompensation für Erwerbsarbeit ihrerseits wiederum eine zentrale Ursache für den Anstieg von Armut, sozialer Ausgrenzung und der Entstehung systemgefährdender finanzwirtschaftlich bedingter Krisensituationen.

## 3. Lösungsansätze

Ein sich aus diesem Problemkomplex offensichtlich ergebender Lösungsansatz ist eine Rückkehr auf den alten „fordistischen" Wachstumspfad. Hierzu wären mehrere Schritte von Nöten, die keineswegs einfach umzusetzen sind. Hierunter fallen: Erstens, eine konsequente Umverteilungspolitik und zweitens, eine strikte Regulierung des Finanzsektors inklusive der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, sowie drittens, arbeitsrechtliche Verschärfungen, um prekäre Arbeitsmodi mehr oder weniger zwangsweise an traditionelle Normalarbeitsverhältnisse anzupassen. Eine solche Politik müsste besonderes Augenmerk auf eine Stärkung des Binnenkonsums legen und diesen als zentralen Wachstumsmotor begreifen und hierfür in Teilbereichen den Grad der globalen ökonomischen Integration reduzieren, um diese Zielsetzung zu erreichen. In einem solchen Umfeld ließen sich durch makroökonomische Instrumente – vor allem eine Erhöhung der Löhne – die gewünschten Effekte erzielen und das Wirtschaftswachstum so nachhaltig stärken. Konkret hieße das eine Rückkehr zur alten keynesianischen Gleichung, nach der eine Erhöhung der Löhne zu einem Anstieg des Konsums und damit zu einem Ansteigen von Investitionen und Beschäftigung führt, das weitere Konsumausgaben induziert etc.

In der Praxis hieße dies, die gestiegene Arbeitsproduktivität voll auszunützen, um mehr von allem zu besitzen – vor allem mehr von jenen Dingen, bei deren Herstellung sich die Arbeitsproduktivität besonders gut steigern lässt (z.B. industriell hergestellte Produkte) – und dafür auch entsprechend zu arbeiten.

Nimmt man jedoch die prinzipielle Unendlichkeit der Steigerungsfähigkeit der Effektivität menschlicher Arbeit zum Ausgangspunkt, stellt sich die Frage, ob ein solches Lösungskonzept einerseits nachhaltig stabil und andererseits normativ wünschenswert ist. Die Stabilität eines solchen Regimes wird etwa durch ökologische Knappheit ganz fundamental in Frage gestellt. Wenn nämlich eine Reihe zentraler Ressourcen nur in beschränktem Umfang vorliegen – wäre es dann nicht sinnvoller, verstärkt Augenmerk auf die Ressourceneffizienz, denn auf die Arbeitseffizienz zu richten? Oder, noch radikaler gefragt: Wäre dies nicht auch für jeden humanistisch denkenden Menschen Anlass genug, die Orientierung auf ein immer größeres „Mehr" an Gütern zu hinterfragen? Spätestens mit der Entwicklung dieser Fragestellung sind wir bei der Frage nach der normativen Grundhaltung angelangt. Ist die stete Steigerung eines Lebensaspekts – jenem materieller Konsumgüter – tatsächlich eine Verbindlichkeit, nur weil hier eine scheinbar grenzenlose Steigerbarkeit vorliegt? Ist eine solche Steigerung auch dann noch erstrebenswert, wenn wir im Durchschnitt (aufgrund ungleicher Verteilung leider nicht im Einzelfall) bereits in einem relativen Überfluss solcher Güter leben? Macht es Sinn, ein zukünftiges Gesellschafts- und Arbeitsmodell auf der fortschreitenden Ausdehnung dieser Gütersphären aufzubauen?

Will man diese Fragen negativ beantworten, bleibt einem bloß, für eine Arbeitszeitverkürzung – und damit auch wieder für eine relative Güterverknappung – einzutreten. Dann muss man mit Keynes (1930) und Russell (1958) für eine Kultivierung der Sinne, der Gemeinschaft und der menschlichen Neugier plädieren, um die aktivistischen Instinkte des *homo faber* jenseits der klassischen Konsumgütersphäre zu stimulieren. In diesem Fall muss man für mehr „Zeitwohlstand" streiten, um entgangenen Güterwohlstand zu kompensieren und darauf hoffen, dass das in diesem Fall verordnete Ersetzen von „Konsumzeit" durch „Freizeit" als positiv erlebt wird.

Ob der heute sehr intensiven globalen ökonomischen Verflechtungen steht die Frage der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit" mit all diesen Perspektiven in engem Zusammenhang: Kann man es sich denn heute, wo Millionen Menschen bereitstehen, um für einen Bruchteil eines europäischen Durchschnittslohns 60 Stunden pro Woche zu arbeiten, leisten, in Kategorien der Muße und Arbeitsreduktion, ja der Zurückdrängung von Arbeit als gesellschaftliches Teilhabekriterium zu denken? Und analog dazu: Ist es in diesem Umfeld möglich, das Rad der politökonomischen Entwicklung zurückzudrehen? Die standardökonomische Antwort besagt, dass beide Lösungsansätze die „internationale Wettbewerbsfähigkeit" einschränken, ja beschädigen würde. Die realpolitische Antwort auf diesen Einwand ist daher, Wettbewerbsfähigkeit nicht auf „geringe Arbeitskosten" zu verengen, sondern auf ein breiteres Spektrum an Standortfaktoren zurückzuführen und zugleich anzuerkennen, dass ein auf geringen Arbeitskosten basierendes „Export-Wachstumsmodell" ohnehin kein mittelfristig tragfähiges Konzept darstellt (wie Deutschland bald schmerzlich erleben wird). Ein „Export-Weltmeister" muss nämlich, rein saldenmechanisch, seine Exportüberschüsse ins Ausland verleihen, damit diese prolongiert werden können. Warum haben deutsche Banken wohl so viele griechische Anleihen?

Das alternative Modell des fleißigen und bescheidenen Musterschülers, der seine vorzüglich hergestellten und zugleich kostengünstigen Produkte in alle Welt exportiert, mag eine romantische und der Eigenliebe zuträgliche Vorstellung sein. Es ist aber kein Modell, das langfristig tragfähig ist, kein Modell, das Wohlstand gerecht verteilt, da es auf Lohnzurückhaltung aufbaut und kein Modell, das eine Rückkehr in goldene Zeiten erlaubt. Es erlaubt lediglich, bronzene Zeiten zu prolongieren, bis der Finanzsektor zusammenbricht.

Eine Neuorientierung der Arbeit als gesellschaftlicher Faktor und ein dadurch induzierter, umfassender sozialer Wandlungsprozess scheinen unvermeidbar. Viele Wege führen ins Desaster: Wenn Arbeit als gesellschaftliches Teilhabekriterium verstanden wird und, wie etwa in Spanien, über 40 % der unter 30-Jährigen arbeitslos sind, dann geraten ganze Generationen ins gesellschaftliche

Abseits. Andere Wege sind entbehrungsreich und steinig – etwa das deutsche und (zurzeit) österreichische exportbasierte Wachstumsregime – und nur wenig nachhaltig. Zuletzt gibt es Wege, wie die beiden eingangs skizzierten Optionen, die verheißungsvoll erscheinen – und doch voller Unwägbarkeiten stecken.

Insgesamt ist die Frage aber nicht, ob wir eine Veränderung der gesellschaftlichen Rolle von Arbeit erreichen wollen oder ob wir eine solche gutheißen würden. Es ist eher die Frage, ob wir es schaffen, diese Veränderung nach unseren Wünschen und Vorstellungen zu gestalten oder ob wir, mehr oder weniger unvorbereitet, von selbiger überrollt werden. Der Wandel an sich steht allerdings vor unserer Tür.

## Literaturverzeichnis

*Anselmann, Christina; Krämer, Hagen (2012): Completing the Bathtub? The Development of Top Incomes in Germany 1907 – 2007. SOEP. DIW Berlin. Dl 2012-08-11 URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.402879.de/diw_sp0451.pdf.*

*Arbeiterkammer Wien (2012): Gegen Hochkonjunktur im Management. Dl 2012-08-11. URL: http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=67&IP=55682.*

*Atkinson, Anthony B., Piketty, Thomas und Saez, Emmanuel (2009). Top incomes in the long run of history. Journal of Economic Literature, 49(1), 3-71.*

*Blanchflower, David G., & Oswald, Andrew J. (2004). Well-being over time in Britain and the USA. Journal of Public Economics, 88(7-8), 1359-1386.*

*Esping-Andersen, Gosta (1990): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus.*

*Frey, Bruno S. und Stutzer, Alois (2005). Happiness Research: State and Prospects. Review of Social Economy, 63(2), 207-228.*

*Helpman, Elhanan (2004): The Mystery of Economic Growth. Belknap Press of Harvard University Press.*

*Jahoda, Maria; Lazarsfeld, Paul Felix; Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Hirzel. Leipzig.*

*Keynes, John Maynard (1930): Economic Possibilities of our Grandchildren. Neufauflage 2008. MIT Press. London.*

*Pernicka, Susanne (Hrsg.) (2007): Die Unorganisierten gewinnen. Edition Sigma, Berlin.*

*Rifkin, Jeremy (2005): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Fischer Taschenbücher. Frankfurt/Main.*

*Russell, Bertrand (1958): Der Lob des Müßigganges. Neuauflage 2002. Deutscher Taschenbuchverlag. München.*

*Sennett, Richard (2008): Der flexible Mensch. 5. Auflage. Berliner Taschenbuchverlag. Berlin.*

*Veblen, Thorstein (1899): Die Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. Neuauflage 1997. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt/Main.*

# „Die Mehrheit der Frauen kann von ihrer Arbeit nicht leben“

*Berufe, die mehrheitlich von Frauen verrichtet werden, sind meist geringer entlohnt, auch wenn sie genauso belastend sind wie typisch „männliche“ Jobs. Als Expertin für Gleichstellungspolitik widmet Sonja Ablinger ihre politische Tätigkeit dem unermüdlichen Einsatz für echte Gleichstellung von Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen.*

*Sonja Ablinger ist Abgeordnete zum Nationalrat und Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Oberösterreich.*

**Zahlreiche Studien belegen, dass Arbeit sinn- und identitätsstiftend ist. Zentrales Element sozialdemokratischer Politik war und ist immer das Eintreten für die ArbeiterInnen und deren Rechte, um so Stück für Stück das Leben der Menschen zu verbessern. Wenn man die Arbeit aus dem Blickwinkel Geschlechterfrage ansieht, zeigen sich Unterschiede? Frauen wurden ja in der Geschichte als die so genannten „Dazuverdienerinnen“ angesehen. Frauenarbeit wurde weniger als sinnstiftend betont. Ist das heute anders?**

**Ablinger:** Es ist insofern anders, als Frauen ihre Berufstätgkeit nicht als vorübergehend ansehen müssen und wollen oder als das, womit sie die Zeit bis zur Familiengründung überbrücken. Ehemänner konnten ja vor gar nicht allzu langer Zeit ihren Frauen Lohnarbeit sogar verbieten. Das scheint heute völlig absurd. Nicht absurd sondern Realität ist, dass Frauen als „Dazuverdienerinnen“ angesehen werden. Und zwar in einem Ausmaß, das prägend für die Politik und die Rahmenbedingungen ist, in denen Frauen erwerbstätig sein können. Ihnen wird zum Beispiel die notwendige Vereinbarkeit als individuelle Aufgabe zugeordnet. Auch die Lohnbenachteiligung wird in letzter Zeit wieder als Frage von Verhandlungsgeschick definiert. Das Private ist politisch, forderte die Frauenbewegung in den 1970er Jahren. Jetzt werden offensichtlich politische Fragen wieder ins Private gedrängt. Am Mittagstisch oder durch selbstbewusstes Auftreten dem Vorgesetzten gegenüber soll ausgehandelt werden, was eigentlich durch öffentliche Infrastruktur oder gesetzlich geregelt werden müsste. Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Mobilität und Einkommensfragen werden dem persönlichen Management zugewiesen. So genannte „Powerfrauen“, die das alles wunderbar hinbekommen, werden dafür dann mit großer Inszenierung als Vorbilder hingestellt. Sie sind die Superfrauen, die es schaffen und ihr Glück schmieden. Es vernebelt aber den Blick auf die strukturellen Ungleichheiten. Denn obwohl mittlerweile

beinahe ebenso viele Frauen wie Männer außer Haus arbeiten, sind doch die Arbeitsverhältnisse sehr unterschiedlich. In Österreich haben wir einen extrem getrennten Arbeitsmarkt, das hat weitreichende Folgen aber auch eine lange Geschichte. Schon im Jahre 1890 waren 43 % aller Frauen in Österreich erwerbstätig. Sie konzentrierten sich dabei auf drei Branchen: häuslicher Dienst, Textilerzeugung und Bekleidungsindustrie. Heute ist es nicht unähnlich: Frauen sind in den tendenziell geringer entlohnten Dienstleistungsberufen und in Klein- und Mittelbetrieben, wo Arbeits- und Mitbestimmungsrechte viel schwieriger zu erkämpfen sind. In größeren Unternehmen und in der Produktion sind überwiegend Männer beschäftigt. Dort spielen höhere Löhne und die stärkere gewerkschaftliche Vertretung eine wichtigere Rolle.

**Also ziemlich unterschiedliche Arbeitswelten zwischen Frauen und Männern?**

**Ablinger:** An diesen Trennlinien hat sich im Wesentlichen kaum etwas geändert. Es zeichnet sich auch kein Trendwechsel ab. 70 % aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren sind erwerbstätig, das gilt für 80 % der Männer. Aber in einem EU-Vergleich ergeben sich aussagekräftige Zahlen, die ein anderes Licht darauf werfen. Wenn man nämlich anschaut, wie Vollzeitbeschäftigung zwischen den Geschlechtern verteilt ist, dann sieht man eine viel größere Kluft: Nur 53 % der Frauen, aber 75 % der Männer arbeiten ganztags. Im EU-Vergleich liegt die Vollzeitbeschäftigung der Männer an zweiter Stelle, die der Frauen allerdings am 13. Platz. Wer davon redet, dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind, muss dazu sagen, dass die Mehrheit der Frauen von dieser Arbeit nicht leben kann. Gewachsen sind nämlich ganz enorm die Teilzeitangebote und die prekären Beschäftigungen. Die Vollzeitjobs sind dagegen für Frauen massiv verloren gegangen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Teilzeit verdoppelt von 367.000 auf 746.000 Beschäftigte. Das sind also die bestimmenden Entwicklungen für Frauen am Arbeitsmarkt: Ja, immer mehr sind erwerbstätig, aber ein existenzsicherndes Einkommen ist damit nicht verbunden. Frauen werden auch im Jahre 2012 als „Dazuverdienerinnen" angesehen und als solche bezahlt. Da sind die Strukturen und Ungleichheiten offensichtlich unerschütterlich. Arbeit ist sinnstiftend und für die ganz große Mehrheit der Frauen ist die Berufstätigkeit zentraler Bestandteil ihres Lebens. Das wird allerdings von Unternehmen und der Mehrheit der politischen Entscheidungsträger ignoriert. Die Rollenzuteilungen und Platzanweisungen sind, etwas vereinfacht gesagt, noch immer im vorletzten Jahrhundert verhaftet.

**Und daran ändert sich so wenig, obwohl doch immer mehr Frauen erwerbstätig sind und sein wollen?**

**Ablinger:** Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt kann nicht losgelöst von der Aufteilung der unbezahlten Arbeit gesehen werden. Nach wie vor ist die bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen sehr ungleich verteilt. Weil Frauen den Großteil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit machen und Männer dabei nur zu geringem Teil Verantwortung übernehmen, ist es Frauen nicht möglich, mehr bezahlte Arbeit anzunehmen. Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit hat nicht dazu geführt, dass mehr Männer sich zu Hause beteiligen, sondern dass der Arbeitstag der Frauen im Vergleich zu den Män-

nern länger geworden ist. Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die Verdrängung der Frauen aus Vollzeit zugunsten von Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungen ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass trotz gestiegener Erwerbsbeteiligung die Einkommenssituation der Frauen sich nicht verbessert hat.

**Und Frauenarbeit ist noch immer die „billigere Arbeit", ja?**

**Ablinger:** Das liegt in historischen, aber auch jüngeren Ursachen und Entwicklungen begründet. Eine davon ist die mittelbare Diskriminierung. Tätigkeiten, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sind historisch schlecht bewertet und geringer entlohnt, weil in der Bewertung ein „männlicher" Maßstab angelegt wird und Geschlechtsvorurteile einfließen. So werden manchmal bei Bewertungskategorien schmutzige, gefährliche und belastende Tätigkeiten aus dem Blickwinkel der Produktionsarbeit gesehen. Erschwerniszulage gibt es zum Beispiel nicht dafür, dass Kleinkindpädagoginnen den ganzen Tag auf Kindersesseln sitzen und Kinderlärm ausgesetzt sind. Die Monotonie der Arbeit, der Mangel an Privatheit in Großraumbüros, die regelmäßige Unterbrechung bei Tätigkeiten durch Telefon oder Servicedienste sind typische Merkmale von Dienstleistungsberufen. Es sind Merkmale, die bei Arbeitsbewertungen im Hinblick auf Belastungen nicht gleichermaßen bewertet werden und sich nicht durch entsprechenden Lohn ausdrücken. Diese Form der mittelbaren Diskriminierung macht Frauenarbeit „billiger". Es besteht ein auffallender Zusammenhang. Dort wo viele Frauen arbeiten, sind die Löhne in der Summe niedrig.

**Du hast auch von jüngeren Ursachen und Entwicklungen gesprochen?**

**Ablinger:** Eine jüngere Ursache für die Abwertung der Arbeit liegt in der neoliberalen Agenda und den ihrer verschärften Niedriglohnstrategie. Unterbezahlte Arbeit liegt im Trend der neoliberalen Globalisierung und dieses Dumping kann erpresst werden, wenn Gewerkschaften aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit, die der Neoliberalismus gerade erst verursacht hat, mit dem Rücken an die Wand gedrängt werden. Die historische Unterbewertung der typischen Frauenarbeit, die Ausdehnung der prekären Beschäftigungen, der zunehmende Flexibilitätsdruck und letztlich die Verschlechterung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen, also zum Beispiel die Ausdünnung von Mobilitätsangeboten und Betreuungseinrichtungen durch die Sparprogramme der öffentlichen Haushalte, wirken in der Summe extrem belastend. Sie verschärfen die Lebenslagen und Arbeitsbedingungen von Menschen mit geringen Einkommen und in weniger gesicherten Arbeitsverhältnissen. Davon sind überwiegend Frauen betroffen.

**Wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen ein Ausweg aus dem Dilemma?**

**Ablinger:** Diese Diskussion geht davon aus, dass schlechte Arbeit und schlechte Arbeitsbedingungen aussterben, weil man ja auf ein Grundeinkommen zurückgreifen kann und diese schlechte Arbeit nicht annehmen muss. Für mich steht im Zentrum, dass schlecht bezahlte Arbeit überhaupt nicht mehr angeboten werden darf. Dass also prekären Verhältnissen und der Unterbezahlung der Kampf angesagt wird. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre dringend notwendig und die viel bessere Antwort

auf „Working poor". Er garantiert, dass ich von der Arbeit leben kann – und nicht nur irgendwie oder weil ich in einer Partnerschaft bin. Jede Arbeit ist das wert. Das ist gerade jetzt, wo den Menschen mit „Gürtel-enger-schnallen" eingeredet wird, dass sie sich bescheiden sollen, die viel wichtigere Forderung. Eine zentrale Komponente des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates in den 1950 und 1960er Jahren war, dass die Löhne immer ordentlich mit der Produktivität mitgewachsen sind und Löhne als wichtiger Nachfragefaktor wirkten. Jetzt geht es gerade in die Gegenrichtung. Löhne werden eingefroren, nur gering erhöht und die unteren Einkommen haben ohnehin Reallohnverluste. In der Krise sind Löhne noch viel wichtiger als Wachstums- und als Nachfragefaktor. Man sieht ja die Auswüchse von Lohn- und Pensionskürzungen – zum Beispiel in Spanien und Griechenland. Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch an und Unternehmen schrauben ihre Produktion herunter, was die Spirale immer weiter nach unten dreht. Was wir jetzt in der Krise dringend brauchen, ist eine Stopptaste und die Umkehrschleife. Deswegen ist für mich die Forderung nach einem Grundeinkommen gegenwärtig eine falsche Schwerpunktsetzung. Wohlstand für alle ist möglich – mit einer Politik, die Haltegriffe nach unten setzt, Lohndumping beendet und allen ein gutes Leben ermöglicht, weil alle am Fortschritt gerecht beteiligt werden. Gut bezahlte Arbeit, humane Arbeitsbedingungen, auch Arbeitszeitverkürzung und mehr Rechte darüber, mitentscheiden zu können, sind dabei der Anker für den Brückenschlag in ein gutes Leben.

# „Arbeit ist als sinnstiftendes Element sehr wichtig“

*Welche Anforderungen im Berufsleben spielen künftig eine Rolle? Wird künftig noch genügend Arbeit für alle vorhanden sein? Als ehemaliger Funktionär in der Arbeiterkammer und Gewerkschaft weiß Reinhold Entholzer über die brennenden Fragen der heutigen Arbeitswelt sehr gut Bescheid. Eine seiner Antworten: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.*

*Ing. Reinhold Entholzer ist Landesrat für Öffentlichen Verkehr, Tierschutz und Verwaltungspolizei in Oberösterreich. Zuvor war er unter anderem Vizepräsident der Arbeiterkammer Oberösterreich und Landesvorsitzender der Gewerkschaft „vida“.*

**Zentrales Element sozialdemokratischer Politik war und ist das Eintreten für die ArbeiterInnen und deren Rechte, um so Stück für Stück das Leben der Menschen zu verbessern. Wir erleben heute einerseits einen massiven Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, gleichzeitig werden viele Überstunden geleistet. Einige arbeiten also zu viel und andere können davon kaum leben. Nach welchen Mechanismen wird Arbeit verteilt und sind diese noch akzeptabel?**

**Entholzer:** Die Frage der Verteilung von Arbeit und Arbeitszeit hängt sehr stark mit der Frage nach Ausstattung unserer Gesellschaft mit Chancen, Anerkennung und Qualifikationen zusammen. So finden sich in vielen Berufen fast ausschließlich Frauen oder MigrantInnen. In diesen Berufen gibt es kaum Vollzeitarbeit und sie sind auch schlechter bezahlt. Gleichzeitig wird in diesen Jobs erwartet, dass man hochflexibel ist, Überstunden macht, abends, nachts und am Wochenende arbeitet. Hier wirken eindeutige Mechanismen. Und diese heißen: Gesellschaftliche Akzeptanz von MigrantInnen in „normalen“ Berufen, Anerkennung von arbeitenden Frauen, Ausstattung mit Gelegenheiten für die Kinderbetreuung, usw. Da ist es eindeutig unsere Aufgabe, politisch entgegenzuwirken. Als Sozialdemokrat kann und will ich diese Mechanismen nicht akzeptieren, denn die Geschichte zeigt, dass die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt verändert werden können.

**Schlechter ausgebildete Menschen finden immer schwerer einen Job, sind die ersten, die gekündigt werden und die großen VerliererInnen der Krise. Die Anforderungen im Berufsleben steigen permanent an, selbst einfache Hilfstätigkeiten kommen oft ohne Computer-Know-how nicht mehr aus. Reicht das Argument eines technologischen Wandels der Arbeitswelt allein aus, um die aktuellen Entwicklungen zu erklären?**

**Entholzer:** Natürlich ändert sich die Arbeitswelt ständig. Als ich als junger Techniker bei den ÖBB angefangen habe, waren unsere Arbeitsmaterialien Zettel, Stift, Lineal und Zirkel. Heute geht ohne Computer nichts mehr. Gleichzeitig gibt es keine Jugendlichen mehr, die nicht wüssten, wie ein Smartphone funktioniert. Was ich damit sagen möchte ist, dass es keine Frage der Arbeitsmethoden ist, ob jemand eine Anstellung findet. Es ist meiner Meinung nach vielmehr eine Frage von Grundqualifikation, Förderung und Chancen. Wenn wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ein gewisser Anteil von SchulabgängerInnen, mit oder ohne Abschluss, im Arbeitsleben nicht Fuß fassen kann, dann ist das sicher nicht die Schuld dieser Personen. Dann hat unser Bildungssystem diese Menschen zu wenig gefördert oder es gibt nicht genug Arbeitsplätze. Denn würde es tatsächlich mehr Nachfrage nach Arbeitskräften geben, würden die Betriebe auch mehr Energie in den Aufbau der Qualifikation ihrer Angestellten investieren. Und nicht zu letzt ist es eine Frage der Bezahlung. Mich stört es schon, wenn von Fachkräftemangel gesprochen wird und niemand bereit ist, die Arbeiterinnen und Arbeiter besser zu entlohnen. Viele wirklich gut ausgebildete Jugendliche, besonders StudienabgängerInnen, finden sich zudem in der „Generation Praktikum" wieder, wo sie sich von einem Praktikum oder Traineeship in das nächste retten – für viele Berufsjahre, ohne Sicherheit und Perspektive. Die Unternehmen stehlen sich da aus der Verantwortung, dem ist ein Riegel vorzuschieben.

**Wenn Kinder oder Jugendliche in der Schule den Anschluss verlieren, bleiben oft nur triste Perspektiven. Wie geht es aber Jugendlichen, denen jetzt schon klar ist, dass sie im Leben nur wenig Chancen auf Arbeit, geschweige denn sozialen Aufstieg haben? Wie kann man hier als Politik oder Zivilgesellschaft einen sinnvollen Beitrag leisten?**

**Entholzer:** Das ist genau das, was ich vorhin sagen wollte. Und die Lösung ist aus meiner Sicht vor allem das politische Ziel der Vollbeschäftigung. Denn wenn der Arbeitsmarkt kein Kampf unter den ArbeitnehmerInnen um Arbeitsplätze, sondern ein Wettbewerb der Unternehmen um Arbeitskräfte ist, dann werden die Perspektiven für die Lohnarbeit besser. Und zur Vollbeschäftigung muss dann die Bildungspolitik hinzutreten, um auch gut qualifizierte Jugendliche zu haben. Die Motivation zu arbeiten kommt viel eher von selbst, wenn das Angebot passt. Den Beitrag der Zivilgesellschaft sehe ich eher in der Bewusstseinsbildung dafür, was unsere Politik und Gesellschaft braucht. Ganz ehrlich habe ich da aber keine großen Erwartungen. Sozialdemokratische Politik muss nach meinem Dafürhalten derartige Probleme und systemische Schwächen erkennen und lösen. Zu warten, bis der Unmut und die Perspektivenlosigkeit noch größer werden, ist kein guter Weg.

**Unser Versicherungs- und Pensionssystem ist so aufgebaut, dass möglichst viele Menschen in Arbeit sein müssen, um es stabil zu halten. Auch die Inanspruchnahme vieler anderer sozialstaatlicher Leistungen ist an Arbeit bzw. „Arbeitswilligkeit" geknüpft. Ist eine solche, am Normalarbeitsverhältnis orientierte Sozialpolitik noch zeitgemäß?**

**Entholzer:** Vor dieser Frage ist immer eine grundsätzliche Antwort anzubringen. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass Arbeit

als sinnstiftendes Element des Lebens sehr wichtig ist. Arbeit ermöglicht es, sich eine Identität aufzubauen, sie strukturiert das Leben. Die Frage dabei ist, ob damit ausschließlich bezahlte Arbeit gemeint sein muss? Ich glaube, dass auch andere Arten von Beschäftigung diese sinnstiftende Funktion haben, allerdings ist das schwerer erfassbar. Beim Sozialsystem geht es um Sicherheit und um Motivation. Ich denke, dass unser Sozialversicherungssystem, das impliziert, dass man relativ unabhängig von den tatsächlich einbezahlten Größen eine Mindestleistung in Anspruch nehmen kann, ein sehr wertvolles System ist. Es ist auf Solidarität aufgebaut. Das steht im klaren Gegensatz zu allen neoliberalen Überlegungen in Richtung Pensionskonto, private Krankenversicherung etc. Diese solidarische, soziale Sicherung halte ich jedenfalls für zukunftsfähig, auch wenn sich der Arbeitsbegriff verändert. Bei dieser Frage wird unterstellt, dass das System nur funktioniert, wenn möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind. Das stimmt grundsätzlich, aber das System wäre erweiterbar. Sei es durch das An- oder Aufheben der Höchstbemessungsgrundlage, oder durch eine Wertschöpfungsabgabe, die zum Beispiel den Dienstgeberanteil ersetzt und an die Produktivität der Gesamtwirtschaft anknüpft. Das würde das System flexibler machen. Für mich ist jedoch auch unabdingbar, dass jede/r Versicherte auch seinen bzw. ihren Beitrag leistet. Und ich verteidige auch grundsätzlich die Systematik, dass jene, die mehr ins Pensionssystem oder in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, auch etwas höhere Auszahlungsbeträge bekommen. Denn das wirkt für die Akzeptanz des Systems. Die Hauptquelle der Umverteilung und des sozialen Ausgleichs soll nämlich nicht das Sozialsystem, sondern das Steuersystem sein.

**Ein Kernstück sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik besagt, dass ein Anstieg der Löhne zu einem Anstieg des Konsums führt und so Investitionen und Beschäftigungen wachsen. In der Praxis bedeutet diese Wachstumsorientierung das Erschließen neuer Konsummärkte, dem eine zunehmende Verknappung von natürlichen Ressourcen entgegensteht. Wäre es eine Möglichkeit, für mehr „Zeitwohlstand" anstatt für „Güterwohlstand" einzutreten, also weniger Erwerbsarbeitszeit, weniger Konsum, mehr Freizeit?**

**Entholzer:** Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist etwas, für das ich schon mein gesamtes politisches Leben kämpfe. Denn ich glaube, dass es das Leben lebenswerter machen kann, Raum für soziale Kontakte, Familie und Hobbys zu haben. Was die Hypothese zum Konsum betrifft, muss ich ein wenig widersprechen. Korrekt ist, dass ein weiterer ungebremster Verbrauch natürlicher Ressourcen nicht mehr möglich ist. Wir müssen daher darauf Bedacht nehmen, dass unser Wirtschaften nachhaltig wird und produktiver im Sinne des Ressourcenverbrauchs. Ich denke aber, dass Konsum nicht nur solche physischen Güter umfasst, sondern auch immaterielle Güter, vor allem alle Arten von Dienstleistungen. Sollten Menschen mehr Freizeit haben, aber dennoch vernünftige Löhne bekommen, wofür ich eintrete, dann kann sich auch eine ausgedehntere Freizeitwirtschaft entwickeln. In der Betrachtung des Bruttosozialproduktes ist somit weiterhin eine Wachstumsorientierung möglich. Wie auch schon bisher zu wesentlichen Teilen vom Dienstleistungssektor getragen. Gleichzei-

tig darf man aber auch die Rolle des produzierenden Gewerbes und der Industrie für unseren Wohlstand nicht vergessen. Aber um die Frage abschließend zu beantworten: Ja, die Forderung nach Freizeitwohlstand unterstütze ich. Mit dem Zusatz, dass diese Wohlstandsform allen Menschen gleichermaßen zusteht. Heute ist es ja so, dass die wirklich materiell Vermögenden diesen Freizeitwohlstand – ich denke an Yachten usw. – schon leben, während fast alle Beschäftigten gezwungen sind, Überstunden zu machen.

**Die Ökonomie unterscheidet oft gar nicht zwischen Freizeit und Konsum(zeit), sondern begreift diese beiden Aspekte als identisch. Ist das zutreffend oder sollten Freizeit und Konsum als unterschiedliche Dinge betrachten werden, um entsprechende Wertvorstellungen zu vertreten bzw. zu entwickeln?**

**Entholzer:** Die Ökonomie ist vermutlich gezwungen, das gleichzusetzen, weil es ja ihrer Natur entspricht, Dinge monetär zu bewerten. Und da ist es halt so, dass Konsum in der so genannten „Freizeit" stattfindet. Wobei Freizeit ja auch etwas anderes sein kann. Also Freizeit darf nicht nur jene Zeit sein, wo man nicht arbeitet, sondern ist ganz besonders auch jene Zeit, in der man nicht konsumiert. Auch die Freiheit, die Zeit des Nichtkonsums zu genießen, ist wichtig. Erholung und soziales Leben findet dann statt und ist sehr viel wert. Diesen Wert zu betonen, ist sicher intelligent.

# „Sicherung der Rolle des Staates als ausgleichendes Element“

*Linz ist bis heute ein wichtiger Industriestandort und hat als eine der wenigen Städte Europas mehr Arbeitsplätze als EinwohnerInnen. Ein funktionierender Sozialstaat ist dem langjähriger Kommunalpolitiker Klaus Luger ein ebenso großes Anliegen wie bereits heute Antworten auf kommende Herausforderungen in Linz zu entwickeln.*

*MMag. Klaus Luger ist Vizebürgermeister der Stadt Linz und Referent für Soziales, Jugend, Verkehr und Integration.*

**Dass Arbeit sinn- und identitätsstiftenden Charakter besitzt, ist hinlänglich bekannt. Zahlreiche Studien belegen, dass Menschen, die sich in Arbeit befinden, tatsächlich glücklicher sind als Beschäftigungslose. Nun ist jedoch ein massiver Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen. Viele, vor allem schlecht ausgebildete junge Menschen bewältigen den Einstieg ins Berufsleben nur schwer oder gar nicht. Menschen leben in Armut, obwohl sie arbeiten. Auf der anderen Seite zeigen Studien auf, dass in Österreich unglaublich viele Überstunden geleistet werden und Menschen unter der hohen Arbeitsbelastung leiden. Wie sieht diese Verteilung von Arbeit in der Stadt Linz aus? Nach welchen Mechanismen wird Arbeit eigentlich verteilt und sind diese akzeptabel oder zu hinterfragen?**

**Luger:** Als führende Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsstadt wirken internationale Trends auch am lokalen Linzer Arbeitsmarkt. Die Frage nach der Akzeptanz der Verteilung von Arbeit hängt eng mit der Frage zusammen, in welchen Graduierungen der Arbeitsmarkt ein Markt ist, in dem sich gleichwertige PartnerInnen gegenüber stehen. Gewerkschaftlich besser organisierte Segmente neigen dazu, dass Arbeit auch in einem gesamtgesellschaftlichen Sinn gerechter verteilt wird. In anderen Segmenten, in denen ArbeitnehmerInnen den ArbeitgeberInnen individuell oder in kleinen Gruppen direkt gegenüber stehen, wiegt das gesellschaftliche Korrektiv tendenziell weniger. Kurzum: Es ist eine Frage gesellschaftlicher Kräfte- und Stärkeverhältnisse.

**Worin lagen die größten Veränderungen am Linzer Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren?**

**Luger:** Zum einen ist ein tief greifender Strukturwandel festzustellen. Dieser äußert sich quantitativ darin, dass heute bei 205.000 Arbeitsplätzen um 33.000 Menschen mehr in Linz Arbeit finden als vor der Krise der Schwerindustrie im Jahr 1985. Von

einer Stadt der Metall- und Chemieindustrie hat sich Linz zu einer breit aufgestellten Industriestadt internationalen Typus weiterentwickelt und dabei die dafür notwendigen Sektoren qualifizierter Dienstleistungen aufgebaut. Etwa Finanzservices-, Wirtschaftsberatungs- oder Informationstechnologie- und Kommunikationssparten. Zum anderen ist der Arbeitsmarkt weiblicher geworden. Vor 25 Jahren befanden sich rund 70.000 Frauen in Linz in Beschäftigung, heute sind es 98.000. Demgegenüber stehen nur ca. 5.000 „männliche" Arbeitsplätze, die hinzugekommen sind. Auch daraus resultieren die enormen Anstrengungen der Stadt für eine sozial-infrastrukturelle Offensive zum Ausbau der Kinder- und SeniorInnenbetreuung. Ohne diese Maßnahmen wäre die hohe Frauenbeschäftigungsquote in Linz undenkbar.

**Während vor dreißig Jahren Menschen mit geringer Qualifikation Arbeit hatten und sogar Aufstiegsmöglichkeiten vorfanden, scheint es heute so, als gäbe es für schlecht Ausgebildete nur wenig berufliche Perspektiven. Ist das damit zu erklären, dass die Jobs durch den technologischen Wandel immer anspruchsvoller werden?**

**Luger:** Grundsätzlich stimmt der Befund, denn knapp die Hälfte der arbeitsuchenden Menschen in Linz verfügt nur über einen Pflichtschulabschluss. Er ist aber in seiner Rigidität abzuschwächen. Im Jänner 2012 etwa lag die Arbeitslosenrate in der Landeshauptstadt bei 5,7 %. Die Rate im Vergleichsmonat des Vorjahres war beinahe ident, sie betrug damals 5,8 %. Interessant ist, dass damals die Entwicklung bei jenen Arbeitslosen, die lediglich auf einen Pflichtschulabschluss verweisen konnten, linear völlig gleich verlief wie bei jenen, die eine höhere Ausbildung erworben hatten. In den ersten Krisenjahren 2008 und 2009 waren überdies am Linzer Arbeitsmarkt zuerst niedrig ausgebildete Männer von Beschäftigungslosigkeit betroffen, bei Frauen derselben Ausbildungsgruppe setzte eine negative Entwicklung erst ein Jahr später ein. Es scheint so zu sein, dass es durchaus Beschäftigung für diese Gruppen gibt, die relativ durchgängige Erwerbsbiografie dürfte jedoch zur Ausnahme geworden sein, sodass diese Menschen häufiger von Arbeitslosigkeit und in Krisenzeiten zudem von längerer Erwerbslosigkeit betroffen sind.

**Und welche Maßnahmen setzt Linz speziell für Menschen, die Schwierigkeiten haben, sich auf dem heutigen Arbeitsmarkt zurechtzufinden?**

**Luger:** Eine Kommune kann hier aus meiner Sicht nur einen beschränkten, jedenfalls keinen strukturellen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten. Seit den 1980er Jahren bemüht sich die Sozialpolitik der Stadt Linz vor allem um EmpfängerInnen der Sozialhilfe und nunmehr Mindestsicherung, um sie wieder in Beschäftigung zu bringen. Aktuell nehmen rund 350 Menschen am Projekt „Jobimpuls" teil, die am so genannten „ersten Arbeitsmarkt" keine Chancen vorfinden. Die Gründe hiefür sind mannigfach. Sie reichen von Ausbildungsabbrüchen über soziale Verhaltensproblematiken, Alkohol- und Suchtverhalten bis hin zu geistigen Beeinträchtigungen. Wichtig ist für die betroffenen Menschen, dass sie sich (wieder) an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen, an soziale Kontakte und Hierarchien. Das steigert das Selbstwertgefühl. Zudem bietet dieses Projekt die Chance, An-

wartschaften im Sozialversicherungs- und Pensionssystem zu erwerben. Knapp 20 % der Jobimpuls-MitarbeiterInnen haben über die Jahre betrachtet den Wiedereinstieg in den regulären, nicht geschützten Arbeitsmarkt geschafft. Und auch jene, die in diversen Beschäftigungsprojekten bei anderen DienstgeberInnen weiter beschäftigt werden, bleiben im Arbeitsprozess und verlieren so weniger häufig den Bezug zur Gesellschaft, als dies in der Arbeitslosigkeit wohl der Fall wäre.

**Wenn Kinder oder Jugendliche in der Schule den Anschluss verlieren, bleiben oft nur triste Perspektiven. Wie geht es mit Jugendlichen weiter, bei denen jetzt schon klar ist, dass sie im Leben nur wenig Chancen auf Arbeit, geschweige denn sozialen Aufstieg haben? Wie kann man hier als Politik einen sinnvollen Beitrag leisten? Und wie versucht die Stadt Linz im Speziellen hier einen Beitrag zu leisten?**

**Luger:** Man muss bereits an der Wurzel des Bildungssystems ansetzen. Spätere notwendige Maßnahmen können nur mehr reparativen Charakter aufweisen. Deshalb geht es um die pädagogischen Qualitäten in den so genannten Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich spreche in diesem Zusammenhang viel lieber von vorschulischen Bildungseinrichtungen, wenn ich Krabbelstuben und Kindergärten erwähne. In den städtischen Kindergärten setzen wir bereits in zwei Drittel aller insgesamt 50 Häuser das Prinzip der Lernwerkstätten um. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass unsere Kinder viel individueller betreut werden als in den herkömmlichen Gruppenstrukturen. Jeder Raum ist einem Thema gewidmet, etwa der motorischen, der handwerklichen, der technischen oder der künstlerisch-kreativen Förderung. Einerseits entscheiden die Kinder selbstständiger, welchem Thema sie sich widmen möchten, andererseits können viel punktgenauer Stärken gefördert und Schwächen abgebaut werden. Ich betrachte dies als wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebenschancen vor allem jener Kinder, die von ihren Eltern nicht so gefördert werden wie andere. Darüber hinaus setzen wir auf Sprachförderung. In Untersuchungen mussten wir feststellen, dass Kinder der zweiten und dritten MigrantInnengeneration veritable Probleme in der Beherrschung der deutschen Sprache aufweisen, wenn sie mit drei Jahren in den Kindergarten eintreten. Hierin widerspiegelt sich zum Teil die soziale Schwächerstellung zahlreicher MigrantInnenfamilien. In Österreich werden erst im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt spezielle Deutschförderungen durchgeführt. Dies war auch in den städtischen Linzer Kindergärten bis September 2011 der Fall. Seither schulen wir vom ersten Tag, also ab dem 3. Lebensjahr, speziell die Deutschkenntnisse. Bis zu 540 Stunden individueller Förderung in Kleingruppen erhalten diese Kinder, um sie fit für die Schule zu machen und ihre Bildungschancen zu erhöhen. Übrigens: 15 % der Kinder, die aktuell eine individuelle Deutschförderung erhalten, sind Kinder mit deutscher Muttersprache!

**Wie siehst du die künftigen Entwicklungen des städtischen Arbeitsmarktes bzw. Trends im Allgemeinen? Wie kann hier die Kommunalpolitik vorausschauend steuern bzw. eingreifen?**

**Luger:** Die Trends am Arbeitsmarkt scheinen in Richtung Segmentierung, ungleichzeitigerer Entwicklung einzelner Branchen und

fortgesetzter internationaler Vernetzung zu gehen. Direkte Steuerbarkeit aus kommunaler Sicht scheint mir kaum gegeben zu sein. Indirekt kann die Kommunalpolitik jedoch entscheidende Weichen stellen, primär durch Infrastrukturpolitik im eigenen Bereich. Die schon angeführten dichten sozialen Netze von Linz in der Kinder- und SeniorInnenbetreuung etwa können auch als Wirtschaftsförderung interpretiert werden. Ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz, vernünftige Investitionen in den Straßen(neu)bau, attraktive Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen, differenzierte Möglichkeiten der beruflichen und außerberuflichen Erwachsenenbildung, sowie ein qualitativ hochwertiges Angebot zur Freizeitgestaltung, primär für Kultur und Sport, sowie – und diese Sicherheit wird immer wichtiger – eine funktionierende Grundversorgung mit Energie. Gemeinsam mit einer intakten Umwelt sind dies Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit einer städtischen Ökonomie stark beeinflussen. Dass Linz heute so gut dasteht, hängt auch damit zusammen, dass diese Stadtstruktur gut ausgebildet ist. Die zukünftigen Herausforderungen liegen meiner Einschätzung nach in den Verkehrsinfrastrukturen (Westumfahrung, 2. Schienenachse), im Ausbau des Universitätssystems (medizinische und geisteswissenschaftliche Fakultäten), sowie in der Bewältigung der Integration von MigrantInnen.

**Sinkende Beiträge und steigende Ausgaben kennzeichnen das österreichische Sozialsystem. Die neoliberale Propaganda spricht davon, dass der Sozialstaat unfinanzierbar ist und daher abgebaut werden müsse. Wie sieht eine zukunftsfähige Wohlfahrtspolitik aus?**

**Luger:** Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dieses System gesellschaftlich richtig ist. Die Quellenfinanzierungen werden sich ändern müssen, der Faktor Arbeit ist fiskalisch zu stark belastet. Gewinn- und Spekulationssteuern werden zukünftig alleine schon aus Gründen der Gerechtigkeit auch zur Finanzierung der Sozialsysteme stärker herangezogen werden. Ansonsten ist der Zusammenhalt der industriellen Wohlstandsgesellschaften ernsthaft in Gefahr.

**Arbeitsverkürzung ist eine Möglichkeit der Produktivitätsweitergabe der Unternehmen an die MitarbeiterInnen. Wie stehst du dazu?**

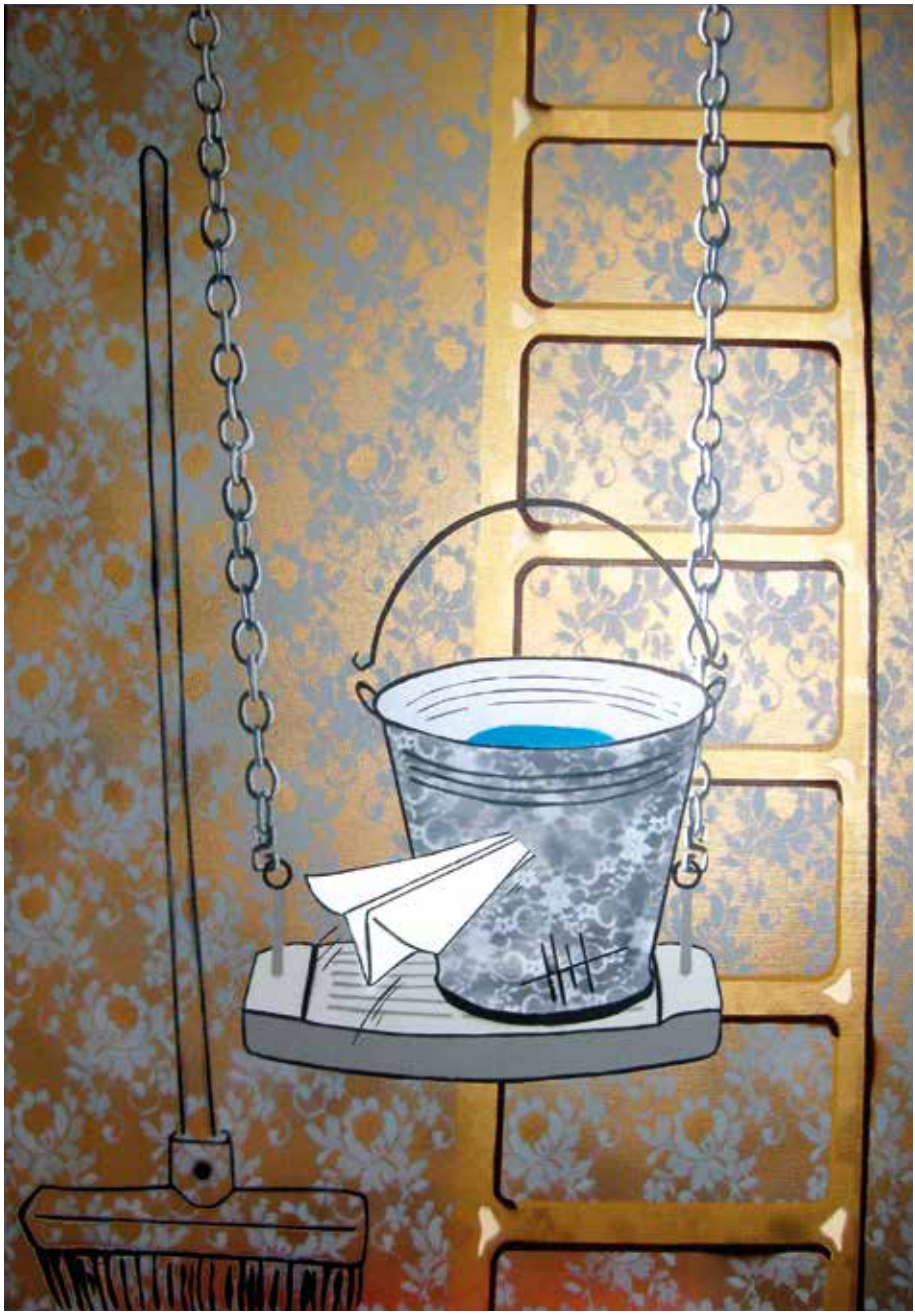
**Luger:** Ich hielte eine Arbeitszeitverkürzung für gesellschaftlich sinnvoll, um Arbeit gerechter zu verteilen. Bekanntlich findet gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung durch individuelle Arbeitslosigkeit statt. Betriebliche und kollektivvertraglich geregelte Arbeitszeitverkürzungen machten jedenfalls nur mit zumindest partiellem Lohnausgleich Sinn. Angesichts des Produktivitätsanstiegs und der Gewinnentwicklung in den meisten Branchen ist eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit gesellschaftspolitisch vertretbar. Ich glaube jedoch nicht an eine mittelfristige Umsetzbarkeit dieser Forderung. Einerseits sind die Gewerkschaften in den meisten Einzelstaaten der Europäischen Union in der Defensive. Andererseits sind sie tief in den nationalen ökonomischen Interessenlagen gefangen, sodass eine ökonomisch notwendige, EU-weit koordinierte Vorgangsweise äußerst unrealistisch erscheint. Einzelgänge machten in den 1970er Jahren Sinn, heute wären sie tatsächlich aus Wettbewerbsgründen problematisch.

**Das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist ja kein naturgegebenes Faktum, sondern eine von Menschen geschaffene Ordnung. Politische Programme sind vor allem dann in der Lage, Menschen zu begeistern und mitzureißen, wenn ihnen ein klares Ziel voransteht. War zu Beginn der Sozialismus als Vision und Idealbild der Gesellschaft Ziel sozialdemokratischer Bewegungen, so ist es heute das Stabilisieren der Marktwirtschaft – die ja momentan so ihre Probleme hat. Ganz abstrakt: Wie sieht deine ideale Gesellschafts- und Wirtschaftsform aus?**

**Luger:** Die Sozialdemokratie kann ihre traditionellen Werte der Solidarität und das Streben nach Gleichbehandlung auch in der heutigen Zeit motivierend als gesellschaftliches Modell anbieten. Es geht mehr denn je um die Sicherung der Rolle des Staates als ausgleichendes Instrument, um Interessenkonflikte und Verteilungskämpfe friedlich zu bewältigen. Wir sollten unsere ideologische Ausrichtung darüber hinaus erweitern. Individualität ist ein bestimmender Faktor gesellschaftlicher Werthaltungen geworden. Der oft nur nebulos artikulierte Wunsch nach Freiheit meint vielfach die Ablehnung von Bevormundung. Eine ideale Gesellschaft müsste offener, respektvoller mit dem Unterschiedlichen und gerechter sein als jene, in der wir leben. Das gilt für die ökonomische Sphäre unseres Daseins genau so wie für die gesamtgesellschaftliche.

**Monika Breitenfellner** „Komplexitätsbewältigung“
*Original-Lithographie, 65 x 50 cm*

**Anne-Be Talirz** „Brainwork I“
*Radierung, 50 x 50 cm*



**Helga Schager** „Der Besen und der Spitzenkübel auf Reisen“
*Stencilgrafik auf Leinwand, 100 x 70 cm*

**Ingeborg Rauss** „Bildzeichen - Interpretation - Kommunikation“
*Acryl, Graphit und Lackstift auf Leinwand, 120 x 120 cm*

**Elfie Hackl-Ceran** „Kindheit“
*Öl auf Leinwand, 70 x 70 cm*

**Veronika Merl** „Besen“
*Öl auf Leinwand, 50 x 70 cm*

**Renate Moran** „Viele Tage Arbeit“
*Mischdrucktechnik, 50 x 50 cm*

**Werner Horvath** „John Kenneth Galbraith und die Überflussgesellschaft“
*Öl auf Leinwand, 60 x 50 cm*

# Kapitel 2
# Brennpunkte am Arbeitsmarkt

Laura Kepplinger

Arbeit
Arbeitsmarkt
Arbeitsmarktes
Österreich
Frauen
Erwerbsleben
Veränderungen
Gesellschaften
gesellschaftlicher
gesellschaftlichen
gesellschaftliche
Menschen
Personen
Strukturen
Brennpunkte
Bauman
Pflege
neue
neuen
bedeutet
Wirtschaftskrise
Bewegung
Tätigkeiten
Zeit
mehr
Sektoren
Jahren
immer
Organisation
Geschlechterforschung
Teilzeitarbeit
Modernisierung
strukturellen
innerhalb
sozialer
Flexibilität
Statistik
Sennet
Austria
bzw
reproduktive
neoliberale
besonders
Risiko
Schritt
Mobilität
Krise
Wissensarbeit
Hausarbeit
Moderne
Gesellschaft
Beck
Verflüssigung
vielmehr
Bereich
knapp
wurden
zwei
entlang
Veränderung
Gruppe
Funktion
Entwicklungen
großen
andererseits
sei
sozial
Deutschland
gemacht
Gleichzeitig
Eurostat
teils
gibt
letzten
Negt
schrittweise
Faktors
beschreibt
Sicherheit
Sinne
stehen
Gruppen
modernen
Geschlecht
Anstieg
Konzept
daraus
soziale
liegt
Neuorganisation
reproduktiven
Art
Haus
Erosion
etc
rhetorischen
wissenschaftliche
gesamten
dafür
Reichtum
neoliberalen
Wetterer
Diskursen
Verflechtigung
jungen
deren
heißt
Debatten
arbeiten
junge
betroffen
Bedeutung
wiederum
Seite
zeigt
Zusammenhang
Alleine
dar
Risiko
Gruppe
Wissensarbeit
Krise
stellt
Hausarbeit
Austria
definiert
Sektor
herangezogen
Entwicklung
seit
ausgesetzt
bereits
Teil
verbundenen
Faktoren
Alternativen
fast
gewünschten
Studie
Folge
Aufschluß
kapitalistischen
bleiben
Staaten
Kapitel
Dekade
Mütter
darstellt
kaum
angesprochene
sichtbar
schlechten
Mütter
Beschäftigung
Segregation
Ungleichheit
Arbeitsplatz
Arbeitsplätze
Arbeitslosigkeit
Arbeitslosenquote
Arbeitsmarktpolitik
Arbeitsmarktservice
Arbeitsmarktverwaltung
Arbeitsmarktreform
Arbeitsmarktpolitischen
Arbeitsmarktpolitik
Arbeitsmarktservice
Arbeitsmarktverwaltung
Arbeitsmarktreform
Arbeitsmarktpolitischen

# Brennpunkte am Arbeitsmarkt

Nachdem der Faktor Arbeit per se seit langen Jahren nicht mehr im Mittelpunkt proaktiver Politik stand, wurde er durch die Wirtschaftskrise 2008 jäh in das Zentrum politischer und ideologischer Diskussionen gerückt. Arbeit und die daran knüpfenden Faktoren soziale Sicherheit, Verteilung und Gerechtigkeit werden politisch, das heißt in ihrer Deutungsmacht umkämpft: Wem steht welche Arbeit zu? Wer darf wie viel arbeiten? Welche Art von Arbeit ist wie viel wert und können „wir" – als Gesellschaft – uns das überhaupt noch leisten?

Diese Fragen tauchen mehr oder minder polemisch und salopp in diversen Diskursen auf, teils verstrebt mit anderen Diskursen. Eines der besten Beispiele, wie brennend und gleichzeitig toxisch solche Debatten sein können, ist wohl Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab" (Sarrazin 2011). In einem Konglomerat von verschiedenen Diskursen verbindet Sarrazin sozialdemokratische, neoliberale und konservative Argumentationen und stützt sie auf ein klassisches Gerüst von Neid und Polemik, um die Frage aufzuwerfen: Haben wir denn genug? Sind wir nicht alle viel zu viele, sind die wirklich gut und tüchtig genug? Arbeit steht in modernen, westlichen Kulturkreisen für mehr als die bloße Verrichtung von Tätigkeiten, sondern ist verknüpft mit gesellschaftlicher (Selbst-)Wertschätzung, Positionierung im sozialen Gefüge, Daseinsvorsorge und sozialer Sicherung (Voß 2010).

„Sag mal – Du hast doch gerade nichts zu tun, erklär mir Arbeit". So kommentiert die deutsche KünstlerInnengruppe „Wir sind Helden" in einem ihrer Lieder süffisant das Konzept Arbeit. Welche Tätigkeiten von Gesellschaften als Arbeit definiert werden und wie sie zu bewerten sind, unterliegt der Deutungs- und Verhandlungsmacht der betroffenen AkteurInnen. Die von der Frauen- und Geschlechterforschung in den 1980er Jahren vorgenommene Unterscheidung in so genannte „produktive" und „reproduktive Arbeit" diente beispielsweise als „way-in", um Hausarbeit überhaupt als Arbeit klassifizieren zu können. Auch heute gibt es eine Vielzahl von Indikatoren, Konzepten und Kategorien, die über die Wertigkeit der verrichteten Arbeit Aufschluss geben: Ehrenamtlich, produktiv, reproduktiv, selbstständig, unselbstständig etc. Dieser Umstand rührt nicht nur von der zentralen Bedeutung von Arbeit in modernen, kapitalistischen Gesellschaften mit ihrer Grundlegung sämtlicher gesellschaftlicher Strukturen. Angefangen von Sozial- über Pensionsleistungen bis hin zu gesellschaftlichem Status. Moderne und Arbeit sind untrennbar miteinander verbunden, war doch die Arbeitskraft und ihre Veräußerung einer der Grundsteine der Moderne und ihrer Ausformung der Industrialisierung. Marx und Engels kommentierten den Schritt der ehemaligen Leibeigenen in die neue Freiheit und den Einzug des kapitalistischen Modells folgendermaßen: *Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer*

*folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die – Gerberei* (MEW 1973/23: 191).

Krisen sind Vorboten gesellschaftlicher und struktureller Veränderungen, ob gewollt oder ungewollt. In diesem Fall hat die Krise nur Entwicklungen sichtbar gemacht, die schon seit mindestens einer Dekade am Laufen sind und jetzt die Verletzlichkeit von Menschen noch viel klarer unterstreicht und ins Rampenlicht rückt. Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung auch die Konstante der Arbeit innerhalb der sozialdemokratischen Ideologie. Sie ist einerseits konstant, weil in irgendeiner Form immer präsent und andererseits, weil sich an der Vorstellung, was Arbeit ist, wie sie zu verrichten ist und welche Bedeutung sie in der Gesellschaft hat, kaum etwas veränderte. Dieses Kapitel hat nicht den Sinn, sämtliche Probleme am heutigen, österreichischen Arbeitsmarkt aufzuzeigen – das wäre in Anbetracht des Umfangs geradezu zynisch – sondern vielmehr die letzten, neueren Entwicklungen hervorzustreichen, mit denen sich die Sozialdemokratie nicht gänzlich auseinandergesetzt hat, weil es eben nicht um Bastionen geht, die es zu verteidigen gilt, sondern um Sektoren, die es noch zu erobern gilt.

Arbeit ist nicht nur als Synonym mit Arbeitsmarkt zu sehen, vielmehr ist das Konzept Arbeit auch ein wichtiger Faktor in puncto gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe und damit der Möglichkeit zur Entfaltung von Potenzialen, Visionen und Möglichkeiten. Die Analyse des Arbeitsmarktes als Ort sozialer Brennpunkte und Konflikte, seinen Mechanismen der Inklusion und Exklusion gibt nicht nur Aufschluss über die Verteilung von Einkommen und Wohlstand, sondern macht auch Ungleichheiten sichtbar, die Konsequenzen in allen gesellschaftlichen Bereichen nach sich ziehen. Innerhalb dieses Problemaufrisses bewegt sich „Kapitel 2: Brennpunkte am Arbeitsmarkt". In einem ersten Schritt soll die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit, abseits ihrer existenzsichernden und berechtigungsstiftenden Funktion in modernen, kapitalistischen Gesellschaften definiert werden, um dann in einem zweiten Schritt an die Brennpunkte bzw. jene Dynamiken des Arbeitsmarktes zu gehen, die die gesellschaftliche Struktur und Teilhabe nachhaltig beeinflussen.

Die Erosion der Regelarbeitsverhältnisse und ihre schrittweise Substitution durch so genannte „flexible" Arbeitsverhältnisse, die neben psychologischer Belastung auch soziale Unsicherheit mit sich bringen, hat mittlerweile auch in Österreich Einzug in den Mainstream gefunden. Durch die kreative Auslegung von arbeitsrechtlichen Grundlagen und die Verflechtung mit neoliberalem Gedankengut und der damit verbundenen Entgrenzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches sowie der damit verbundenen Zeit (Freizeit, Zeit für Familie, Zeit für repro-

duktive Arbeit etc.) eröffnen sich völlig neue Verhältnisse von Ungleichheit, die ihren Ausgangspunkt im Arbeitsmarkt haben.

Diese Erosion und Verflüchtigung trifft wiederum besonders jene Gruppen der Gesellschaft, die auch auf anderen Ebenen mit struktureller Ungleichheit konfrontiert werden: Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung und ältere Personen sind von der neoliberalen Neuordnung des Arbeitsmarktes besonders betroffen. In der Wissenschaft wird in diesem Zusammenhang oft von „Geschlechterfragen" oder der „Geschlechterdimension" gesprochen. Diese Perspektive hat essenzielle Daten geliefert und die Situationen von Frauen am Arbeitsmarkt sichtbar gemacht. Allerdings ist die Bezeichnung der Spaltung des Arbeitsmarktes entlang der Geschlechterlinien nicht nur Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung, sondern bestimmt die Gestalt des gesamten Arbeitsmarktes und damit des gesellschaftlichen Konzeptes von Arbeit. Die oben angesprochenen Mechanismen von Ausschluss und Beteiligung sollen hier anhand verschiedener, weniger privilegierten gesellschaftlichen Gruppen aufgezeigt und ihre Effekte auf andere Lebensbereiche außerhalb des Arbeitsmarktes dargestellt werden.

In einem dritten Schritt geht es um neue Formen der Arbeit, wie zum Beispiel der Wissensarbeit oder der gesamten Pflegeökonomie, die durch die schrittweise Privatisierung der Gesundheitseinrichtungen und auch der Verlagerung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre mehr ins gesellschaftliche Zentrum rückt. Diese neuen Entwicklungen hängen eng mit den ersten beiden Punkten (Erosion der Regelarbeitsverhältnisse, Inklusion und Exklusion am Arbeitsmarkt) zusammen, da sie erstens besonders jene am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen treffen und zweitens durch neoliberale Umdeutung sehr stark Interessenbewegungen eben dieser Gruppen kooptieren. Zum Beispiel wird die Ökonomisierung der Pflege als Errungenschaft für Frauen gedeutet, da die Pflege aus dem familiären Umfeld in einen institutionellen Rahmen gehoben wird. Dabei verrichten Frauen dann doppelte Reproduktionsarbeit (Pflege, Reinigung, Obsorge etc.), teils zu Hause, wo sie traditionell verankert ist, teils im Beruf zu Mindestlöhnen und schlechten Konditionen.

## 1. Die Arbeit, die wir meinen: Strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes und des Faktors Arbeit

Die sicht- und fassbaren Änderungen des Arbeitsmarktes der letzten Dekade stellen eine der größten bisher dokumentierten Phasen gesellschaftlicher Umwälzung in modernen Zeiten dar. Die mühsam erkämpfte Errungenschaft der Regelarbeitszeit, inklusive sozialrechtlicher Absicherungen, Schutzbestimmungen, Kinderarbeitsverbot, gewerkschaftliche Organisation (u.a. Floßmann 2006,

Ebert 1975) sind einem Prozess der „Verflüssigung" (Bauman 2003) unterworfen, oder – im Sinne einer neoliberalen rhetorischen Modernisierung (Wetterer 2005) – einer Flexibilisierung. Theoretisch befasst, ist dieses Verschwinden des Normalarbeitsverhältnisses, die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die Erosion und Reinterpretation von arbeitsrechtlichen Bestimmungen gleichsam Symptom und Reflexion von grundlegenden, gesellschaftlichen Neustrukturierungen. Laut Bauman befinden sich westliche Gesellschaften quasi im „Coming of age"-Prozess der Moderne: Feste Strukturen werden nicht mehr durch ebenso feste Strukturen ersetzt (Bauman 2003: 40), wie dies beispielsweise in der Transition von neuzeitlichen zu industrialisierten Produktionsverhältnissen der Fall war Modernisierung im Sinne Baumans meint vielmehr die Absenz und Diffusion von Strukturen, womit Verantwortung (zu Reichtum, Glück, Selbstverwirklichung, Durchsetzung etc.) wiederum auf das Individuum zurückfällt. An die Stelle der bis zur gesellschaftlichen und rechtlichen Bedeutungslosigkeit ausgehöhlten Strukturen tritt Flexibilität und Mobilität als neues Paradigma individueller und damit auch arbeitsmarktlicher Organisation. Bauman charakterisiert Flexibilität als die Prämisse, „[ständig] in Bewegung zu bleiben". Das Mantra der Bewegung trifft in modernisierten Gesellschaften doppelt zu: Einerseits durch die „Unmöglichkeit der Zufriedenheit", die Bauman als „funktionale Vorraussetzung" der Konsumgesellschaft definiert (Bauman 2003: 56ff) und andererseits durch den Anspruch an arbeitende Menschen, ständig mobil zu sein – auf mentaler oder real-physischer Ebene. Ob Umzug, (über weite Strecken) pendeln, Weiterbildung, Umschulung, Zusatzqualifikation: Bewegung und ständige Neuorientierung sind zwei der wesentlichsten Merkmale dieses neuen, modernen Arbeitsmarktes. Diesen Umstand beschreibt Richard Sennet in seiner analytischen Erzählung „Der flexible Mensch. Kultur des neuen Kapitalismus (2006)". In zwei Schritten stellt Sennet die aggregierten Biographien eines Vater-Sohn-Duos gegenüber, um den historischen Wandel des Konzeptes Arbeit und die damit einhergehende Verflüssigung (Sennet 2006) zu zeigen. Sennet folgert, dass Spezialwissen in vielen Segmenten des Arbeitsmarktes nicht mehr ausschlaggebend sei. Vielmehr die Fähigkeit, sich schnell auf neue Umstände (ob wissenstechnisch oder geographisch-personell) einzustellen, sei der „selling point" im modernen Kapitalismus. Auch Oskar Negt und Ulrich Beck haben Aspekte dieser Verflüssigung bzw. Verflüchtigung gesellschaftlicher Strukturen identifiziert. Laut Negt ist die „Bindungslosigkeit" ein „gefährliches Potential für demokratische Gesellschaftsordnungen" (Negt 2011). Beck hingegen sieht diese „Produktion von Risiken" als Funktion der „gesellschaftliche[n] Produktion von Reichtum".

Diesen Analysen gemein ist, dass sie nicht nur oberflächliche oder durch die 2008 ausbrechende Wirtschaftskrise und schrittweise Rehabilitation des Finanzkapitalismus entstandene Veränderungen am Arbeitsmarkt verorten, sondern anhand dieser Transformationen tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Umwäl-

zungen festmachen. Modernisierte, westeuropäische Staaten wie Österreich mögen zwar nicht der vollen Kraft des entfesselten Finanzkapitalismus ausgesetzt sein und damit der unweigerlich folgenden Verarmung und Verelendung zum Opfer fallen, sie sind aber spürbaren, tief in das Leben der BürgerInnen eingreifenden Veränderungen ausgesetzt. Und gerade Staaten wie Österreich, in denen sämtliche Systeme sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge an das Erwerbsleben, seinem Pfad und seiner Kontinuität geknüpft sind, betreffen diese Verflüssigungen, die, im Mantel der „rhetorischen Modernisierung" (Wetterer 2005) – Flexibilisierung, Mobilität – gewandet, besonders hart. In Österreich liegt der Anteil der in Österreich beschäftigten Personen, die in Teilzeitverhältnissen arbeiten, derzeit bei knapp 25 % (Eurostat 2011). 2001 waren es noch 16 %. Die Teilzeitquote bei erwerbstätigen Frauen 2011 betrug knapp 46 %, bei Männern 8,9 % (Statistik Austria 2012). Derzeit arbeiten 2,7 Millionen Personen in Österreich im tertiären Dienstleistungsbereich (Statistik Austria 2012). Gerade im Bereich der Service- und Teilzeitarbeit ist die Wirtschaftskrise und die Reaktion im Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze besonders sichtbar: 2009 gab es in Österreich einen Zuwachs von 48.000 Stellen im Teilzeitbereich zu verzeichnen, hingegen einen Verlust von 60.000 Regelarbeitsplätzen. Markant dabei ist, dass nach der Abebbung der Krise diese 48.000 Stellen nicht mehr in Regelarbeitsplätze „umgetauscht" wurden. Das heißt, die Wirtschaftskrise ist Katalysator für strukturelle, unumkehrbare Veränderungen, die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Auswirkungen haben (AMS 2012).

Ein zentraler Punkt innerhalb dieser strukturellen Änderungen des Arbeitsmarktes und damit auch des Faktors Arbeit ist eine gesellschaftliche Neudeutung von Arbeit. Dieser Diskurs wird von ProponentInnen des Neoliberalismus gerne als Erklärungsmuster für den Anstieg von Personen in Teilzeitarbeit herangezogen: Im Sinne der Individualisierung ist Teilzeitarbeit eine von vielen Alternativen, deren Auswahl freiwillig erfolgt und bei der keine strukturellen Zwänge im Hintergrund wirken. Dabei werden Debatten um neue Arbeitszeitmodelle und um eine Veränderung des Stellenwertes von Arbeit in der persönlichen und kulturellen Geographie des Individuums zur Erklärung dieser strukturellen Veränderung herangezogen und reinterpretiert. Ein Indiz dafür, dass diese Erklärung nur rhetorische Fassade ist, ist die Absenz ernstgemeinter Debatten um Lebensarbeitszeitmodelle, Sabbaticals, Bildungskarenz, Abgeltung von Arbeit in der reproduktiven Sphäre der Ökonomie und ausgedehnterem Karenzmanagement für Mütter und Väter.

Diese Strukturen wiederum wirken vor allem auf Personengruppen, die ihnen und ihrer Wirkmächtigkeit schonungslos und ohne Alternativen ausgesetzt sind. Bei genauerer Betrachtung kristallisieren sich drei Gruppen heraus, die von dieser Um- und Restrukturierung des Arbeitsmarktes besonders betroffen sind.

## 2. Mustererkennung: Brennpunkte am Arbeitsmarkt

Der Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, nennt die wachsende Jugendarbeitslosigkeit und die teils fassungslose Paralyse, mit der ihr gegenübergetreten wird, „einen der größten Skandale unserer Generation" (Interview Seite 65 ff). Tatsächlich ist das Phänomen der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren einer der gemeinsamen europäischen Nenner der strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt: Diese ist in den vergangenen Jahren rasant angestiegen. Traurige Spitzenreiter sind nach wie vor Spanien mit 52 % und Griechenland mit 53 %, respektive Heimaten der indignad@s-Bewegung, der Vorläuferin der in den USA Fuß fassenden Occupy-Wall$treet-Protesten. Österreich liegt mit 8,9 % zwar am unteren Ende der Skala (Eurostat 2012), hat aber trotzdem tief geschlagene Pfade in der Transition von Schul- zu Erwerbsleben, die zu einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit im jungen Erwerbsleben führt. Der für Österreich viel zitierte „Bildungstrichter", dass z.B. nur 11 % aus sozial schwächeren bzw. bildungsfernen Schichten zu studieren beginnen, zeigt sich auch am Arbeitsmarkt: Die von Bauman konzipierte „Mobilität" bzw. der Anspruch, immer in Bewegung zu bleiben, bedeutet, die nötige Zeit, Motivation, Bildung und Prognostik zu besitzen, sich Zusatzqualifikationen anzueignen, umzulernen, umzuziehen etc. Dem entgegen wirkt die angesprochene Pfadabhängigkeit des Bildungs- und Berufswesens in Österreich: Alleine die Trennung von Lehre und Matura, von Hauptschule und Gymnasium und hier wiederum von Unter- und Oberstufe bedeuten Pfade, deren Bahn schwer umkehrbar ist. Bildung stellt nach wie vor auch einen der wichtigsten Faktoren in der späteren Arbeitsmarktintegration dar (WIFO 2012, Eurostat 2011). Diese Entwicklung, die die Wirtschaftskrise 2008 nur sichtbarer gemacht und schlussendlich beschleunigt hat, bedeutet ein generationenübergreifendes Risiko. Immerhin sind an Erwerbsarbeit nicht nur soziale Sicherheit und Bildungschancen gekoppelt, auch soziales Ansehen und Wertigkeit sind eng an dieses moderne Konzept von Arbeit geknüpft.

Eine weitere Gruppe, die Um- und Restrukturierungen von Arbeitsmärkten mit wenig Puffer ausgesetzt sind, sind Frauen. Frauen in Österreich sind mit einer Teilzeitquote von knapp 46 % jene Gruppe, die sich durch ihr Erwerbsleben hindurch am häufigsten in prekären Arbeitsverhältnissen findet. Neben der arbeitsteiligen Geschlechtszugehörigkeit (Wetterer 2009) und der daraus resultierenden Reproduktion und Verstärkung von Geschlechterverhältnissen kommt es auch noch zu einer Dichotomisierung der Kategorie „Frau" innerhalb dieses Geflechts aus Strukturen und Kategorien. Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Zweiten Republik kontinuierlich gestiegen ist (Flossmann 2006), hat sich an gesellschaftlichen Rollen- und Arbeitsverhältnissen wenig geändert. Frauen haben nach wie vor die reproduktive Arbeit über, das bedeutet Hausarbeit und Kindererziehung im weitesten Sinne. Gleichzeitig treten aber mehr Frauen in

das produktive Erwerbsleben ein und lagern Hausarbeit an Arbeitskräfte – meist Frauen – aus Drittländern aus. Die Dichotomisierung der Gruppe „Frauen" in Herrin und Magd (Young 2006) eröffnet ganz neue Ungleichheiten, Abhängigkeitsverhältnisse und strukturelle Herausforderungen, auf die im dritten Teil des Textes eingegangen werden soll. Für jene Frauen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, bedeutet die Erfüllung des gesellschaftlichen Ideals des Kinderwunsches ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko. Junge, alleinerziehende Mütter sind eine jener Bevölkerungsgruppen, die am meisten von Armut gefährdet ist, ihre Armutsgefährdungsquote liegt bei 6,3 % (Statistik Austria 2011), bei Erwerbstätigkeit sinkt diese Quote auf 20 %. Die bereits angesprochene Pfadabhängigkeit des Erwerbslebens in Österreich schlägt auch hier durch. Unterbrechungen des Erwerbslebens (welcher Art auch immer) haben gravierende Folgen auf berufliche und soziale Sicherheit.

## 3. Brennende Sektoren

Zwei neue Entwicklungen in unterschiedlichen Sektoren des österreichischen Arbeitsmarktes könnten sich von Brennpunkten zu brennenden Sektoren entwickeln: Einerseits die bereits oben angesprochene Ökonomisierung der Pflege und das Aufkommen der in weiten Teilen Europas bereits bestehenden Care Economy und andererseits die Wissensarbeit. Diese beiden Sektoren üben wichtige gesellschaftliche Stütz- und Innovationsfunktionen aus und sind andererseits massiven Umwälzungen unterworfen. Besonders der gesamte Bereich der reproduktiven Arbeit. Haus-, Pflege-, und Erziehungsarbeit erfährt in der letzten Dekade eine Neuorganisation. Durch den verstärkten und kontinuierlichen Eintritt von Frauen in westlichen Gesellschaften in das Erwerbsleben werden reproduktive Tätigkeiten innerhalb der Genusgruppe Frau verschoben. Die Reorganisation der Haus- und Carearbeit nach „markteffizienten" Kriterien (Aulenbacher 2009: 240) bedeutet gleichzeitig die Organisation der Haus- und Carearbeit entlang der Achsen von Geschlecht, Klassen- und Schichtzugehörigkeit und damit eine neue Schaffung von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen. Auch in Deutschland und Österreich werden Pflege und Hausarbeitstätigkeiten entlang von Geschlecht und Ethnie ausgelagert – das hier beschriebene Phänomen wird in der Frauen- und Geschlechterforschung als „Global Care Chain" (Russell/Hochschild 2003) bezeichnet. Die sukzessive Auslagerung von gesellschaftlich nicht wertgeschätzten (und damit schlecht bezahlten) Tätigkeiten an Personen aus ärmeren Staaten, für die aufgrund der doppelten Relativität der Armut (Beck 1997) diese Arbeit eine Überlebensstrategie darstellt, eröffnet ein Feld von neuen Ungleichheitsrelationen und Abhängigkeiten. Auf der einen Seite wird Pflege und Betreuungsarbeit individualisiert und die Personen greifen nicht auf öffentliche Angebote zurück, weil es hier oft an Kapazitäten fehlt. Die beschäftigten Personen sind meistens im Bereich der Pflege formal nicht qualifiziert, dafür aber

in anderen Bereichen, wie Maria Rerrich in ihrer 2011 erschienenen Studie nachweist und sind zudem in prekären ausbeutenden Verhältnissen angestellt. Andererseits befindet sich die zu pflegende Person in einem Abhängigkeitsverhältnis, das ohne Supervision und Kontrolle existiert. Zahlen und Datenmaterial gibt es bis jetzt kaum, die angesprochene Studie von Rerrich stellt eine Pionierleistung dar. Die Schwierigkeit der Erfassung von Personen, die in illegalen und prekären Arbeitsverhältnisse arbeiten, ist fast unmöglich. Die Arbeiterkammer Oberösterreich spricht von „Pflegearbeit in der Krise". Die hohe psychische Belastung, gekoppelt mit schlechten Arbeits- und Aufstiegsbedingungen lassen, den ganzen Sektor der Pflegearbeit in die Verwahrlosung schlittern. Der Blog *Santa Precaria* – die Schutzheilige der prekär Beschäftigten – sammelt Erfahrungs- und Medienberichte der Betroffenen. Alleine die Unsichtbarkeit und Nichtbeachtung dieser virulenten Entwicklung birgt das Potenzial der Eskalation in sich. Durch die markteffiziente Organisation der reproduktiven Arbeit (Aulenbacher 2009), die durch die – von westlichen Gesellschaften gewünschte und geförderte – Integration von Frauen in das Erwerbsleben eine logische Folge darstellt, wird einem gesellschaftlichen Diskurs zur Neuverteilung und der Neubewertung von Arbeit aus dem Weg gegangen. Stattdessen wird gesellschaftlich essenzielle, aber nicht als wertvoll empfundene Arbeit innerhalb der Kategorie Geschlecht an das – ökonomisch wie sozial – nächst schwächere Glied in der Kette abgegeben. Die damit verbundenen sozialen und ökonomischen Abhängigkeiten und Fragen wie Missbrauch und Ausbeutung sind nur die Spitze des Eisberges.

Ein anderer Sektor, der in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit verdient, ist jener der Wissensarbeit. Das bedeutet in der neoliberalen, rhetorischen Modernisierung: Wissen produzierende Personen an dafür geschaffenen Einrichtungen. Universitäten und der gesamte tertiäre Bildungssektor stehen seit Beginn des neuen Jahrtausends massiv unter Druck. Seit den unter der schwarz-blauen Bundesregierung beschlossenen Novellen des Universitätsgesetzes und der Verpflichtung Österreichs zur Einhaltung der Richtlinien des Bologna-Prozesses wurden die Universitäten in die „Unabhängigkeit" entlassen – gemeint war damit finanzielle und administrative Abkoppelung der Hochschulen vom Staat und die Selbstverantwortung in der Akquise von Mitteln. Diese strukturellen Veränderungen wiederum haben zur Neuorganisation des „Mittelbaus" (Universitätsbedienstete in wissenschaftlicher Verwendung, außer den ordentlichen ProfessorInnen) zur Folge. Das neue Universitätssystem, das die Universität – und generell alle öffentlichen Einrichtungen – als neoliberale Unternehmen begreift, zieht die Segmentierung und Tranchierung wissenschaftlicher Laufbahnen nach sich, um Wettbewerb, Flexibilität und Effizienz zu steigern (IG Elf 2012). De facto bedeutet es die Spaltung des Mittelbaus und die Einführung neuer Dienstverhältnisse wie *pre-* und *postdocs, senior* und *junior scientists* und diverse LektorInnenposten, die die Verbreitung von Unsicherheit und Risiko für junge WissenschaftlerInnen

zur Folge haben. Dem gegenüber stehen die steigenden Anforderungen an junge WissenschaftlerInnen, die eine wissenschaftliche Karriere anstreben: Mit Auslandsaufenthalten, Berufs- und Beratungserfahrung, veröffentlichten Beiträgen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften mit hohem Impact-Faktor, Lehrtätigkeit, Engagement in der Selbstverwaltung des Institutes und Erfahrung in der erfolgreichen Lukrierung von Drittmitteln ist es nicht verwunderlich, dass sich der Weg in den *tenure track* und damit in ein stabiles unbefristetes Dienstverhältnis über Jahrzehnte erstreckt. Mit der Annäherung an das US-amerikanische System wurden auch die negativen Seiten übernommen, die Marc Bousquet in seiner Studie „How the University Works: Higher Education and the Low-Wage Nation" (2008) beschreibt. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Fächer selbst nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt. Ein Faktum, das Sozial- und Geisteswissenschaften schrittweise in die Ecke bzw. nach Münch auf den Weg der „industriellen Großproduktion" (Münch 2009) treibt, das heißt zur Überforschung, zur Wahl von Themengebieten, die profitabel oder überschaubar erscheinen. Bei Projektlaufzeiten von ein bis zwei Jahren und den daraus resultierenden, kurzen Verträgen, an deren Ende eine oder mehrere Publikation(en) stehen soll, ist langfristige nachhaltige Forschung und tiefergehende Spezialisierung auf ein Thema kaum möglich. Auch dieser Sektor entspricht Baumans Theorie der „bewegten" Moderne: Ständig in Bewegung bleiben – geografisch, wissenschaftlich und Anstellungsverhältnisse betreffend – was zu einer Erhöhung des Risikos eines Schlitterns in Kettenverträge und zur Überforderung der AkteurInnen führt.

Dieser Artikel hatte zum Ziel, einen Aufriss über die Brennpunkte am Arbeitsmarkt zu geben und dabei nicht jene Bereiche anzusprechen, die ohnehin öffentlich debattiert werden. Die Effekte der neuen Beweglichkeit, die immer mehr zum Status quo in der Arbeitswelt werden, werden sicht- und fühlbarer: In Österreich leiden fast 13 % aller Beschäftigen unter psychischen, arbeitsbedingten Erkrankungen, ein Drittel der Männer und 25 % der Frauen leiden unter Stress- und Zeitdruck (WIFO 2012b), der aus dem Erwerbsleben heraus resultiert. Auch eine von der DGB-Jugend in Auftrag gegebenen Studie zeigt: 56 % der jungen Beschäftigten haben den Eindruck, dass immer mehr Tätigkeiten innerhalb derselben Zeit erledigt werden müssen. Die geforderte „Flexibilität" oder Bewegung am Arbeitsmarkt muss von politischer Seite einer tiefgreifenden Analyse unterzogen werden, um neoliberale Rhetorik von genuin gewünschten Weiterentwicklungen des Faktors Arbeit zu trennen.

## Literaturverzeichnis

*Bauman, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne. FfM/Suhrkamp.*

*Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, FfM/Suhrkamp.*

*Bousquet, Mark (2008): How the University works. Higher Education and the Low-Wage Nation. NY/NYU Press.*

*Ebert, Kurt (1975): Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich. ÖdW/Wien.*
*Ehrenreich, Barbara/Hochschild, Arlie, Ed. (2002): Global Woman. Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy. NY/Metropolitan Books.*

*Eurostat (2011): Europe in Figures. Eurostat Yearbook 2011. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/publications/eurostat_yearbook_2011.*

*Eurostat (2012): Statistics Database. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database.*

*Floßmann, Ursula (2006): Frauenrechtsgeschichte. Ein Leitfaden für den Unterricht. Linz/Trauner.*

*Marx, Karl / Engels, Friedrich (MEW): Band 23. Das Kapital. Erster Band Dietz/Berlin. 2005.*

*Mayrhuber Christine, Bock-Schappelwein Julia, Rückert Eva (2012): Neue soziale Risiken in Österreich im europäischen Vergleich. Wifo Working Papers. 2012/250-1/S/WIFO-Projektnummer: 9211.*

*Münch, Richard (2009): Die Geisteswissenschaften im Sog des akademischen Kapitalismus. http://www.leibniz-institut.de/archiv/muench_10.09.09.pdf.*

*Negt, Oskar (2011): Signale des Zorns. Interview mit der Freitag vom 27.01.2011. URL: http://www.freitag.de/autoren/jaugstein/signale-des-zorns.*

*Sennett, Richard (2006): Der flexible Mensch. Kultur des neuen Kapitalismus. NY/Bloomsbury LTD.*

*Wetterer, Angelika (2005): Rhetorische Modernisierung & institutionelle Reflexivität: Die Diskrepanz zwischen Alltagswissen und Alltagspraxis in arbeitsteiligen Geschlechterarrangements. In: Freiburger Frauen Studien. Zeitschrift für Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Ausgabe 15: Arbeit und Geschlecht, S. 75-96.*

*Young, Brigitte (2009): Vortrag von Prof. Dr. Brigitte F. Young (Institut der Politikwissenschaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster), gehalten im Rahmen der Abendveranstaltung des Renner- Instituts am 8. September 1999 in Wien: Die „Herrin" und die „Magd": Globalisierung und die neue internationale Arbeitsteilung im Haushalt.*

# „Der größte Skandal unserer Zeit“

*Sein akademisches wie auch aktivistisches Engagement im Bereich soziale Sicherheit und Gerechtigkeit machen den Präsidenten der Volkshilfe Österreich und EU-Politiker zu einem renommierten Experten in Fragen des Wohlfahrtsstaates und der sozialen Bedeutung von Arbeit. Josef Weidenholzer über die Bedeutung des Faktors Arbeit, soziale Brennpunkte und eine verlorene Generation.*

*Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und zählt dort zur „Progressiven Allianz der SozialistInnen und DemokratInnen (S & D)“.*

**Welchen Stellenwert hat der Faktor Arbeit momentan in der gesamteuropäischen Politik?**

**Weidenholzer:** Ich glaube, dass die Arbeit als Faktor seit langem ein bisschen aus dem Mittelpunkt gedrängt wurde, weil momentan sehr viele wichtige Weichenstellungen durch spekulative Veränderungen auf den Finanzmärkten erfolgen. Das heißt, es haben spekulative Realitäten, die eigentlich nur durch solche Überlegungen zustande kommen, immer größere Bedeutung erlangt und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hängt weniger davon ab, was durch die Arbeit der Menschen geleistet wurde, ihren Fleiß oder wie immer man das bezeichnen will. Diese klassischen Tugenden, die über Jahrhunderte eigentlich den Wohlstand entschieden haben, sind durch diese Veränderungen in den Hintergrund gedrängt worden. Das ist in dem Sinn neu, da für Menschen der Fleiß eigentlich überhaupt keinerlei Bedeutung mehr hat für ihre spätere Position, weil die Weichenstellungen durch ganz etwas anderes erfolgt. Das hat es immer gegeben, aber in diesem Ausmaß ist das einzigartig. Insofern leben wir momentan in einer Welt, wo Arbeit wirklich weniger Rolle spielt. Der Reichtum der Nation ist offensichtlich auch durch gewagte Spekulationen möglich, wenn man überhaupt hier von „Reichtum“ reden kann. Das ist ein interessantes Phänomen. Die Frage ist, ob das anhalten wird, ob diese Entwicklung eingebremst werden kann oder das wiederum dazu führt, dass das, was man als „Realwirtschaft“ bezeichnet, wieder Realwirtschaft wird und auch wieder eine eigene Bedeutung bekommt.

**Aber wo führt diese Entwicklung hin? Auf der einen Seite haben wir diesen Hyper-Finanzkapitalismus, der im Endeffekt die europäische Finanzpolitik über weite Strecken dominiert und auf der anderen Seite sind die gesamten Systeme sozialer Sicherung sehr stark an diesen Faktor Arbeit und an dieses traditionelle Konzept von Arbeit geknüpft.**

**Weidenholzer:** Ich bin mir nicht sicher, ob das einfach nur eine Entwicklungsstufe ist und ob diese Entwicklung nicht wieder zurückgeht; dass also dieser Finanzkapitalismus wieder eingeschränkt wird. Aber würde das so weitergehen, ist es eigentlich ziemlich klar, dass soziale Sicherung in dem Konzept überhaupt nichts mehr verloren hat und von daher eigentlich auf Null zurückgeschraubt werden muss. Das ist eigentlich ziemlich eindeutig, bishin zu Mario Draghi *(Chef der Europäischen Zentralbank, Anm.)*, der ganz klar die Beseitigung des europäischen Sozialstaats fordert. Ich bin eher der Überzeugung, dass es entweder durch eine große Krise oder Revolution, oder durch Vernunft und Gegensteuern beendet wird. Ich sehe da durchaus Chancen, dass diese Entwicklung nicht so ungebremst weiter fortfährt; dass es also vernünftige Leute gibt, die das einsehen. Hier hat natürlich die Arbeit – das hat ja auch mit Produktion zu tun, mit der Schaffung von Gütern, von Werten usw. – nach wie vor eine wichtige Bedeutung. Und ich glaube, dass sie wieder mehr Bedeutung bekommen wird. Das Problem ist eher, wie verteilt sich das global, wo werden Güter produziert.

**Der keynesianische Multiplikator oder dieser Konsumzwang ist eines der Kernstücke unserer modernen kapitalistischen Wirtschaftsideologie: Konsum steigert Nachfrage, steigert Produktion, steigert Einkommen...**

**Weidenholzer:** Momentan ist es so, dass alle „vernünftigen" Argumente in der Krise immer damit enden: Wir brauchen einen Wachstumspakt. Wachstum wird eigentlich ganz klassisch keynesianisch im Sinne einer großen Lokomotive definiert, mit der wir uns aus der Krise herausziehen können. Und natürlich können wir, wenn man zu einer Zeit aufgewachsen ist, wo die Grenzen des Wachstums diskutiert wurden, den Wachstumsbegriff insgesamt hinterfragen. Also ich würde denken, es wäre wahrscheinlich fatal, würde man sagen: „Wir wollen kein Wachstum mehr haben". Weil es nicht wirklich konsequent wäre. Es ist eher die Frage, welches Wachstum wir wollen? Dass Wirtschaften grundsätzlich wachsen, ist wahrscheinlich wirklich notwendig, denn es gibt in dem Sinn keine statische Wirtschaft. Hier sind Fragen wie Nachhaltigkeit, Ausbeutung der Rohstoffe usw. ganz in den Vordergrund zu stellen. Auch die Frage, inwieweit menschliche Ressourcen dem Wachstum geopfert werden dürfen. Weil Wachstum um jeden Preis kann nicht heißen, dass ich schon als 5-jähriges Kind ein Teilnehmer am marktwirtschaftlichen Wettbewerb bin und solange ich quasi Leistungserbringer bin, einen Stellenwert habe und danach nicht mehr. Zu sagen: „Wir sollen kein Wachstum mehr haben", ist eigentlich genauso abenteuerlich wie zu sagen: „Wachstum um jeden Preis".

**Wie beurteilst du die Strategie, die wir vorher analysiert haben, dass Arbeit und Arbeitsmarktpolitik dieser korrigierenden Finanzpolitik gewichen ist, Stichwort: ESM?**

**Weidenholzer:** Es hat zum Beispiel Mitte September *(2012, Anm.)* im Europäischen Parlament eine State of the Union Rede von Barroso gegeben, die zum Teil das Übliche gesagt hat wie Wettbewerb usw. Ein paar Punkte waren aber durchaus sehr interessant. Wo man nämlich auch klar zum Ausdruck brachte, es sei wichtig, dass die reale Wirtschaft wieder zur Geltung kommt. Es ist eigentlich absurd, heute vom Begriff

„Realwirtschaft" zu sprechen, weil es nur eine derartige Wirtschaft geben sollte. Die wirklichen Probleme sind: Wie gehen wir mit der Jugendarbeitslosigkeit um? Mit einem Phänomen, das einfach unglaublich ist in seiner Dimension. Wenn Länder wie Spanien oder Griechenland mehr als 50 % Arbeitslose haben, dann stimmt hier etwas überhaupt nicht mehr. Dann gibt es natürlich große regionale Ungleichgewichte, die dazu führen, dass es Wanderungsbewegungen gibt, die zum Teil für manche Länder nicht mehr verkraftbar sind. Zum Beispiel die ganze Entwicklung in der Roma-Frage: Wenn in den Herkunftsländern keine Jobs angeboten werden, dann brauche ich mich nicht wundern, dass es hier Wanderungen in großem Ausmaß gibt, die manche Leute verunsichern. Also die Frage ist, wie Europa insgesamt jetzt sein neues Wachstum gestalten will.

**Das wären jetzt einmal die Risikogruppen, wobei natürlich die Jugendarbeitslosigkeit eines der sichtbarsten Themen ist.**

**Weidenholzer:** Das ist der große Skandal unserer Zeit. Und mich wundert's eigentlich immer, warum es den Konservativen gelingt, von Generationengerechtigkeit zu sprechen. Womit sie dann meinen, dass man Sicherungssysteme zerstören soll und niemand ihnen eigentlich aufzwingt, dass sie über Jugendarbeitslosigkeit reden sollen. Es wird ständig das Phantom von Pensionisten, die auf Kosten der Jungen leben, diskutiert, sodass man wirklich die Frage stellen müsste, warum haben junge Menschen keine Möglichkeit mehr, Arbeit zu finden? Es gibt ja in den bestehenden europäischen Sozialfonds so viel Geld, dass es ohne Problem möglich wäre, Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit aufzulegen. Man könnte eine Art Beschäftigungsgarantie für alle Jugendliche in Europa schaffen, mittels den in diversen EU-Fonds geparkten Mitteln. Wenn man lediglich diese Mittel ausgeben würde, könnten man ohne Problem der arbeitslosen Jugend in Europa zumindest die Chance geben, irgendeine Form von sinnvoller Beschäftigung zu erhalten.

**Warum denkst du, dass das nicht auf der zentralen Agenda ist?**

**Weidenholzer:** Weil es bis vor kurzem die Tonangebenden überhaupt nicht interessiert hat. Die in Europa herrschende konservative Klasse war in keiner Weise daran interessiert, den jungen Menschen zu helfen. Die neoliberale Theorie sieht das sowieso nicht vor, da gibt es nur mehr die Erklärung, dass die Leute eben noch wettbewerbsfähiger gemacht werden müssen, dann würden sie auch Jobs finden. Es geht schlicht und einfach darum, dass ich öffentliche Mittel dafür bereitstelle, junge Menschen den Eintritt in das Berufsleben zu ermöglichen. Ohne dass sie dabei gleich ihre Ellbogen verwenden müssen und sie quasi den Neid gegenüber einer anderen Generation schüren müssen. Das ist die einzige Erklärung, die Neoliberale dafür haben. Europa ist von der Theorie dieser Leute geleitet gewesen und die politischen Mehrheitsverhältnisse waren relativ eindeutig. Es war eigentlich die Sozialistische Partei Europas, die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, die das zum ersten Mal – wenn auch zu spät – vor eineinhalb Jahren massiv in den Vordergrund gebracht haben. Und als wir gemeinsam die Debatte über Jugendarbeitslosigkeit im Parlament losgetreten haben, da war in dem ganzen Saal auf der rechten Seite kein einziger Mensch dort.

**Zurück zur Jugendarbeitslosigkeit und das, was du diesen großen Skandal nennst. Hier bauen sich Parallelgesellschaften auf, die mit dem übergreifenden Ethos Arbeit nicht in einer gesellschaftlich akzeptierten Form in Berührung kommen...**

**Weidenholzer:** Und die nie mit dem etwas zu tun gehabt haben und die dann eine ganz neue Realitätswahrnehmung bekommen. Ich meine: Man kann darüber reden dass man auch einmal nicht arbeiten will, dass man von der Arbeit auch einmal aussteigen will. Paul Lafargue hat das einmal „das Recht auf Faulheit" genannt. Ich glaube, das spielt für uns alle eine Rolle.

# „Gesetzlicher Mindestlohn von 1.600 bis 1.700 Euro“

*Wie aussagekräftig sind Armutsberichte und was heißt es „arm“ zu sein? Christine Stelzer-Orthofer kritisiert die derzeitige Armutsforschung, unter anderem die Methode der Armutszählung. Sie gilt als vehemente Befürworterin des Sozialstaats und sieht in der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eines der wirksamsten Mittel gegen Armut.*

*Ass.-Prof.in Dr.in Christine Stelzer-Orthofer arbeitet am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der JKU Linz und ist Herausgeberin des jährlichen oö. Armutsberichts.*

**Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Welche Gruppen sind in Oberösterreich besonders von Armut betroffen?**

**Stelzer-Orthofer:** Es gibt zwei Sachen, mit denen man beginnen muss. Zum einen, was kann man von einer regionalen Sozialberichterstattung oder regionaler Armutserhebung halten? Österreichweit gibt es einige tausend Haushalte, die beim EU-SILC *(europäische Erhebung über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen, Anm.)* befragt werden. Die Grundgesamtheit bzw. die Teilmenge für Oberösterreich ist dementsprechend kleiner. Alle diese Zahlen sind ein Stück weit mit Unsicherheiten behaftet. Dem Grunde nach kann gesagt werden, dass in Oberösterreich die Verteilung von Armutsgefährdung nicht anders ist als in Gesamtösterreich. Sprich: Besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose, AlleinerzieherInnen, aber auch Behinderte oder allein lebende Frauen – mit und ohne Pension. Diese Evidenz, die wir haben, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich ausweitet, gibt es nicht spezifisch für Oberösterreich. Wir können davon ausgehen, dass dies in Oberösterreich genauso der Fall ist wie in ganz Österreich oder in der gesamten Welt. Ich halte es für falsch, wenn wir immer versuchen, das Problem herunterzubrechen von Österreich auf Oberösterreich und auf immer kleinere Ebenen. Das führt uns zur personenbezogenen Armutszählung, die ich für den falschen Weg halte. Wir wissen, dass 12 % der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet ist und wir gehen davon aus, dass es in Oberösterreich auch an die 12 % sind.

**Warum will man so etwas wie Armutszählung nicht machen?**

**Stelzer-Orthofer:** Weil es eine Form der Stigmatisierung ist. Wir waren lange der Meinung, dass wir Armut ausrotten können; oder dass mit dem Ausbau des Wohlfahrtstaates die Armut verschwinden wird. In den 1980er und 1990er Jahren hat man festgestellt, dass das nicht der Fall ist. Trotz des

Blicks in Entwicklungsländer gibt es auch bei uns Armut. Relative Armut, aber auch absolute Armut würde ich sagen. Das sind 12 % in Oberösterreich, Österreich und den anderen Bundesländern.

**Gerade Frauen und junge Menschen sind von Armut betroffen. Woran liegt das, mit welchen Benachteiligungen haben sie in der Gesellschaft zu kämpfen?**

**Stelzer-Orthofer:** Ich bin eine Sozialstaatsverfechterin. Ich halte sehr viel vom österreichischen Sozialstaat, aber speziell diese Gruppen zeigen uns, wo er versagt oder nicht weit genug geht. Natürlich gibt es dafür Gründe. Wenn man von AlleinerzieherInnen spricht, von „Einelternfamilien" wie es so schön heißt – wissen wir: Das sind Frauen. Dann sehen wir, dass es dort Lücken in der sozialen Absicherung gibt. Dahinter liegt jedoch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Frauen den Bereich des Mutter-Seins, des Hausfrau-Seins, der Kindererziehung zuschreibt und dadurch die Arbeitskraft nicht so verkaufen können wie Männer, oder besser gesagt wie Väter. Die Frage ist: Wo beginnt man? Es wäre natürlich gut, diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzubrechen, den armutsgefährdeten Frauen in ihrer Lage als Alleinerzieherinnen nützt dies jedoch nichts. Es muss also ein paralleles Arbeiten sein. Der Sozialstaat muss einerseits eine bessere Absicherung schaffen, andererseits muss er Möglichkeiten schaffen, beispielsweise durch qualitative Kinderbetreuung die Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen. Letztlich liegt es daran, und das gilt für Behinderte, Frauen und Arbeitslose gleichermaßen, dass man nicht in der Lage ist, genügend Einkommen zu lukrieren, um die Existenz zu sichern. Dazu kommt noch die Gruppe der „Working Poor", also jenen, die trotz Erwerbstätigkeit kaum ein Auskommen findet. Mit der sozialstaatlichen Sicherung – und das ist auch die Kritik daran – die ja deutlich geringer ist als das Einkommen, rutscht man in Armut oder in Armutsgefährdung ab.

**Was heißt es, „arm" zu sein? Welche Maßstäbe werden herangezogen und wie ist die individuelle Situation der Betroffenen?**

**Stelzer-Orthofer:** Einfach nicht mithalten zu können. Rein statistisch betrachtet kann es beispielsweise für manche der 12 % Armutsgefährdeten oder beispielsweise der 30 % armutsgefährdeten AlleinerzieherInnen gar nichts bedeuten, weil sie relativ gut über die Runden kommen. Die Kritik an der Armutsforschung ist die, dass man zur Berechnung der Quoten nur das Einkommen heranzieht und keine Ausgaben berücksichtigt werden. Wenn wir von einer Armutsgefährdungsschwelle – sie liegt bei etwa 1.000 Euro bei einem Einpersonen-Haushalt – ausgehen, dann kann es sein, dass eine Alleinerzieherin, die in einer Wohnung im Haus ihrer Eltern lebt, für die keine Mietkosten anfallen, gut zurecht kommt. Eine andere Mutter, die gegebenfalls 200 Euro mehr zur Verfügung hat, aber nicht über die Runden kommt, weil sie eine beträchtliche Summe für Mietkosten aufbringen muss, ist die andere Seite. Armutsforschung ist nur eine Annäherung an das Problem. Es gibt daher auch viele andere Armutsindikatoren, wie zum Beispiel die Qualität der Wohnverhältnisse oder gesundheitliche Beeinträchtigungen. Armut ist mit Scham verbunden. Niemand gibt gerne offen zu, dass er arm ist oder sich kaum was leisten kann. In unserer Leistungsgesellschaft kommt es einem Versagen gleich und zu vorschnell werden

Schlüsse gezogen, ob und in wie weit man nicht selber an der Armutssituation schuld ist.

**Immer mehr Menschen können von ihrem Arbeitseinkommen nicht mehr leben. Was sind die Gründe dafür und inwieweit hält das Phänomen der „Working poor" auch bei uns Einzug?**

**Stelzer-Orthofer:** Auch hier zeigt EU-SILC, dass die Gruppe der „Working Poor" immer größer wird. Bezogen auf atypische Beschäftigungen stellt sich die Frage, ob dies so gewollt wird oder diese nur aufgrund von Alternativlosigkeit gewählt werden müssen. Teilzeitbeschäftigung war lange Zeit von Gewerkschafts- und Arbeiterkammerseite verpönt, während aber für viele Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur durch Teilzeit möglich war bzw. ist. Neben einem reduzierten Einkommen und der damit verbundenen schlechten sozialen Absicherung sehe ich hier ein Problem, wenn sich Teilzeit verfestigt, sprich wenn ein Wechsel in die Vollbeschäftigung nicht mehr möglich ist. Das größte Problem sehe ich aber ganz konkret im Niedriglohnsektor. Für Studierende, die geringfügig beschäftigt sind, ist es meiner Ansicht nach insofern nicht so bedrohend, weil es sich meist um eine befristete Situation handelt. Menschen hingegen, die im Niedriglohnsektor und ohne Perspektiven tätig sind, kaum mehr als 1.000 Euro verdienen, haben selten eine Chance hier auszubrechen. Dort sind die Ansatzpunkte für ein sozialstaatliches Eingreifen. Von Seiten der Kollektivvertragspartner wird immer beteuert, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in die Tarifautonomie eingreift und wir ihn daher nicht brauchen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen solchen Mindestlohn in Österreich benötigen. Ich glaube auch nicht, dass dies in die Autonomie der Kollektivvertragspartner eingreifen würde, sondern dass diese dadurch gefordert werden, ihre Verhandlungen über dieser Grenze zu tätigen. Ich bin der Meinung, dass ein gesetzlicher Mindestlohn für 40 Stunden bei mindestens 1.600 bis 1.700 Euro brutto liegen müsste. Ich will keine amerikanischen Verhältnisse. Ein weiterer Kritikpunkt an der Armutsforschung ist auch die Abhängigkeit von der Haushaltszusammenfassung. Es zeigt sich, dass Mehrkindfamilien, etwa ab dem dritten Kind, auch häufig armutsgefährdet sind. Eine Förderung der Familien in diesem Zusammenhang könnte gleichzeitig wieder zu einer Verringerung der Frauenerwerbstätigkeit führen, die ebenfalls nicht wünschenswert ist. Ich bin froh, dass wir eine Individualbesteuerung haben und keine Haushaltsbesteuerung, wie sie oft in Bezug auf Familienarmut gefordert wird. Eine Haushaltsbesteuerung würde patriarchale Familienformen und die Nichterwerbstätigkeit von Frauen fördern. Mit dem Argument der höheren Besteuerung durch den Zusatzverdienst der Frauen werden diese dann nämlich vom Arbeitsmarkt ferngehalten.

**Du hast auch Kritik an der Armutsforschung geübt. Wohin sollte sich deiner Meinung nach die Armutsforschung hin entwickeln?**

**Stelzer-Orthofer:** Nachdem wir so lange kein Zahlenmaterial zu Ausmaß und Betroffenheit hatten, gieren wir alle nach diesen Zahlen. Nun erheben wir sie jedes Jahr und stellen fest, dass sich in einem Zeitraum von mehr als fünfzehn Jahren nichts wirklich geändert hat. Wir haben eine Armutsgefährdung, die zwischen 11 und 14 % liegt,

wobei diese Schwankungen auch statistisch bedingt sind. Das ist eigentlich eine sehr resignative Erkenntnis. Wir forschen seit 15 bis 20 Jahren und haben immer dasselbe Ausmaß an Armutsgefährdung und immer dieselben Gruppen von Betroffenen. Darum sage ich: „Genug der Zahlen". Es ist zwar gut und schön, wenn wir mit Zahlen argumentieren können, aber diese Ergebnisse kennen wir jetzt. Ich habe auch nichts gegen weitere Erhebungen, aber wir müssen jetzt qualitativ weiter arbeiten. Wir müssen beginnen, darauf zu schauen, was es heißt in Armut zu leben und wie wir die Situation für die Betroffenen verbessern können. Wir dürfen nicht weiterhin krampfhaft an den Zahlen kleben und darauf vergessen, sozialpolitische Maßnahmen zu implementieren, die zu einer Verbesserung führen. Es ist der Zeitpunkt, dass wir in Richtung qualitativer Armutsforschung gehen und überlegen, was wir ändern können.

**Ingeborg Rauss** „Bildzeichen - Interpretation - Kommunikation“
*Acryl, Graphit und Lackstift auf Leinwand, 120 x 120 cm*

**Renate Moran** „Gehirnforschung“
*Acryl auf Leinwand, 80 x 120 cm*

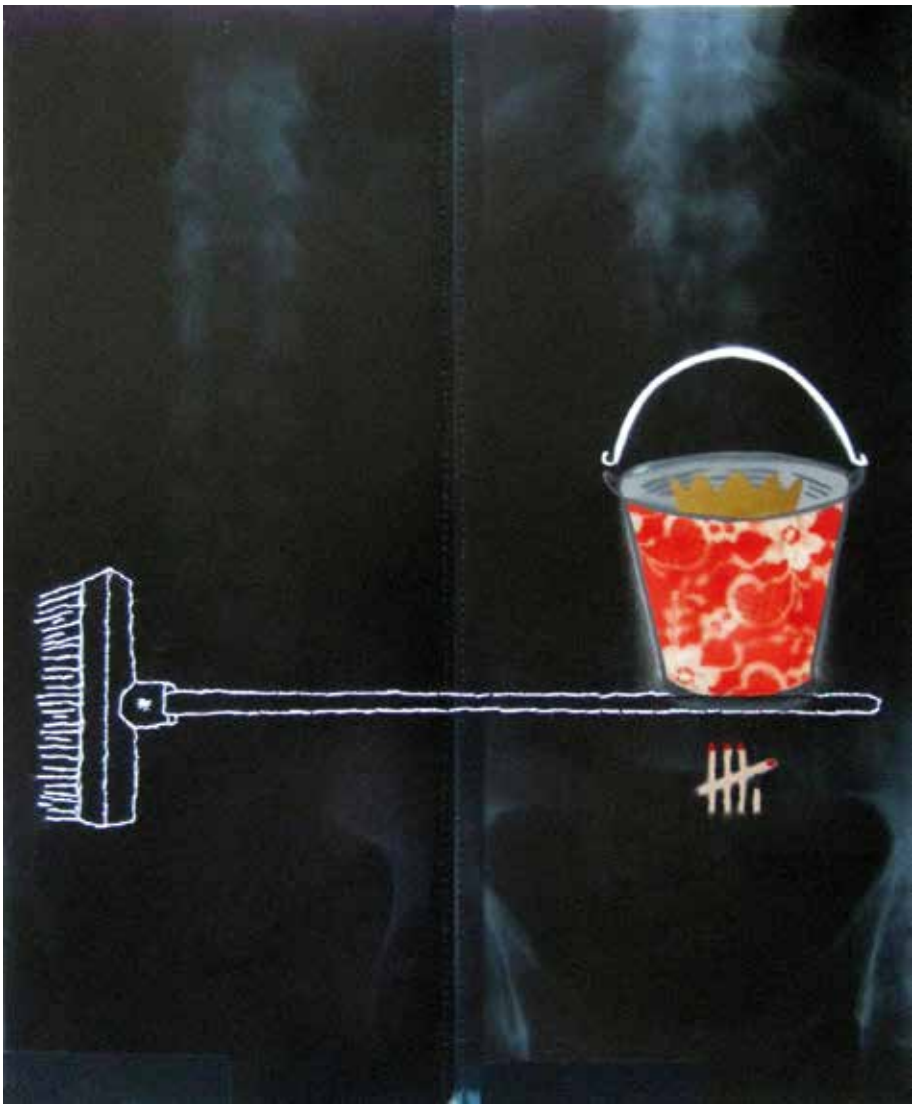
**Ernst Hager**
*Pinseltuschezeichnung auf Papier, 50 x 70 cm*

**Elfie Hackl-Ceran** „Jugend“
*Öl auf Leinwand, 70 x 70 cm*

**Kurt Kopta** „Auch wir tragen Kopftuch, nur unsres ist sehr rot“
*Öl auf Hartfaser, 45 x 45 cm*

**Renate Moran** „Wir sind!“
*Aquarell auf 300 gr. Bütten, 56 x 47 cm*

**Veronika Merl** „Kürbisse“
*Öl auf Leinwand, 50 x 70 cm*



**Helga Schager** „Spitzenkübel #3“
*Stencilgrafik auf x-ray, 43 x 35,5 cm*

# Kapitel 3
# Neuer Rahmen für Neue Arbeit

Georg Hubmann

Wirtschaftsdemokratie
Demokratisierung
Wirtschaft
Entscheidungen
mehr
Beteiligung
Fragen
Mitbestimmung
Genossenschaften
Gesellschaft
Arbeitswelt
MitarbeiterInnen
Auseinandersetzung
Diskussion
Demokratische
demokratischen
sowie
Formen
Unternehmen
gesellschaftlichen
Arbeiterinnen
Organisationsformen
MitarbeiterInnenbeteiligung
Organisation
Verteilung
Bereichen
Menschen
Ebenen
Sozialdemokratie
Erwartungen
Makroebene
globalen
Modelle
ökonomische
Unternehmenskultur
neoliberalen
Kontrolle
Zentralbank
Orte
politische
gesellschaftliche
Ziele
Entwicklung
Erwartung
Bereiche
heute
seit
oft
Verantwortung
Gemeinschaft
Krise
Modell
Ebene
ökonomischen
wagen
Einfluss
sozialen
Blick
braucht
dafür
zeigt
Österreich
vielen
zentralen
neben
Form
Mesoebene
großen
Folgen
Jahre
bestimmt
Zwischenkriegszeit
Bereich
wirtschaftlichen
Mitglieder
jedoch
etwa
Ausbeutung
Ausdruck
Wandel
Geschichte
vieler
Orientierung
genossenschaftlichen
Arbeit
aktuellen
Ausbau
Ziel
meist
Wirtschaftskrise
Rolle
Betrieben
unmittelbar
gemeinsamen
Bontrup
europäischen
wichtiger
Unternehmens
Anteile
immer
Beschäftigten
entstehen
Vielzahl
genossenschaftliche
Finanzkapitalismus
Emanzipation
diskutiert
Neben
Kapital
ökologischen
Aufgaben
Institutionen
Flexibilisierung
Betriebe
viele
Herangehensweisen
politischen
starken
gerade
Maßnahmen
Forderung
Demokratie
Rahmen
aktuelle
neuen
Bedürfnisse
Bedeutung
Forderungen
Partizipation
Debatte
stark
soziale
müssen
Betrieb
dabei
Möglichkeiten
Wirtschaftens
Genossenschaftswesen
betreffen
öffentliche
konkrete

# Neuer Rahmen für Neue Arbeit

Arbeitsleistungen dienen zur Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Von der Verwaltung zur Güterproduktion oder von der Forschung bis zur Pflege gibt es unzählige Orte, wo Menschen tätig sind, um die für die Zivilisation notwendigen Aufgaben zu erfüllen und damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Rahmen für tägliche Arbeit ist bestimmt durch die Orte, wo wir sie verrichten. Die Forderung nach mehr Demokratie in allen Lebensbereichen bezieht sich auch auf die Bereiche, wo wir tätig sind. Im Detail sind die Rahmenbedingungen dafür ganz unterschiedlich; jedoch ist klar, dass in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Gesetze des Marktes im Mittelpunkt des unternehmerischen Denkens und damit oft der betrieblichen Organisation stehen. Es geht um Angebot, Nachfrage und Konkurrenz – schnelle Entscheidungen zählen. Dementsprechend spielen demokratische Formen der Mitbestimmung für MitarbeiterInnen oder die Orientierung der Geschäftstätigkeit an einem allgemeinen, übergeordneten gesellschaftlichen Ziel oder Zweck oftmals eine geringe Rolle. Genau diese Fragestellungen sind die zentralen Fragen der Wirtschaftsdemokratie.

Die Auseinandersetzung um mehr Demokratie in der Wirtschaft und der Arbeitswelt führt die ArbeiterInnenbewegung seit ihren Anfängen. Schon Karl Marx forderte eine weitere Demokratisierung über die bürgerliche Scheindemokratie, die auf bloße politische Gleichberechtigung fokussiert, hinaus, um wirklich demokratische Verhältnisse herzustellen. Der Bereich der Wirtschaft ist für ihn deshalb so zentral, da dies der Ort ist, wo die Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Unternehmer und die Produktion des Mehrwerts durch die ArbeiterInnen unmittelbar stattfindet (Marx/Engels 1959). Diese Fragestellungen sind trotz der sich so rasch ändernden Rahmenbedingungen mit den daraus resultierenden Folgen, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten vorfinden, von zentraler Bedeutung, wenn man sich über einen neuen Rahmen für die Neue Arbeit Gedanken macht.

## 1. Emanzipation und Mitbestimmung in der Wirtschaft: Ein Blick in die Geschichte

In dieser Geschichte spielte die politische und soziale Situation der ArbeiterInnen, Handwerker und Bauern eine zentrale Rolle. So gab es kollektive und demokratische Organisationsformen schon in der vorkapitalistischen Zeit, jedoch beschleunigten die sich verschärfenden sozialen Gegensätze die Entwicklung konkreter Ideen. Mit der beginnenden Industrialisierung in England war es Robert Owen, der 1799 mit der Musterkommune New Lanark als erster eine genossenschaftliche Produktionsweise umsetzte und damit auch einen gesamtgesellschaftlichen Reformanspruch verknüpfte. Die Forderungen nach mehr Demokratie und sozialer Absicherung für die Arbeitenden waren zentrale Bestandteile (Hoffmann 1974).

Die Auseinandersetzung um eine Demokratisierung der Wirtschaft hat also eine lange und traditionsreiche Geschichte. Neben der strukturellen Unterdrückung und Ausbeutung der ArbeiterInnen waren die undemokratischen Organisationskulturen und die bloße Orientierung am Gewinn des Unternehmers als Zielvorgabe für wirtschaftliches Handeln die zentralen Beweggründe für Bemühungen der in Parteien und Gewerkschaften organisierten ArbeiterInnenschaft, in diesen Fragen Verbesserungen zu erkämpfen oder eigenständig neue Wege zu entwickeln.

### 1.1 Wirtschaftsdemokratie und Sozialdemokratie in Österreich

In Mitteleuropa und Österreich ging die industrielle Transformation langsamer voran und damit dauerte es auch länger, bis konkrete Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie erfolgten. Es war die Auseinandersetzung um Versammlungs- und Redefreiheit, die mit dem kaiserlichen Patent aus 1852 auch in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Möglichkeit brachte, sich in Vereinen zu organisieren. Das war nicht nur die Geburtsstunde der Arbeiterbildungsvereine als Vorläufer der sozialdemokratischen Parteiorganisation, sondern auch der entscheidende Schritt zur genossenschaftlichen Organisation. Denn auf Grundlage dieser gesetzlichen Möglichkeiten wurde die erste Konsumgenossenschaft in Österreich im Jahr 1856 von Textilarbeitern in Teesdorf (NÖ) gegründet. Das war der Startpunkt für eine Vielzahl von Genossenschaftsgründungen: Entweder als Konsumgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften mit landwirtschaftlicher oder industrieller Orientierung oder als gemeinschaftliche Darlehenskassen. Das übergeordnete Ziel blieb die Emanzipation und Selbsthilfe für die ArbeiterInnen. Im Konkreten ging es darum, monopolistische Preisbildung und schlechte Produktqualität im Einzelhandel zu umgehen, die Produktion von Gütern im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich, die Errichtung von Wohnraum sowie die Vergabe von Krediten gemeinschaftlich zu organisieren (Brazda 1990).

### 1.2 Die Zwischenkriegszeit: Sozialdemokratie und neue Formen des Wirtschaftens

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbewegung waren vor allem in der Zwischenkriegszeit wesentliche Triebfedern für die Diskussion und Umsetzung von Ansätzen der Wirtschaftsdemokratie. Dazu gehörten die Verbreitung der Genossenschaftsidee und der Einsatz für überregionale Zusammenschlüsse von kleinen Organisationen. Die besondere Bedeutung der Genossenschaftsbewegung wird deutlich, wenn man Karl Kautsky (1854-1938) folgt, der sie als „Dritte Säule" neben Partei und Gewerkschaft bezeichnete. Es ging um den positiven Wirtschaftskampf in einer Zeit der Aufbruchsstimmung für

die sozialdemokratische Bewegung. Viele bis dahin nur als Utopie formulierten Ziele und Maßnahmen konnten in den 1920er Jahren umgesetzt werden. Die Genossenschaften waren auch Ausdruck einer neuen Form des Wirtschaftens abseits des obrigkeitsstaatlich-zentralistischen Verständnisses, wie es in Österreich auch noch nach 1918 teilweise Bestand hatte. Die gemeinschaftliche Selbstversorgung war das Gegenmodell zur staatlichen Fürsorge und damit immanenter Ausdruck der Emanzipation der Arbeiterklasse. Diese Haltung ist auch im Linzer Programm der Sozialdemokratie aus 1926 festgeschrieben. Dort wird die „Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihren Arbeitsstätten und in der Gesamtwirtschaft" genauso als Ziel ausgegeben wie die Förderung der Entwicklung der Gemeinwirtschaft. Darunter werden öffentliche Betriebe, genauso wie Genossenschaften verstanden. Es geht um direkte Verbindung von Produktion und den ArbeiterInnen als KonsumentInnen zur Preisreduktion durch die geringeren Gewinnspannen beim Handel (Neugebauer 1985).
Erfolgreich praktiziert wird das genossenschaftliche Modell in der Zwischenkriegszeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Räumlich war es stark auf das „Rote Wien" fokussiert und dort war es gerade der genossenschaftliche Wohnbau, der für die größte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen sorgte.

### 1.3 Von der Staatswirtschaft zur programmatischen Wende

Nach dem Zweiten Weltkrieg bleibt für die Sozialdemokratie das Ziel, das Genossenschaftswesen auszubauen und demokratische Mitbestimmung in den Wirtschaftsbetrieben durchzusetzen, aufrecht. Ein Wandel in der programmatischen Orientierung ist aber insofern zu erkennen, als dass die Betonung der staatlich gelenkten Wirtschaft zunimmt. Das ist auf die realpolitischen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg mit der führenden Rolle der SPÖ im Land und der starken staatlichen Industrie zurückzuführen. Ein neuer Aspekt, der in den 1970er Jahren stark aufkommt, ist der des KonsumentInnenschutzes als ein Element zum Schutz der einzelnen KäuferInnen in der Sphäre der Wirtschaft.
Mit dem neoliberalen Wandel in der Gesellschaft, den großen gesellschaftlichen Umwälzungen, der Wende Ende der 1980er Jahre sowie der Pleite des Konsums als der sozialdemokratischen Vorzeigegenossenschaft im Jahr 1995, fällt unter dem wachsenden ökonomischen Einfluss in Politik und Gesellschaft die Positionierung der Sozialdemokratie im aktuellen Parteiprogramm aus 1998 deutlich anders aus. Der Schwerpunkt des Wirtschaftsprogramms liegt auf Vollbeschäftigung und guten Arbeitsbedingungen mit einer starken Gewerkschaftsbewegung. Von genossenschaftlicher Organisation oder Wirtschaftsdemokratie ist hier nicht mehr die Rede (SPÖ 1998).
Die realpolitischen Ereignisse und die neue politische Wahrnehmung in der veränderten Welt brachten dem genossenschaftlichen Organisationsprinzip am

Ende des 20. Jahrhunderts einen verstaubten Ruf ein. Die Debatte um demokratische Mitbestimmung in den Betrieben wurde in ihrer politischen Verantwortung mehr und mehr den Gewerkschaften zugeschrieben, in der gesellschaftspolitischen Diskussion wurde die Fragen nach Mitbestimmung in den Betrieben weniger intensiv geführt.

## 2. Wirtschaftsdemokratie heute

Auch wenn das Thema Wirtschaftsdemokratie in der politischen Diskussion der 1980er und 1990er Jahre wenig Stellenwert hatte, die inhaltliche Brisanz und globale Bedeutung vieler Aspekte der großen Frage „Wie wollen wir wirtschaften?" nahm mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Transformation und schließlich der schweren Wirtschaftskrise seit 2008 laufend zu. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie die „Occupy Wall Street"-Bewegung, die Indignados in Spanien, Attac oder Ökologie-Bewegungen sind genauso Motoren und Ausdruck der Diskussion rund um Wirtschaftsdemokratie wie die Gewerkschaftsbewegungen, die allesamt neuen Schwung in die Debatte gebracht haben.
Der ursprünglich enge Fokus auf die Fragen der Emanzipation und Mitbestimmung der ArbeiterInnen ist von der politischen Linken im neoliberalen Sog der 1990er Jahre über Bord geworfen und nicht mehr weiterentwickelt worden. In diesem inhaltlichen Vakuum sind es nun neben den direkten Auswirkungen der Finanzkrise wie Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und den damit gewachsenen Widersprüchen in der Arbeitswelt, die sich unter den Bedingungen des globalisierten Finanzkapitalismus weiter verschärft haben. Dazu kommen auch ökologische Fragen, die den Brennstoff für die Debatte um neue Formen der Wirtschaftsdemokratie liefern; es geht um die Folgen einer „ökonomisch-ökologischen Doppelkrise" (Dörre 2012).
Der ökonomische Teil der Krise ist seit 2008 als die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 vor allem in Europa und den USA omnipräsent. Bereits vor Ausbruch der Krise gab es viel Kritik an den Auswüchsen des Finanzkapitalismus und am ökonomischen Imperialismus, der immer mehr gesellschaftliche Bereiche in die ökonomische Logik der Profitmaximierung presste. Die aktuelle Krise ist aber auch nur ein Ausdruck der systemimmanenten Instabilität im Kapitalismus, in dem Symptome wie die fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft, Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Prekarisierung und Flexibilisierung in der Arbeitswelt, sowie drohende Altersarmut immer wieder vorkommen. Die aktuellen Entwicklungen sind Folgen der Abkehr vom wohlfahrtsstaatlichen Modell hin zu einer individualistisch-ökonomisierten Gesellschaft unter neoliberalen Vorzeichen. Immer deutlicher treten dabei auch die globalen Ungleichgewichte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu Tage. Die stete Umverteilung zugunsten des Nordens auf Kosten der südlichen Staaten führt zu globalen Auseinandersetzungen, die getrieben sind von dem Anspruch auf menschliche

Lebensbedingungen und einen höheren Lebensstandard in den Entwicklungsregionen der Erde. Damit einher geht der Kampf um die knapper werdenden Ressourcen und Rohstoffe, die den global steigenden Energiebedarf nur mehr schwer decken werden können; genauso wie die Folgen der Industrialisierung mit zunehmender Zerstörung vieler Lebensräume und der globalen Klimaerwärmung. Es ist eine Auseinandersetzung, in der es um die Zukunft des gemeinsamen Lebensraums geht. Die Verschärfung der Situation zusammen mit der Verschränkung von ökonomischen und ökologischen Faktoren ist es auch, die dringend nach demokratischen Formen des Diskurses für die großen Fragen des globalen Zusammenlebens verlangt.

## 2.1 Beteiligung ist gefragt

Ein beständiger Wandel der Gesellschaftsformation begleitet die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie. Von der Ausbeutung der ArbeiterInnen im Frühkapitalismus über die Phase der produktiv-fordistischen Kombination von Massenproduktion und Wohlfahrtsstaat bis hin zum Finanzkapitalismus, der uns die aktuelle Finanzkrise beschert hat. Die Zuspitzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen treibt die Suche nach einem neuen, tragfähigen Rahmen, der Zusammenhalt und friedliches Miteinander der Menschen sichert. Die Forderung nach mehr Wirtschaftsdemokratie zielt genau darauf ab. Der Berliner Sozialforscher Alex Demirovic versteht unter Wirtschaftsdemokratie, dass „die Naturgesetze der Wirtschaft zum Gegenstand des gemeinsamen Entscheidens unter der Beteiligung aller gemacht werden" (Demirovic 2008). Alle, die von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sind, sollen auch bei der Auseinandersetzung beteiligt sein; sei als ArbeitnehmerInnen, die im Zuge einer Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren, AnrainerInnen neuer Fabriksanlagen und damit unmittelbar Betroffene der dort entstehenden Emissionen oder BürgerInnen, die ihr demokratisches Recht der Mitsprache bei der Gestaltung des Staatshaushalts wahrnehmen wollen. Es geht also um die demokratische Moderation unterschiedlicher Bedürfnisse im gemeinsamen demokratischen Diskurs.

Dieser sehr weit gefasste und grundsätzliche Zugang bringt natürlich einige Schwierigkeiten in der Umsetzung mit sich, aber er steckt zuverlässig den Rahmen ab, in dem Ansätze für eine Demokratisierung der Wirtschaft diskutiert werden müssen. Der Bogen spannt sich dabei nicht nur über die globalen ökonomischen Differenzen und die komplexen ökologischen Themen, sondern umfasst genauso auch Fragen der Arbeitsorganisation und der Mitbestimmung in Betrieben. Unter dem Begriff „Wirtschaftsdemokratie" ist so eine Vielzahl an gesellschaftlichen Herausforderungen subsumiert, für die es keine allumfassende Lösung geben kann; umso wichtiger ist es, die Debatte auf unterschiedlichen Ebenen zu führen.

## 2.2 Ebenen der Wirtschaftsdemokratie

Unter dem Titel „Wirtschaftsdemokratie“ werden neue Formen der Mitbestimmung im gesamten wirtschaftlichen Bereich diskutiert. Dazu gehören kleine und große Unternehmen genauso wie (inter-)nationale und globale Institutionen. Die Wirtschaftsdemokratie-Konzepte beziehen sich in Forderungen und Zielen auf eine Überwindung von Gegensätzen wie Planwirtschaft und Marktwirtschaft, Lohnforderungen und Gewinnstreben, demokratischer Ausgleich und ökonomische Effizienz oder ökologische Nachhaltigkeit und blindes Wachstumsstreben. Es geht darum, Antworten auf diese gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu finden und somit um eine weitere Demokratisierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche. Aber auch um die Wahrung der demokratischen Verfassung unserer Gesellschaft, in der „Wirtschaftsdemokratie als ein Mittel der Kontrolle verstanden werden kann, das verhindert, dass sich in der Wirtschaft Machtinteressen durchsetzen, die die demokratische Gesellschaft insgesamt gefährden“ (Demirovic 2008).
Abhilfe kann nur eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche schaffen, um das demokratische System lebendig zu halten. Im aktuellen Zustand, wo sich immer mehr Menschen als bloße Anhängsel von Marktgesetzen erfahren und die wirtschaftliche Führungselite zu immer mehr Macht kommt, gehen die demokratischen Teilhabeimpulse verloren. „Demokratie wagen, das hieße heute Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Verfügungsmacht über die Produkte ihrer eigenen Arbeit – hieße Wirtschaftsdemokratie wagen“ (Negt 2011). Es spricht also viel für einen Ausbau der Demokratie, vor allem im Bereich der Wirtschaft als den Kulminationspunkt für das Ungerechtigkeits- und Ohnmachtsempfinden vieler Menschen.

Ansatzpunkte für eine Diskussion der Möglichkeiten von wirtschaftsdemokratischer Beteiligung lassen sich entlang der drei Ebenen des Wirtschaftsprozesses finden. In den Betrachtungsebenen der Mikro-, Meso-, und Makroebene des Wirtschaftens darf dabei aber nicht aus den Augen verloren werden, dass zwischen diesen Ebenen ein interdependentes Verhältnis besteht. Auf diesen wechselseitigen Bezug gilt es in der Diskussion von Einzelmaßnahmen oder Konzepten zur Wirtschaftsdemokratie Rücksicht zu nehmen. Als grundlegende Orientierung werden die Ebenen in der folgenden Übersicht dargestellt:

| | | |
|---|---|---|
| **Mikroebene:** unternehmensbezogene Ebene „Machtverhältnis Kapital und Arbeit“ | **Ziel:** partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses | Demokratisch-partizipative Unternehmenskultur statt Mitbestimmung in Betrieben, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen, Arbeitszeitregelungen, organisatorische Fragen |
| **Markt- oder Mesoebene:** „Wettbewerbsimmanente Probleme und Gefahren von Marktmacht“ | **Ziel:** Demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik | Demokratisierung der Unternehmensverfassung, Ausbau der Gemeinwirtschaft, Einkommens- und Vermögensbeteiligung, Wettbewerbspolitik, Kollektivvertragspolitik, Sozialstandards |
| **Makroebene:** Verhältnis „Staat – Privat“ | **Ziel:** Eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft | Globale Ordnungsrahmen und Wirtschaftspolitik, Globalsteuerung, Steuerpolitik, öffentliche Kontrolle der Zentralbanken |

Abb. 1: Vilmar (2006)

**a) Die unternehmensbezogene Ebene**

Die Mikroebene des Wirtschaftens bezieht sich auf die unternehmerische Tätigkeit und damit auf ökonomische Entscheidungen, die den Geschäftsalltag in einem Betrieb bestimmen. Vielfach geht es um Machtverhältnisse im Betrieb, die sehr oft von der Verfügungsmacht über Investitionen bestimmt werden. Aber die Entscheidungen, in welchen Bereichen und wann im Unternehmen investiert wird, betreffen alle MitarbeiterInnen, denn es geht dabei auch um Stellung und Rolle der Beschäftigten, sowie die Möglichkeiten zur Mitbestimmung in diesen Fragen. Einige dieser Punkte sind im Rahmen der betriebsrätlichen Mitsprachemöglichkeiten in den Betrieben geregelt. Für echte Wirtschaftsdemokratie gilt es jedoch, diese Regelungen auszubauen und weiterzudenken.

Eine spannende Herangehensweise an diese Fragen liefert Heinz Bontrup mit seinem Vorschlag für eine demokratisch-partizipative Unternehmenskultur. Darunter versteht er den Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten im Betrieb durch verbesserte demokratische und partizipative Strukturen. Um die neuen Strukturen entsprechend zu nutzen, braucht es bessere Kommunikation in Form von individuellen und gruppenbezogenen Austauschprozessen unterstützt und umgesetzt durch einen beteiligenden Führungsstil, damit auch

die Informationsasymmetrie aufgebrochen werden kann. Ein weiteres Element der Wertschätzung und Beteiligung betrifft das Ideenmanagement, wo richtig eingesetzte MitarbeiterInnen neue Innovationspotenziale erschließen. Dazu gilt es, die Personalentwicklung so auszurichten, dass Weiterbildung forciert und so für die MitarbeiterInnen auch Entwicklungsperspektiven geschaffen werden. Neben diesen organisatorisch-kulturellen Partizipationsformen liefern auch Konzepte, die eine materielle Beteiligung der Beschäftigten beinhalten, notwendige Ansatzpunkte für Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie auf der betrieblichen Ebene (Bontrup 2006).

**b) Die Marktebene: Arbeitsmarkt und Wettbewerbspolitik**

Die zentralen Fragen auf der Mesoebene der Wirtschaftsdemokratie betreffen viele Fragen der Vermögensverteilung und sozialen Absicherung, genauso wie negative Folgen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprinzips, etwa in ökologischen Fragen.

Eine zentrale Komponente ist dabei die Frage der Verteilung der Wertschöpfung. Produktivitäts- und Preissteigerungen sind über entsprechende Erhöhungen der Reallöhne an die ArbeitnehmerInnen weiter zu geben, um die ungleiche Verteilung der Vermögen auch wirklich angehen zu können. Ergänzend dazu schlägt Bontrup verschiedene Modelle der Gewinn- und Kapitalbeteiligung vor. Diese Vorhaben für eine gerechtere Verteilung sind nur dann umzusetzen, wenn sich auf der Mesoebene des Wirtschaftens auch an dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretungen etwas ändert. Politische Maßnahmen wie Flächenkollektivverträge, Mindestlöhne oder eine Pflichtmitgliedschaft in der Gewerkschaftsbewegung für alle abhängig Beschäftigten sind hier Beispiele für Instrumente, um das Kräfteverhältnis zu drehen (Bontrup 2012).

Das dominierende Wettbewerbsprinzip ist ein wesentlicher Faktor für die ungleiche Verteilung und sorgt in vielen Bereichen des Marktes für gesellschaftlich nicht gewünschte Ergebnisse. Beispiele dafür sind etwa die Auswüchse der Finanzindustrie, die Umweltschutzpolitik oder die Privatisierung öffentlicher Güter wie Energieversorgung, Verkehr, Bildung, usw. Hier anzusetzen hieße, öffentliche Unternehmen zu stärken, um der Gemeinschaft wieder mehr Verantwortung und Entscheidungsräume zu geben, sowie das Genossenschaftswesen zu fördern, um die wirtschaftlichen Prozesse auch strukturell zu demokratisieren.

**c) Die ökonomische Ordnungspolitik auf der Makroebene**

Bei der Betrachtung der Makroebene des Wirtschaftens geht es um die grundsätzlichen Fragen der Ausrichtung einer Volkswirtschaft. Die ökonomische Ordnung und die Verfassung der Institutionen gehören genauso dazu wie die großen Leitlinien der Finanz- und Geldpolitik. In Europa liegen seit der Einführung des Euro viele dieser Kompetenzen nicht mehr bei den Nationalstaaten, sondern bei europäischen Institutionen wie dem europäischen Parlament, der Kommis-

sion, dem Europarat oder der europäischen Zentralbank. Obwohl diese Fragen nicht sofort unmittelbar das Leben oder das Einkommen der Menschen betreffen, werden auf dieser Ebene Entscheidungen getroffen, die auf das Leben der Einzelnen großen Einfluss haben. Von diesen Institutionen werden allerdings nur die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt gewählt. Rat und Kommission werden von den Regierungen der Mitgliedsländer beschickt und die Europäische Zentralbank hat ihrer Verfassung nach politisch unabhängig zu sein, das heißt, sie ist allein dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet.
Aus Perspektive der Wirtschaftsdemokratie, die jeder und jedem ein Mitspracherecht bei Entscheidungen, die die persönliche Lebenslage treffen, einräumen will, muss gerade an der wenig demokratischen Verfasstheit der Europäischen Union Kritik geübt werden. Dazu kommt die politische Dimension: Die derzeitigen Mitglieder des Rats, der Kommission und des Direktoriums der Zentralbank agieren mehrheitlich nach der neoliberalen Marktideologie. Viele der damit verbundenen politischen Ziele wie Privatisierungen öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen, Steuererleichterungen für Besserverdienende und Unternehmungen oder der Abbau der Sozialsysteme nützen nur einem sehr kleinen Teil der Gesellschaft. Aber gerade diese Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik haben auch Einfluss auf das Wohlergehen der kommenden Generationen. Vielmehr müsste daher gelten, diese Entscheidungen so demokratisch wie möglich zu gestalten. Ähnliches trifft auf global agierende Organe wie den Internationalen Währungsfonds zu: Auch hier müssen demokratische Entscheidungen fallen und nicht bloß die stärksten Wirtschaftsmächte bestimmen. Insgesamt gilt es, das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft gerade auf der Makroebene wieder herzustellen und zu stärken (Bontrup 2012).

## 3. Demokratische Organisationsformen der Arbeit

Die politische und gesellschaftliche Geschichte der Auseinandersetzung um eine Demokratisierung der Wirtschaft ist lange. Sie zeigt auch ein Vielzahl an unterschiedlichen Herangehensweisen und ideologischen Richtungswechsel auf. Eine klare Struktur für aktuelle Herausforderungen und mögliche Herangehensweisen bietet die Übersicht zu den Ebenen der Wirtschaftsdemokratie (Abbildung 1). Anhand der drei Ebenen ist eine Orientierung im weiten Feld der Wirtschaftsdemokratie gut möglich. Im Folgenden werden mit dem Genossenschaftswesen und den Formen der MitarbeiterInnenbeteiligung zwei praktische Herangehensweisen, die eine demokratischere Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeit ermöglichen, näher diskutiert.

### 3.1 Genossenschaften: Zukunftsmodell mit starken Wurzeln

Nicht nur die umfassenden Veränderungen in der Arbeitswelt ließen viele Grenzen verschwimmen, sondern auch die immer stärkeren globalen Verbindungen in der Unternehmenswelt sorgen für neue Organisationsformen im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitswelt. Für die notwendige Neubestimmung der Arbeitsbeziehungen braucht es auch geeignete Organisationsformen. Altbewährt und gut sind Genossenschaften, die entgegen dem Vorurteil des Auslaufmodells vor allem in Deutschland stark im Aufschwung sind und in vielen Bereichen wieder kollektive Sichtweisen einbringen können, die in der individualisierten Arbeitswelt ansonsten schon untergegangen wären (Hoffrogge 2011).
Die genossenschaftlichen Grundprinzipien-Förderung der Mitglieder, Selbstverwaltung, Hilfe zur Selbsthilfe und Solidarität waren die Antwort auf die schwierigen Bedingungen von ArbeiterInnen, Bauern, Handwerkern und Kleinunternehmungen im 19. Jahrhundert. Wirft man einen Blick auf die überdurchschnittlich positive Performance der genossenschaftlich organisierten Betriebe in der aktuellen Wirtschaftskrise, ist das ein klares Zeichen dafür, dass die Werte heute noch tragende Säulen für ein erfolgreiches Geschäftsmodell sein können.
Ein wichtiger Grundsatz der Genossenschaften ist neben Selbstverwaltung und Solidarität auch die Mitbestimmung der Mitglieder. Die gemeinsamen Ziele und die kooperative Struktur fördert den Genossenschaftsgeist, der als Vorteil der Genossenschaften gegenüber anderen Organisationsformen angesehen wird. Dafür braucht es Grundsätze, die eine entsprechende Kultur fördern, die internationale Genossenschaftsvereinigung ICA (International Co-operative Alliance) hat diese 2009 folgendermaßen formuliert (Gellenbeck 2012):

- Freiwillige und offene Mitgliedschaft
- Demokratische Entscheidungsfindung durch die Mitglieder
- Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder
- Autonomie und Unabhängigkeit
- Ausbildung, Fortbildung und Information
- Kooperation mit anderen Genossenschaften
- Vorsorge für die Gemeinschaft der Genossenschaften

Im Kern baut das Genossenschaftswesen damit auf zwei zentralen Standbeinen auf: Die Forderung nach „Gewinn für alle“ als altruistisches Prinzip zur Mehrung des gemeinsamen Vorteils und zur Förderung der Kooperation sowie dem Grundsatz „1 Mensch, 1 Stimme“, damit nicht einseitige Machtkonzentration einige wenige übervorteilt. Beide Prinzipien braucht es, um den Gemeinschaftsgeist und damit die Basis für den ökonomischen Erfolg nicht zu gefährden. Mit diesen Grundsätzen entsprechen Genossenschaften in weiten Teilen der Forderungen vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen. Die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten machen diese Unternehmensform zu einer Hoffnungsträgerin für eine demokratische Zukunft.

Genossenschaften sind in vielen Bereichen im Aufwind, vor allem in Deutschland oder Italien. Das zeigt sich an der stark steigenden Zahl an Neueintragungen, aber auch an der wachsenden Zahl an Tätigkeitsfeldern von Genossenschaften. Dazu zählen Aufgaben im Sozial- und Gesundheitswesen, genauso wie Beratung und kommunale Aufgaben sowie Umweltmanagement und Energieproduktion. Mit diesen neuen Organisationsformen für Aufgaben, wie etwa der Wasserver- und -entsorgung sind sie auch auf ein stärkeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet, die damit auch Verantwortung für die Gemeinschaft und ihre Bedürfnisse übernehmen. Ein Beispiel dafür sind Sozialgenossenschaften, deren Mitglieder etwa in Schul- und Seniorengenossenschaften ehrenamtlich aus Solidarität Dienstleistungen für andere erledigen. Eine ähnliche Rolle übernehmen Stadtteilgenossenschaften, wo sich Betriebe zusammenschließen, um den Stadtteil zu entwickeln. Neben den technischen (Renovierungs-) Arbeiten sind es aber auch soziale Aufgaben wie Fragen des Zusammenlebens und der kulturellen Belebung, die im Mittelpunkt der Aktivität stehen (Alscher 2011).

### 3.2 Schwerpunkt MitarbeiterInnenbeteiligung

Fragen der Wirtschaftsdemokratie müssen auch auf Ebene des Arbeitsplatzes, im Einflussbereich von Betrieben und Unternehmungen, sowie in einer regionalen Perspektive diskutiert werden. Es geht dabei um Entscheidungen, wie Ausbau der Arbeitsplätze in Unternehmen, selbstbestimmte Arbeitsorganisation und Zeiteinteilung oder Formen der materiellen Partizipation der Beschäftigten bzw. Kapitalneutralisierung im Sinne einer Entkopplung von Macht und Kapital. Gemeinsames Entscheiden auf betrieblicher Ebene unter Einbindung aller Beteiligten ist die Leitlinie aller dieser Ansätze mit dem Ziel, einen herrschaftsfreien Diskurs in der ökonomischen Sphäre der Gesellschaft zu installieren und dem Idealbild einer demokratischen Gesellschaft näher zukommen (Csoka 2012).
Arbeitsverhältnisse sind in der kapitalistischen Gesellschaft als Vertragsbeziehungen organisiert. Das Kräfteverhältnis von UnternehmerInnen und Beschäftigten wird im Arbeitsrecht bestimmt, die Verteilung der Arbeit erfolgt am Arbeitsmarkt. Das klassische Normalarbeitsverhältnis und die strikte Trennung in UnternehmerIn und lohnabhängig Beschäftigte erfasst aber die Realität der Arbeitswelt immer weniger. Auch die Beteiligung von MitarbeiterInnen am Unternehmen ist eine Maßnahme, die über die Grenzen der Klassengegensätze hinausgeht. Dabei gibt es von Seiten des Unternehmens wie von der Belegschaft unterschiedliche Erwartungen, die mit diesem Instrument der Demokratisierung verbunden werden. Die breit gefächerten Gestaltungsmöglichkeiten für das konkret umzusetzende Modell lassen nur schwer eine Gesamtbeurteilung zu, deshalb werden im Folgenden die unterschiedlichen Zugänge von Unternehmen und MitarbeiterInnen zu den Beteiligungsformen diskutiert.

Aus Sicht des Unternehmens werden folgende Erwartungen an MitarbeiterInnenbeteiligungsmodelle gerichtet:

- Motivationssteigerung: Die Leistungsbereitschaft, sowie die Bindung der ArbeitnehmerInnen an das Unternehmen soll erhöht werden.
- Veränderung der Unternehmenskultur: Mehr Partizipation und die ArbeitnehmerInnen sollen sich als UnternehmerInnen fühlen und auch so denken. Damit geht die Erwartung einher, dass seitens der Belegschaft mehr Verständnis für Betriebsnotwendigkeiten (Rationalisierungen, Auslagerungen) aufgebracht wird.
- Flexibilisierung von Löhnen und Gehältern: Die Beteiligung und damit die teilweise erfolgsabhängige Entlohnung soll das Kostenbewusstsein der MitarbeiterInnen stärken und den Fixkostenanteil bei den Löhnen senken.
- Verbesserung der Kapitalstruktur: Die MitarbeiterInnenbeteiligung bringt frisches Kapital ein und hilft vor allem kleineren Unternehmen, die Eigenkapitalquote zu erhöhen.

Auf Seite der ArbeitnehmerInnen sind die Erwartungen an MitarbeiterInnenbeteiligung naturgemäß von anderen Interessenlagen geprägt:

- Partizipation: Durch die gemeinsame Beteiligung der MitarbeiterInnen gibt es auch mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung, sowohl bei strategischen als auch betrieblichen Entscheidungen.
- Einkommenserhöhung: Zusätzlich zum normalen Entgelt versprechen sich ArbeitnehmerInnen eine Beteiligung am Unternehmenserfolg in Form von Dividenden oder einer Wertsteigerung der Anteile; damit ist oft auch die Erwartung an eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Vermögens verknüpft.
- Steuerliche Vorteile: Läuft die Beteiligung der MitarbeiterInnen über Aktienbeteiligung, dann können steuerliche Vorteile geltend gemacht werden (Leitsberger, Naderer 2011).

Ob diese Erwartungen eintreffen, ist von vielen Faktoren abhängig. Dazu zählt die konkrete Ausgestaltung der Beteiligungsform, die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und der Branche oder der Umgang, sowie die Kultur im Betrieb. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass die Realisierung der Erwartungen auf beiden Seiten meist nicht voll gelingt. So liegt bei den meisten österreichischen Unternehmen die Kapitalquote der MitarbeiterInnenbeteiligung nicht über 5 % und damit wird keine wesentliche Verbesserung der Kapitalstruktur erreicht. Eine Ausnahme ist dabei die Beteiligung über die MitarbeiterInnenprivatstiftung in der voestalpine AG, die mehr als 10 % der Anteile hält. Dort ist diese Höhe aber durch das Interesse der MitarbeiterInnen begründet,

eine Sperrminorität für Absiedelung oder Verkauf des Unternehmens zu halten (siehe Interview mit Max Stelzer, Seite 99 ff). Mit der meist geringen Beteiligung ist auch der Einfluss der MitarbeiterInnen auf betriebliche Entscheidungen eingeschränkt und auch diese Erwartung ist nur schwer zu erfüllen.
Eine merkliche Leistungssteigerung der MitarbeiterInnen ist selten zu spüren, da der persönliche Einsatz meist wenig Einfluss auf das Ergebnis des gesamten Betriebs oder den Wert der Anteile nimmt. Erreicht werden kann jedoch eine Ausweitung des „Shareholder Value"-Denkens und damit eine stärkere Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen, genauso wie eine bessere Unternehmenskultur und die Flexibilisierung von Teilen der Löhne und Gehälter.
Schon diese kurze Einführung in die Auseinandersetzung um Modelle der Beteiligung von MitarbeiterInnen an Unternehmen und deren Erfolg zeigt, dass es sehr stark auf den Einzelfall und die Ausgestaltung des Modells ankommt, ob die Erwartungen erfüllt werden und insgesamt eine produktivere und sozialere Unternehmenskultur entstehen kann. Gerade die Auseinandersetzung mit konkreten Projekten und den daraus resultierenden Erfahrungen trägt zu einer produktiven Diskussion über Modelle der MitarbeiterInnenbeteiligung bei.

## 4. Anforderungen an die neue Arbeitswelt

Mit der Diskussion über die Anforderungen an eine Arbeitswelt, die dem umfassenden gesellschaftlichen und sozialen Wandel gerecht wird, wird deutlich, dass in einigen Bereichen der gesellschaftliche Rahmen nicht mehr mit der arbeitsweltlichen Realität zusammenpasst und es dringend Adaptierungen braucht. Die Demokratisierung der Arbeitswelt auf der Mikro- und Mesoebene verspricht dabei vor allem, dass die Betroffenen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen zu artikulieren und dass so Orte für gesellschaftliche Auseinandersetzungen entstehen, an denen neue Modelle, Wege und Formen der Beziehung von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen entstehen.
Die grundsätzlichen Interessengegensätze in der Arbeitswelt werden bestehen bleiben und müssen auch immer mitgedacht werden, wenn es gilt, konkrete Maßnahmen umzusetzen, damit der Blick auf das Wesentliche nicht verstellt wird. Es geht bei der Wirtschaftsdemokratie um eine generelle Demokratisierung des Lebensbereiches, der für viele Menschen die Existenzgrundlage liefert und dessen Stellung genau deswegen so zentral ist.

## Literaturverzeichnis

*Alscher, Mareike (2011): Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft, betrifft: Bürgergesellschaft 36, Friedrich Ebert Stiftung, http://www.fes.de/buergergesellschaft/publikationen/documents/BB-36Genossenschaften.pdf (dl. Am 13.09.2012).*

*Bontrup, Heinz-Jürgen (2006): Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus, UTOPIEkreativ Nr. 186, Berlin. S.299-310.*

*Bontrup, Heinz-Jürgen (2012): Mit Wirtschaftsdemokratie zu sozial-ökologischem Fortschritt im Interesse der ArbeitnehmerInnen, Vortrag bei der Zukunftskonferenz „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten" AK OÖ am 12.06.2012.*

*Brazda, Johann (1990): Die Genossenschaftsbewegung bis 1918, in: Fröschl/Mesner/Zoitl (Hrsg.): Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990.*

*Csoka, Bettina (2012): Input zum BSA Forum Neue Arbeit am 02.07.2012.*

*Demirovic, Alex (2008): Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und freie Kooperationen. Einige vorläufige Überlegungen, Widerspruch 55/08.*

*Dörre, Klaus (2010): Wirtschaftsdemokratie – eine Bedingung individueller Emanzipation, in SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 180, Ausgabe 5/2010, SPW Verlag, Dortmund. S.18-23.*

*Dörre, Klaus (2012): Wirtschaftsdemokratie – ein zukunftstaugliches Konzept gesellschaftlicher Transformation?, in: Wall-Strasser, Sepp/Füreder, Heinz/Gstöttner-Hofer, Gerhard/Breiner, Gerlinde/Hotz, Manuela (Hrsg.): Europa am Scheideweg. Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt, ÖGB Verlag, Wien. S.103-118.*

*Gellenbeck, Konny (2012): Einleitung: Gewinn für alle, in: Gellenbeck, Konny (Hrsg.): Gewinn für alle! Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft, Westend Verlag, Frankfurt/Main. S.7-20.*

*Hoffrogge, Ralf (2011): Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie?, in: Bois, Marcel/Hüttner, Bernd (Hrsg.): Geschichte einer pluralen Linken, Band 3, Berlin 2011. S.93-101.*

*Hofmann, Werner (1974): Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin.*

*Leitsmüller, Heinz, Naderer, Ruth (2011): Mitarbeiterbeteiligung. Motive – Modelle – Risken – Tipps. AK Wien, 4.Auflage.*

*Marx, Karl, Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 459-493.*

*Negt, Oskar (2011): Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, in: Meine, Hartmut, Schumann, Michael, Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, VSA Verlag, Hamburg. S.7-15.*

*Ortlieb, Heinz-Dietrich (1950): Das Problem der Wirtschaftsdemokratie und seine Wandlung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Zeitschrift für soziale Theorie und. Praxis, Jahrgang 1 Heft 2, DGB. S.54-57.*

*SPÖ Bundesgeschäftsstelle (1998): Das Parteiprogramm, Wien, unter: http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf, dl. am 17.09.2012.*

*Vilmar, Fritz (2006): Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, unter: http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3206.pdf, dl. am 17.09.2012.*

# „Demokratische Mitwirkung des Kollektivs“

*Wichtige strategische Entscheidungen im Kampf um die Wahrung der Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen hat Max Stelzer in der Zeit der Vollprivatisierung der voestalpine AG begleitet. Heute sind seine Erfahrungen als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Mitarbeiterbeteiligung Privatstiftung auch international gefragt, wenn es darum geht, wie mehr demokratische Mitwirkung auf breiter Basis in großen Konzernen durchgesetzt werden kann.*

*Mag. Max Stelzer, MBA, ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der voestalpine Mitarbeiterbeteiligung Privatstiftung.*

**Wie kann man in einfachen Worten die voestalpine-MitarbeiterInnenbeteiligung erklären?**

**Stelzer:** Alle MitarbeiterInnen, die in der voestalpine beschäftigt sind, haben selber Aktien des Unternehmens. Das heißt, ein Teil der Firma gehört den MitarbeiterInnen selbst. Sie tragen damit zur Stabilität der Eigentümerstruktur und dadurch zur langfristigen Sicherung der Unternehmensentwicklung bei und sie haben andererseits damit auch die Möglichkeit, am Erfolg des Konzerns durch Dividendenzahlungen und mögliche Kurssteigerungen direkt teilzuhaben. Ich bin Geschäftsführer einer Stiftung, die die Anteile aller MitarbeiterInnen verwaltet. Das hat den Sinn, dass wir die Aktien zusammenlegen können und dadurch ein bedeutendes Stimmrecht bei der Hauptversammlung haben und so bei wichtigen Entscheidungen mitreden können.

**Wie ist es im Jahr 2000 dazu gekommen, die MitarbeiterInnenbeteiligung einzuführen?**

**Stelzer:** In der ersten Regierungserklärung der ÖVP-FPÖ-Koalition war Anfang 2000 klar formuliert, dass man sich möglichst schnell von allen Industriebeteiligungen trennen will. Damals hatte die ÖIAG rund 38 % der Anteile der voestalpine. Das Management hat sich für die Vollprivatisierung ausgesprochen, der Betriebsrat war immer für eine Sperrminorität in staatlicher Hand. Trotz dieser kontroversiellen Positionen hat es dann ab Frühjahr 2000 Gespräche zwischen der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite gegeben. In einem Punkt waren sich die beiden Kurien einig: Dem Risiko einer Vollprivatisierung, morgen nicht mehr zu wissen, wem man gehört, wollte man entgegenwirken. Man hat dann Ideen gesucht, wie man die Stabilität in der Eigentümerstruktur verbessern kann.

**Was war der wesentliche Grund dafür, dass dann die MitarbeiterInnenbeteiligung in der Form umgesetzt und eine Stiftung zur Verwaltung eingesetzt wurde?**

**Stelzer:** Unser strategisches Ziel war damals das Überschreiten der Squeeze-Out-Grenze: Das österreichische Aktiengesetz gibt vor, dass ein Eigentümer von mehr als 90 % einer Aktiengesellschaft die restlichen EigentümerInnen zum Verkauf zwingen kann. Wir wollten also 10 % gebündelten Aktienbesitz in MitarbeiterInnenhänden erreichen, um Umgründungen oder Zerschlagungen verhindern zu können. Nach intensiven Diskussionen in den Betriebsratskörperschaften über die prinzipielle Sinnhaftigkeit und nach intensiver Auseinandersetzung, wie wir die strategische MitarbeiterInnenbeteiligung technisch anlegen können, haben wir uns für die Umsetzung in Form eines Zusatzkollektivvertrags entschieden.

**Das bedeutet für die einzelnen MitarbeiterInnen?**

**Stelzer:** Das bedeutet, dass ein Teil der Lohnerhöhungen bzw. auch der Erfolgsprämien jedes Mitarbeiters und jeder Mitarbeiterin dafür verwendet wird, laufend Aktien zu erwerben, die dann die Stiftung verwaltet. Dafür mussten wir zu Beginn in 35 Gesellschaften der voestalpine jeweils Betriebsvereinbarungen abschließen, die bei jedem neu abgeschlossenen Zusatzkollektivvertrag immer wieder erneuert werden müssen. Strategische Bedeutung bekommt die MitarbeiterInnenbeteiligung, weil durch die Stiftung eine Stimmrechtsbündelung möglich ist und damit die MitarbeiterInnenbeteiligung auch als Großaktionär ein ganz anderes Gewicht bekommt. Um rasch die 10 % der Anteile zu erreichen, haben wir in der Stiftung über Kreditaktien vorfinanziert.

**Wie stehen die MitarbeiterInnen zu dieser Form der Beteiligung am Unternehmen?**

**Stelzer:** Grundsätzlich ist es so, dass strategische MitarbeiterInnenbeteiligung nur funktionieren kann, wenn alle mitmachen. Würde die Mehrheit der MitarbeiterInnen nicht hinter dem Modell stehen, dann würden die einzelnen BetriebsrätInnen nicht immer wieder die Betriebsvereinbarungen unterschreiben. Es ist natürlich eine heikle Geschichte, weil hier in historisch bedeutsame gewerkschaftspolitische Forderungen – nämlich eine sofortige Entlohnung und zwar in Geldform – eingegriffen wird. Du bekommst zwar jetzt Aktien, aber du darfst diese auch nicht verkaufen, solange du hier arbeitest und damit trägst du auch das Risiko des Kursverlusts. Man hat diese Themen lange und ausführlich u.a. bei Betriebsversammlungen diskutiert und sich dann in Anbetracht der gesamtstrategischen Bedeutung dafür entschieden.

**Diese gewerkschaftspolitischen Diskussionen waren intensiv, nehme ich einmal an.**

**Stelzer:** Natürlich sind Fragen der strategischen Beteiligung von MitarbeiterInnen an Firmeneigentum kein Ding ohne Ecken und Kanten oder frei von Widersprüchen. Du bist auch ganz schnell ein Verräter deiner Klasse, wenn du mit einer derartigen Aktion daher kommst. Oder dir wird erklärt, dass du zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems beiträgst. Ich halte es für wichtig, solche Argumente mitzubedenken, wenn man sich ein Modell der MitarbeiterInnenbeteiligung überlegt – aber man muss halt

irgendwann von den Plattitüden wegkommen. Wenn wir die Einflussmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem erweitern wollen, brauchen wir umsetzbare Modelle und kein kollektives Warten auf eine Revolution. Beim Abwägen aller Chancen und Risiken waren wir der Meinung, dass man durch die MitarbeiterInnenbeteiligung im Kollektiv wichtige demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Hauptversammlung dazu gewinnt, die über die bestehenden Möglichkeiten des Arbeitsverfassungsgesetzes hinausgehen und deshalb haben sich damals auch die Fachgewerkschaften und Betriebsratskörperschaften dafür entschieden.

**Gibt es aus deiner Sicht inhärente Rollenkonflikte von MitarbeiterInnen als AktionärInnen und BelegschaftsvertreterInnen in EigentümerInnengremien?**

**Stelzer:** In Systemen, wo BetriebsrätInnen in Aufsichtsräten vertreten sind, hat er oder sie permanent das Problem, sowohl ArbeitnehmerInnenvertreter als auch Unternehmensvertreter zu sein und steht damit automatisch in konfliktträchtigen Situationen. Ich glaube, die voestalpine-MitarbeiterInnen bleiben – auch wenn sie Aktien besitzen – in erster Linie ArbeitnehmerInnen. Sie werden nicht wie andere AktionärInnen „Hurra" schreien, wenn Personal abgebaut wird und dann der Kurs steigt. Aber natürlich hatten und haben wir SkeptikerInnen, auch wenn ich glaube, dass wir mittlerweile viele überzeugt haben.

**Woran machst du das fest?**

**Stelzer:** Zunächst einmal begrüße ich einen kritischen Blick auf unser Modell, der notwendig ist, um es weiterzuentwickeln. Ich denke, viele haben uns nicht zugetraut, das Modell aufzubauen und tatsächlich mehr als 10 % der Anteile zu halten und bündeln. Ich denke, es ist ganz wichtig, in Alternativen zu denken, die sich auch von der bisherigen Praxis und Tradition unterscheiden können und in manchen Punkten mit neuen Anforderungen der Zeit mitzugehen. Dass wir zunehmend Externe von unseren Ideen überzeugen konnten, sehe ich zum Beispiel darin, dass wir mittlerweile andere Firmen und Betriebsratskörperschaften auf Basis unserer Erfahrungen beraten, dass auch in anderen Ländern wie etwa in Deutschland die Bereitschaft zur Diskussion über Formen der strategischen MitarbeiterInnenbeteiligung steigt.

**Aus deiner Erfahrung, den Diskussionen und den Beratungsgesprächen gesprochen: Welche Rahmenbedingungen müssen aus deiner Sicht erfüllt sein, damit euer Modell auch auf andere Firmen umgelegt werden kann?**

**Stelzer:** Unser Modell ist sicher nicht für alle passend. Ich denke, dass es in Konzernen mit hoher Kapitalisierung generell schwer ist, die 10 % zusammenzubekommen. Für unser Modell muss auch ein sozialpartnerschaftlicher Dialog vorhanden sein – ich brauche das Einverständnis von Management und Betriebsrat. In dem Sinne ist es auch eine innerbetriebliche Kulturfrage. Daher ist auch die Entwicklung unterschiedlichster Modelle, mit denen ich Wirtschaftsdemokratie fördern kann, wichtig. Wir haben in den letzten elf Jahren 60 Millionen Euro netto an Dividenden an die MitarbeiterInnen ausgeschüttet, das ist nicht wenig. Aber der eigentlich spannende Punkt in der gewerkschaftspolitischen Debatte und damit auch der Ausgangspunkt für zukünftige

Entwicklungen ist und bleibt: Kann ich neue Ideen entwickeln, um die Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitgestaltungsmöglichkeiten der MitarbeiterInnen zu erweitern?

**Auf der anderen Seite tragen die MitarbeiterInnen aber auch das Risiko eines Kursverlustes. Im Jahr 2009 ist der Kurs der voestalpine-Aktien auf unter 10 Euro gesunken. Gab es damals viele besorgte Anrufe?**

**Stelzer:** Bei unserer Form der Kapitalbeteiligung gibt es zwei Situationen, in denen man davon ausgehen könnte, dass die Kritik der MitarbeiterInnen an unserem Modell besonders laut wird. In den Jahren 2006 und 2007 hat die Aktie einen fulminanten Kursanstieg hingelegt und war über 60 Euro wert und dementsprechend war anzunehmen, dass die Leute jetzt lieber mit viel Gewinn verkaufen wollten. Genauso könnte man annehmen, dass bei starkem Kursverfall die Leute anrufen und sagen: „Jetzt geht alles den Bach runter." Klar, du wirst immer einige haben, die so denken. Aber die BetriebsrätInnen, die vor Ort die Stimmung der MitarbeiterInnen einfangen, haben uns berichtet, dass in diesen Situationen unser Modell nicht in Frage gestellt wurde. Wir konnten in der Kommunikation vermitteln, dass unsere Kapitalbeteiligung nicht primär auf schnellen, individuellen Gewinn aus ist.

**Das heißt, auch in der aktuellen Wirtschaftskrise läuten die Telefone nicht permanent?**

**Stelzer:** Zu Beginn der Wirtschaftskrise haben externe KritikerInnen wieder gesagt: Spätestens jetzt beginnen eure Leute aus Angst vor Verlusten zu randalieren. Auch das ist ausgeblieben. Was haben wir gemacht? Wir haben im Krisenjahr 2008 die MitarbeiterInnenbeteiligung über einen neuen Zusatzkollektivvertrag offensiv ausgebaut und neue Aktien gekauft, anstatt uns defensiv zurückzuziehen, weil die MitarbeiterInnen das auch als längerfristige Investition sehen. Darüber hinaus müssen wir immer auch darauf achten, dass wir bei zukünftigen Kapitalerhöhungen unseren Anteil über 10 % der Aktien halten.

**Ist das eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft?**

**Stelzer:** Ja, sicher ist das ein Thema, an dem wir immer dranbleiben müssen. Aber die andere Herausforderung ist, wie ich unser Modell generell weiterentwickeln kann. Wie ich Meinungsbildungsprozesse besser organisiere und die demokratischen Elemente für die MitarbeiterInnen lebbar mache und damit ihre Anliegen über die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten bestmöglich in die Gremien einbringe. Welche wirtschaftspolitischen Alternativen gibt es, mit welchen Schritten kann ich diese in der Realität erreichen? Was kann ich gängigen betriebswirtschaftlichen Argumenten entgegensetzen? Das sind Diskussionen, die überall mehr geführt werden müssen. Das Thema MitarbeiterInnenbeteiligung wird traditionell stark von eher konservativen Gruppen besetzt, allerdings auch nur unter dem Schlagwort „Gewinnbeteiligung". Innovative Modelle im Bereich der Wirtschaftsdemokratie müssen aber weiter reichen und Dimensionen strategischer und demokratiepolitischer Natur – wie erweiterte Mitentscheidungsmöglichkeiten – mitberücksichtigen.

# „Die Frage des Eigentums ist entscheidend“

*Wer bestimmt die Richtung in großen Konzernen und welche Auswirkungen hat das auf die konkrete Lebenswelt der Menschen? Als Expertin für Wirtschaftspolitik und erfahrene Politikerin kennt Gertraud Jahn viele dieser Probleme genau. Sie richtet ihren Blick auch auf die großen Zusammenhänge und präsentiert neue Wege für eine demokratische Wirtschaftsordnung.*

*Mag.ª Gertraud Jahn ist Vorsitzende des sozialdemokratischen Landtagsklubs in Oberösterreich und Bereichssprecherin für Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft.*

**Zuerst die Grundsatzfrage: Was heißt für dich Wirtschaftsdemokratie?**

**Jahn:** Bei einer Problemanalyse wird für mich besonders in der Wirtschafts- und Finanzkrise sichtbar, dass die derzeitigen Regeln der Demokratie im Wesentlichen von den Finanzmärkten diktiert werden. Die Konservativen sorgen jetzt auch noch dafür, dass auch die wichtigen Institutionen wie Finanzmarktaufsicht oder ESM der demokratischen Entscheidung und Kontrolle entzogen werden. Ein aktuelles Beispiel ist auch der Fiskalpakt, bei dessen Beschlussfassung und Umsetzung nicht einmal das Europäische Parlament einbezogen wird.

**Worauf führst du diese Entwicklungen zurück?**

**Jahn:** Durch die neoliberale Ausrichtung hat sich das Wirtschaftssystem den demokratischen Regeln entzogen. Das macht es zutiefst notwendig, neue Regulierungen z.B. im Bereich der Finanzmärkte zu schaffen, genau das versucht jedoch eine ungeheure Finanzlobbyisten-Kamarilla zu verhindern.

Ein weiterer aus meiner Sicht wesentlicher Aspekt von Wirtschaftsdemokratie ist, dass große Konzerne im Wesentlichen ohne demokratische Kontrolle und Mitentscheidung agieren.

**Was siehst du hier als wesentliches Problem?**

**Jahn:** Große Konzerne sind nur ihren Shareholdern verantwortlich, die unterstützen positive gesellschaftliche Entwicklungen nur unter dem Gesichtspunkt, dass sie ihnen profitmäßig nützen. Wenn man die 500 größten Konzerne weltweit betrachtet, dominieren diese mehr als die Hälfte des Weltwirtschaftssozialproduktes und sie sind im Wesentlichen nicht der Gesellschaft, sondern letztlich nur dem Profit und den AktionärInnen gegenüber verantwortlich.

**Vorhin hast du schon das Thema undemokratischer oder entdemokratisierter Institutionen als Problem angesprochen.**

**Wo muss man hier für eine Lösung ansetzen: Muss man alte Institutionen in ein neues, demokratisches Gewand hüllen oder braucht es ganz neue Einrichtungen für die notwendige Demokratisierung?**

**Jahn:** Vor allem glaube ich, dass das Europäische Parlament aufgewertet werden muss. Derzeit diskutiert man in erster Linie über die demokratischen Rechte der nationalen Parlamente. Es muss aber noch viel stärker um die Aufwertung des Europäischen Parlaments gehen, denn die zu demokratisierenden Institutionen sind primär auf supranationaler Ebene zu finden. Ich glaube auch, dass Instrumente wie eine europäische Finanztransaktionssteuer diesen Prozess wesentlich unterstützen können.

**Wenn wir jetzt konkret auf die betriebliche Ebene blicken, in welchen Bereichen muss man hier demokratische Aspekte stärken?**

**Jahn:** Auf betrieblicher oder konzernbetrieblicher Ebene wird international ein spannender Ansatz diskutiert: Es gibt zwar betriebliche Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in Konzernen, aber letztendlich steht auch die Vertretung der ArbeitnehmerInnen unter Druck, weil auch die Unternehmen unter wirtschaftlichem Druck stehen. Ein Ansatzpunkt wäre, eine drittelparitätische Mitbestimmung zu installieren. Dabei soll zusätzlich zu Kapital- und ArbeitnehmerInnenvertreterInnen auch ein Drittel der RepräsentantInnen aus dem KonsumentInnenbereich, aus öffentlichen Instituten oder NGOs kommen. Diese vertreten die Gesellschaft und damit die Außenstehenden, aber sind dennoch von der Tätigkeit des Betriebs betroffenen. Diesen Stakeholder-Ansatz und die damit einhergehenden Mitbestimmungsstrukturen sind wichtig.

**Ist es für dich zu kurz gegriffen, wenn man Wirtschaftsdemokratie darauf beschränkt, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Belegschaft zu vergrößern?**

**Jahn:** Hier anzusetzen, ist jedenfalls notwendig. Ich halte die Forderung für wichtig, dass VertreterInnen des Betriebsrats in den Aufsichtsräten auch in Vorstandsangelegenheiten mitbestimmen können, was zum Beispiel die Festlegung der Bezüge des Managements betrifft. Genauso wichtig erachte ich es, dass VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen bei der Personalbemessung mitreden können, weil wir wissen, dass der Arbeitsdruck immer stärker wird. Oder auch wenn es um Leasingarbeit, Investitionen oder Gewinnentscheidungen geht. Genauso ist es auf betrieblicher Ebene notwendig, dass man internationale Mitbestimmungsmechanismen ausbaut, weil die meisten großen Unternehmen auch grenzüberschreitend tätig sind.

**Das bedeutet, dass Mitbestimmungsmöglichkeiten insbesondere auch in großen Konzernen wichtig sind?**

**Jahn:** Ja, weil die Konzerne eine so ungeheure Marktmacht, eine riesige Wirtschaftsmacht haben. Es gibt weltweit 43.000 transnationale Unternehmen, die im Wesentlichen von 737 Shareholdern dominiert werden. Da kann man sich vorstellen, was das für eine Machtkonzentration in den Händen von ganz wenigen Menschen ist. Drei Viertel dieser Konzerne sind Finanzinstitutionen, deshalb ist die Frage der Ausgestaltung der Finanzmärkte so zentral.

**Forderungen nach stärkerer Mitbestimmung bei Personalbemessung oder Investitionen trägt wohl auch die Gewerkschaft mit. Wie ist das bei dem von**

**dir oben angesprochenen Konzept, eine Drittelparität von ArbeitnehmerInnen-, ArbeitgeberInnen- und GesellschaftsvertreterInnen in den Konzernen herzustellen? Führt das nicht auch zu einer innerbetrieblichen Schwächung der Gewerkschaften?**

**Jahn:** Gewerkschaften sind überbetriebliche Institutionen, während BetriebsrätInnen im Unternehmen konkrete Aufgaben übernehmen. Starke Gewerkschaften sind wichtig, weil man nicht alles auf betrieblicher Ebene regeln kann. Genau deshalb gibt es etwa Kollektivverträge, die verhindern, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt noch mörderischer wird. Ein Großteil der von mir genannten Forderungen kommen aus der gewerkschaftlichen Diskussion, weil Gewerkschaften die ersten sind, die Fragen nach Wirtschaft und Demokratie aus ihrem unmittelbaren Interesse heraus thematisieren.

**Neben den bereits andiskutierten Fragen der Mitbestimmung wird auch die Frage nach Eigentumsverhältnissen gerne unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie" diskutiert. Im Buch wird das Modell der MitarbeiterInnenbeteiligung in der voestalpine vorgestellt, es gibt aber auch den Bereich der Genossenschaften und noch andere Modelle, um MitarbeiterInnen am Betriebseigentum zu beteiligen. Sind das für dich spannende Diskussionen?**

**Jahn:** Gerade die Eigentumsfrage ist aus meiner Sicht die entscheidende. Solange nur private AktionärInnen entscheiden, wohin die Wege gehen, werden riesige gesellschaftliche Probleme aufgeworfen. Das sehen wir auch in den aktuellen Entwicklungen von sozialen Nöten und Umweltzerstörung bis hin zu globalen Hungerproblemen. Ich bin überzeugt, dass es Schritt für Schritt zu einer stärkeren Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse kommen muss. Die Frage der MitarbeiterInnenbeteiligung wird dabei in der gewerkschaftlichen Diskussion immer unter zwei Aspekten diskutiert. Ein Element der MitarbeiterInnenbeteiligung ist, dass der Druck auf ArbeitnehmerInnen gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten wächst und dann viele auf Lohnanteile verzichten und mehr Stunden oder flexibler arbeiten müssen. Das ist ein schwieriger Punkt, weil die EigentümerInnenrolle eine andere ist als die der ArbeitnehmerInnenvertretung. Tendenziell wird aber die MitarbeiterInnenbeteiligung ein Instrument werden, um Stück für Stück gesellschaftliches Eigentum an Unternehmen zu erwerben. Da gibt es viele gute Modelle. Der zweite Punkt sind natürlich auch Kooperationsstrukturen wie die Genossenschaften, die sich mit Sicherheit entsprechend entwickeln werden. Neben den großen transnationalen Konzernen gibt es sehr viele klein- und mittelbetriebliche Strukturen quer durch alle drei Wirtschaftssektoren. Das Genossenschaftswesen hat im Agrarsektor eine historisch relativ starke Rolle. In Deutschland gibt es hier ohnehin einen Aufschwung, aber auch bei uns kommen gerade kleine bäuerliche Strukturen immer stärker auf die Genossenschaftsidee zurück. Viele erkennen, dass man durch die Kooperation an Stärke gewinnt – auch gegenüber anderen, fast übermächtigen MarktteilnehmerInnen.

**Was wäre für dich ein Beispiel für einen genossenschaftlichen Betrieb, der sich am Markt behauptet? Und in welchen Bereichen macht eine gemeinwirtschaftliche Organisation besonders Sinn?**

**Jahn:** Ein Beispiel bei den Genossenschaften ist die Raiffeisenbank. Die sind genossenschaftlich organisiert und können es sich leisten, dass sie auch in volkswirtschaftlich sinnvolle Sachen investieren, die natürlich auch Rendite bringen. Es muss dabei nicht zwangsläufig auf den Shareholder Value und eine bestimmte Renditenhöhe Rücksicht genommen werden. Ganz wichtig ist die Frage der Leistungen der Daseinsvorsorge. Die müssen über die öffentliche Hand organisiert werden und das wird sukzessive auch bei den Banken zum Thema werden müssen. Man sieht ja auch an internationalen Beispielen, dass es sogar zu Verstaatlichungen kommt. Das ist wichtig, denn Banken haben eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe. Und alles, was rein privat und nur der Kapitalrendite verpflichtet ist, kollidiert mit den gemein- bzw. gesamtwirtschaftlichen Anforderungen. Die Aufgabe einer Bank muss sein, den Haushalten, den Unternehmen und auch der öffentlichen Hand Kredite in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. So wie die aktuellen Entwicklungen laufen, werden es die gesellschaftlichen Verhältnisse erfordern, dass viele der vergangenen Privatisierungsschritte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten rückgängig gemacht werden und auf öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Organisationsstrukturen gesetzt wird.

**Es gibt also großen Handlungsbedarf. Was sind für dich wichtige Schritte, um das Thema Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Sozialdemokratie wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken?**

**Jahn:** Ich bin überzeugt, dass für die Sozialdemokratie die Verteilungsfrage die zentrale Frage in der Gesellschaft und auch der wirtschaftlichen Entwicklung ist und das haben auch sehr viele hochrangige WirtschaftsexpertInnen erkannt. Sowohl aus Gerechtigkeitsgründen, als auch aus Fragen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Denn die zutiefst ungerechte Verteilung ist ja eine der zentralen Ursachen für die Finanzkrise. Wenn die Kaufkraft bei der Masse der Bevölkerung nicht da ist, dann sind auch Investitionen in der Realwirtschaft nicht sehr profitabel und auch aus diesem Grund wurden zur Kapitalveranlagung die abenteuerlichsten Finanzkonstruktionen gewählt. Die Verteilungsfrage steht in der österreichischen Sozialdemokratie mittlerweile ganz stark im Zentrum. Das zeigt auch die inhaltliche Ausrichtung für den Parteitag und der Wahlkampagne im nächsten Jahr. Und das ist ganz wichtig, denn gerechtere Verteilung ist die wirtschaftliche Zukunftsfrage, damit dieses System noch weiter bestehen kann. Der Sozialstaat ist dabei der wirtschaftliche Erfolgsfaktor und nicht der Belastungsfaktor. Entwickelte Gesellschaften investieren, sobald sie genug Handys und Autos haben, in soziale Entwicklung. Und hier stellt sich die Frage: Muss ich mir das privat zahlen oder zahlt man es öffentlich über Steuern und Abgaben? Je mehr davon privat zu zahlen ist, umso stärker wird die Gesellschaft tief gespalten in solche, die sich Gesundheit und Pensionen leisten können und die anderen, wo es nur mehr um das nackte Überleben geht, wie z.B. in den USA. Die sozialen Fragen der Gesundheit, der Pflege, der Bildung sind die Bereiche, wo auch Wirtschaftswachstum drinnen ist, weil sich entsprechende Marktpotenziale im sozialen und im ökologischen Bereich auftun.

**Wie kann der Weg für die Sozialdemokratie aus der Krise und hin zu diesen Zukunftsthemen aussehen?**

**Jahn:** Die erste Phase war, dass die Finanzkrise abgefedert wurde. Die zweite Phase ist jetzt, was ich mit großem Missfallen sehe, dass man teilweise die Botschaften der Konservativen übernommen hat, dass die Staaten an der Krise schuld seien und die Schulden jetzt durch Kürzungen im Zuge der Spardiktate in ganz Europa abgebaut werden müssen. Aber als nächsten Schritt – und davon bin ich völlig überzeugt – wird die Sozialdemokratie eine starke europäischen Plattform bilden müssen, um in diesen Fragen in die Offensive zu kommen. Ich glaube, dass das durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung innerhalb Europas noch beschleunigt werden wird. Wenn wir als Sozialdemokratie nicht geschlossen auftreten, dann kann sich das auch in Richtung nationalistischer Tendenzen und Rechtsradikalismus bewegen oder es wird das Fass überlaufen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung wird sich auf der Straße abspielen, wie es zum Beispiel in Spanien, Griechenland oder Italien bereits passiert. Dabei steht der wirtschaftliche Einbruch durch die Gleichzeitigkeit der Sparpakete erst am Beginn. Nach den südeuropäischen Staaten ist er nun auch in den so genannten „starken Staaten" spürbar. Das hat nicht damit zu tun, dass die Griechen oder Italiener uns hinunterziehen, sondern damit, dass man in 27 europäischen Staaten gleichzeitig die staatliche Nachfrage einschränkt, indem man einspart und kürzt. Diese fehlende Nachfrage muss ausgeglichen werden, wenn es nicht zu Einbrüchen kommen soll. Bislang ging das über den Export nach Asien, nur dort kann auch nicht mehr so viel von uns importiert werden, wenn die Staaten zu uns nicht mehr so viel exportieren können. Diese Zusammenhänge werden nicht begriffen. Und das wird die entscheidende Frage: Ob es uns gelingt, diese wirtschaftlichen und wirtschaftsdemokratischen Fragen als Sozialdemokratie wirklich in den Mittelpunkt zu rücken.

**Brigitta Edler** „1 Tonne Kohle“
*Altes Blech bearbeitet, 31 x 43 cm*

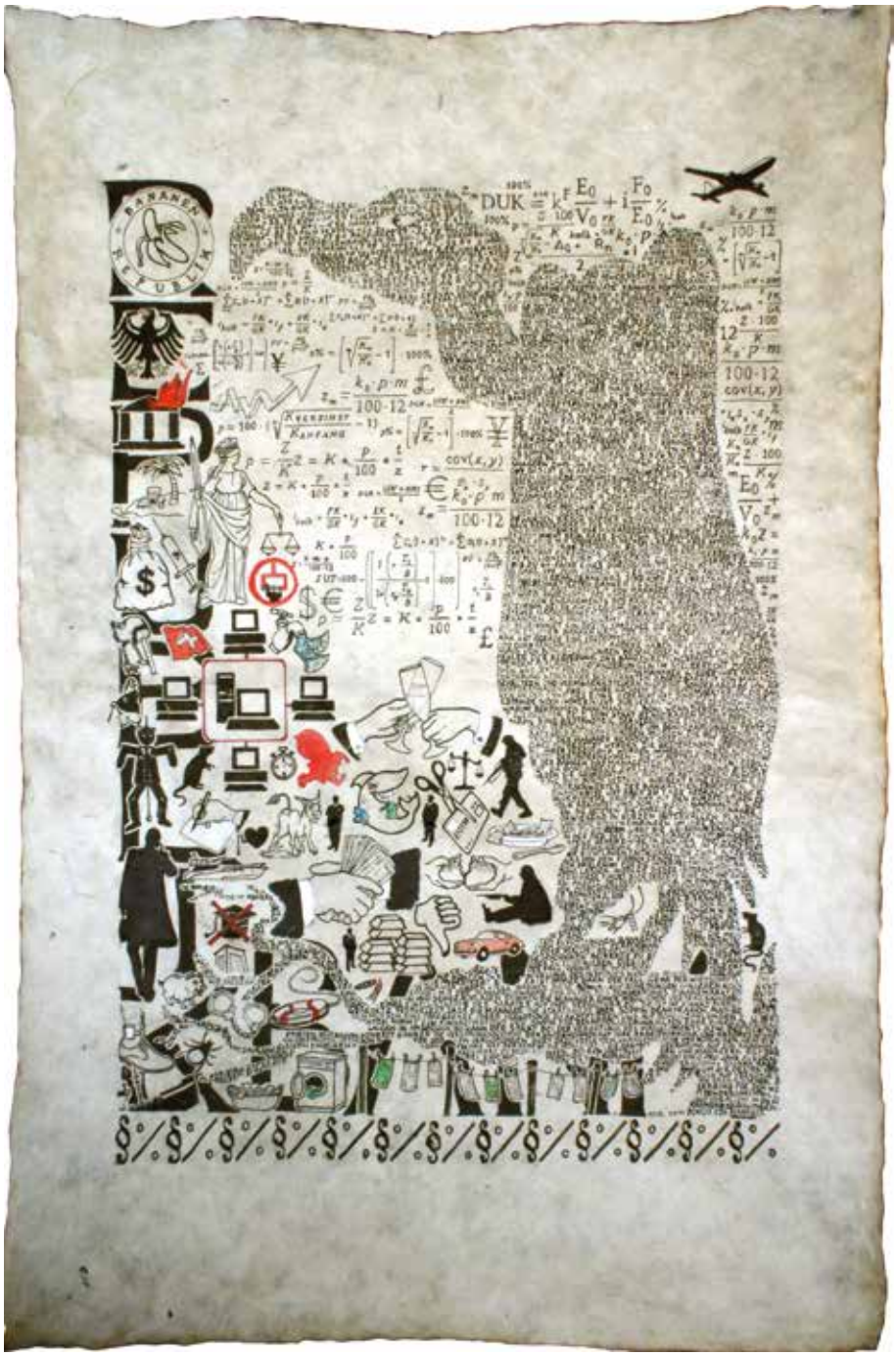
**Veronika Merl** „VA Tech“
*Öl auf Leinwand, 90 x 195 cm*

**Kurt Kopta** „Mann mit rotem Helm“
*Öl auf Jute, 35 x 120 cm*

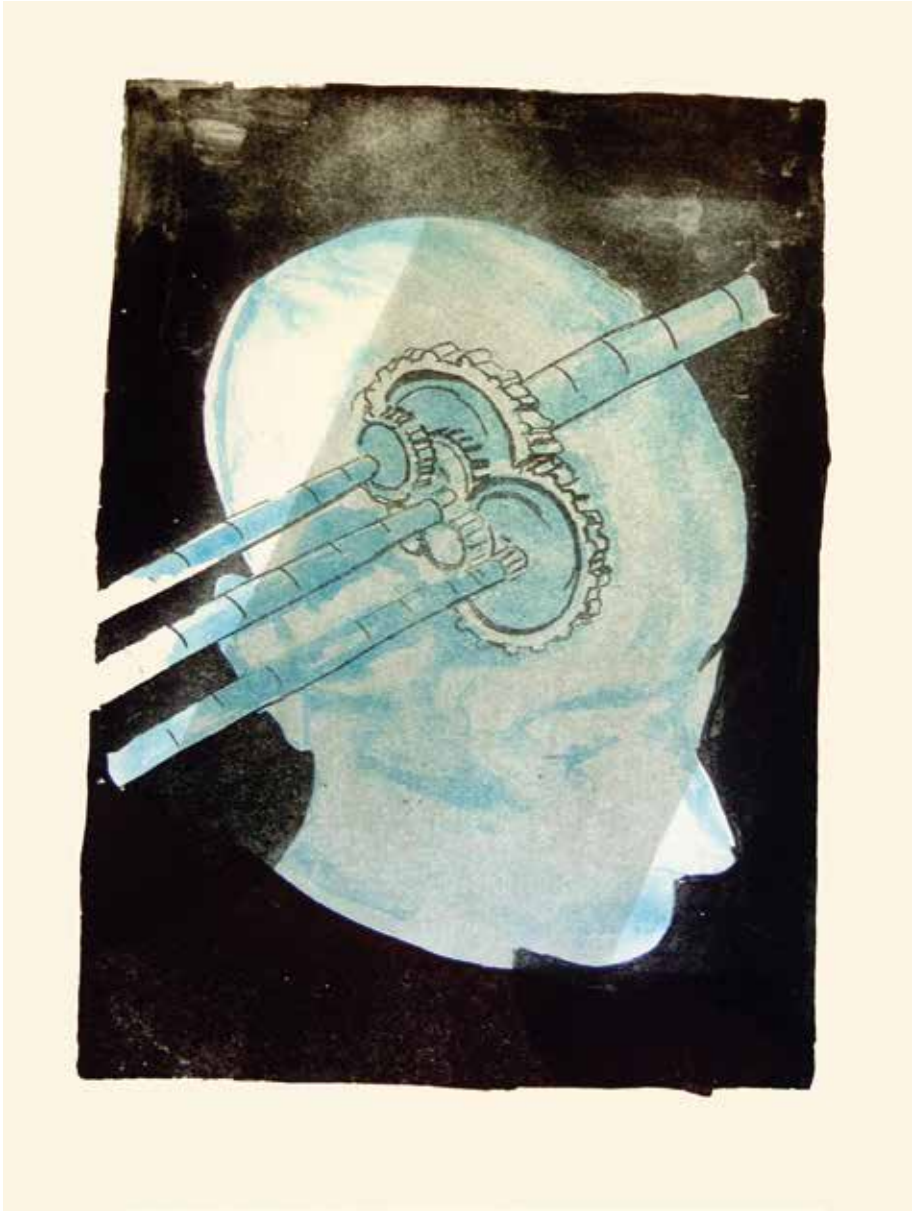
**Elfie Hackl-Ceran** „Alter“
*Öl auf Leinwand, 70 x 70 cm*

**Paul Jaeg** „Alte und neue Wirkungsfelder“
*Acryl auf Leinwand, 150 x 190 cm*

**Monika Breitenfellner** „Metamorphose“
*Original Lithographie, 65 x 50 cm*




**Veronika Merl** „Sanierer“
*Tusche auf Nepalbütten, 75 x 50 cm*



**Monika Breitenfellner** „Ein Rad in der Maschinerie“
*Original Lithographie, 65 x 50 cm*

# Kapitel 4
# Herausforderung Neue Arbeit

Georg Hubmann
Barbara Kapeller
Laura Kepplinger

Arbeit
Gesellschaft
Entwicklung
Frage
Arbeitsmarkt
Entwicklungen
politische
Mitarbeiterinnen
ArbeitnehmerInnen
Gesellschaften
Organisation
Verteilung
Auseinandersetzung
Sozialdemokratie
Phänomen
Stellenwert
Tätigkeiten
Bewertung
Debatte
Gegenstand
Herausforderung
Arbeitswelt
Arbeitenden
Arbeitszeit
Arbeitsklimaindex
Arbeitsteilung
Wirtschaftskrise
Wirtschaft
Modernisierung
Unternehmen
Gerechter
Armut
Kinder
Faktors
Flexibilität
Rolle
Aufgaben
Gleichen
Schritt
gesellschaftlich
Projekte
Demokratisierung
Genossenschaften
Ausbeutung
Fragen
Diskussion
Bedingungen
Formen
Ziel
Jahr
wichtig
immer
deutlich
gute
liegt
zeigt
stark
großen
stets
dabei
neue
bewerten
Interessensvertretungen
Gruppen
daher
Struktur
bleibt
reproduktive
Vermögen
Interview
entstehen
daraus
sowohl
Leben
gutes
gibt
bleiben
Tätigkeit
letztlich
Funktionieren
meint
westlichen
gesellschaftliches
liefern
geführt
wirklich
viele
denken
politischen
spannend
mehr
Jedoch
gilt
unserer
Form
andererseits
kritisch
bedeutet
korrekt
bringt
Punkt
Menschen
neu
Beispiel
notwendig
klar
trifft
gesellschaftlichen
verändern
erfassen
oft
Vielzahl
macht
Arbeitenden
Sozialdemokratie
wichtiger
Phänomen
darum
innerhalb
Unternehmen
Prozesse
reproduktiver
Art
Faktors
geht
Arbeitszeit
Modernisierung
breite
Thema
Gerade
österreichischen
Wirtschaft
Kapital
sozialen
Kindern
Arbeitsteilung
Gerechter
Armut
beispielsweise
Sinne
Stellenwert
darum
Tätigkeiten
Wirtschaftskrise
wurde
Seiten
raus
Arbeitenden
Arbeitswelt
Sozialdemokratie
Neuverteilung
gerechten
Handlungsfelder
Agieren
wichtige
Bandes
Gesundheit
Faktors
Art
reproduktiver
Unternehmen
Prozesse
innerhalb
Phänomen
wichtiger
Sozialdemokratie
Arbeitenden
Arbeitswelt
Vielzahl
macht
erfassen
oft
verändern
gesellschaftlichen
trifft
Beispiel
neu
klar
notwendig
Punkt
bringt
Menschen
korrekt
bedeutet
Arbeitsklimaindex
politischen
spannend
mehr
denken
politische
bleiben
Tätigkeit
letztlich
Funktionieren
meint
westlichen
gesellschaftliches
liefern
geführt
wirklich
viele
vorigen
Jedoch
gilt
unserer
Form
andererseits
kritisch
Mitarbeiterinnen
Gesellschaften
Frage
sowohl
Leben
gutes
gibt
Arbeitsmarkt
Entwicklungen
Vermögen
Interview
entstehen
daraus
reproduktive
bleibt
Struktur
Gruppen
daher
Diskussion
Interessensvertretungen
bewerten
neue
dabei
stets
ArbeitnehmerInnen
Entwicklung
Bedingungen
großen
stark
Fragen
Ausbeutung
Jahr
wichtig
immer
deutlich
Herausforderung
Gegenstand
Demokratisierung
Auseinandersetzung
Formen
Ziel
Genossenschaften
Projekte
gute
liegt
zeigt
Verteilung
Debatte
Aufgaben
Flexibilität
Rolle
Gleichen
Schritt
gesellschaftlich
Sichtweisen
Variablen
Gesellschaft
Arbeit

# Herausforderung Neue Arbeit

Die Herausforderung, Arbeit neu zu denken, zu definieren und schließlich auch innerhalb der Sozialdemokratie mit frischem Wind zu diskutieren, war eine der Triebfedern für dieses Buch. Jedoch ist klar, dass sich sowohl die gesellschaftlichen Bedingungen als auch die technologischen und sozialen Herausforderungen rund um das Thema Arbeit weiterhin rasch ändern werden. Dieser Wandel in den Verhältnissen macht es notwendig, ein Analyseschema zur Verfügung zu haben, mit dem der Gegenstand der Arbeit und die Veränderung seiner Umgebung stets neu eingeordnet werden können. Für diese wichtige politische Kompetenz wird mit den nachstehenden Thesen ein Handlungsrahmen geboten, um die Herausforderung Neue Arbeit als ständigen Ort zentraler gesellschaftlicher Auseinandersetzung zum Wohle der Arbeitenden bearbeiten zu können.

## 1. Arbeit als Gegenstand korrekt erfassen

Den Gegenstand korrekt erfassen meint die analytische und strukturierte Herangehensweise an ein gesellschaftliches Phänomen. Dieser Punkt trifft auf alle Forschungs- und letztlich politischen Handlungsfelder zu. Christine Stelzer-Orthofer hat in ihrem Beitrag angemerkt, dass die banale Frage, was Armut in unseren Gesellschaften sei, schwierig zu beantworten ist. Gerade bei der Arbeit als Produktionsfaktor, gesellschaftlichem Phänomen und politischem Thema trifft diese Forderung besonders zu. Viele Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden durch neoliberale Rhetorik oft umgedeutet und ausgehöhlt, sowie meistens gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen ausgelegt. „Flexibilität" bedeutet nicht Flexibilität und das Entgegenkommen der Arbeitgeberseite, sondern zumeist die immerwährende Mobilität und Leistungsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen, um nur ein Beispiel zu nennen. Zwei Quellen, die für die konkrete Analyse des Gegenstands Arbeit in Österreich spezifische und zuverlässige Daten liefern, sind einerseits der Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer und andererseits die „Working Papers" des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO). Der Arbeitsklimaindex sagt viel über die Struktur, Anforderungen und Schwächen des österreichischen Arbeitsmarktes aus – immerhin ist Zufriedenheit im Beruf eines der wichtigsten Anzeichen für psychische Gesundheit. Die „Working Papers" des WIFO beschreiben und beforschen aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

## 2. Entwicklungen richtig bewerten

Ein weiterer wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung mit Arbeit ist die politische Bewertung von Entwicklungen. Die reine Zahlenlage – beispielsweise über die demographische Entwicklung westlicher Gesellschaften oder die Verteilung von Arbeitszeit – ist ohne die politische Bewertung und Ableitung konkreter Forderungen und Maßnahmen inhaltsleer. So liefern beispielsweise die Voraus-

berechnungen über die Struktur und Alterszugehörigkeit der am Arbeitsmarkt Aktiven für das Jahr 2040 durchaus interessante Erkenntnisse. Jedoch liegt diesen Zahlen eine Vielzahl von Annahmen zu Grunde, die sehr stark auf vergangene Entwicklungen und daraus abgeleiteten Trends rekurrieren. Bei der Erarbeitung von langfristigen Politikkonzepten gilt es, kritisch mit diesen statistischen Vorhersagen umzugehen, denn viele Variable, die die Lage am Arbeitsmarkt verändern können, sind darin nicht berücksichtigt.
Ähnliches gilt für politische Auseinandersetzungen wie etwa die Frage der Arbeitszeit. Auch hier gibt es Studien, die zu unterschiedlichsten Erkenntnissen kommen und deren Hintergründe und Motivationen oft nur zwischen den Zeilen erkennbar sind. In dieser Informationsflut und teilweise einseitigen Berichterstattung darüber sind die politisch-ideologischen Bewertungsmaßstäbe, die wir bei unseren Entscheidungen anlegen, ein wichtiger Kompass.

## 3. Reflexion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

Wenn die Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt und die Entwicklung der gesellschaftlich am meisten von Armut betroffenen Gruppen eines zeigt, dann folgendes: Die Debatte über die Verteilung reproduktiver Arbeit ist längst noch nicht abgeschlossen. Reproduktive Arbeit meint nicht nur die Frage „Wer bleibt bei den Kindern?“, wie sie gesellschaftlich oft geführt wird, sondern auch Pflege- und Hausarbeit. Diese verschiedenen Tätigkeiten sind auch gesondert zu betrachten. Während die Frage nach Kindern und welcher Teil der Eltern den Hauptanteil der Erziehungsarbeit übernimmt, oft eine finanzielle Frage darstellt, gibt es Tätigkeiten, die unter dem Begriff reproduktive Arbeit subsumiert werden, die – salopp ausgedrückt – keinen so wirklich freuen, aber trotzdem anteilsmäßig mehr von Frauen verrichtet werden. Gerade die Entwicklung der „Global Care Chain“ (staatenübergreifende Umverteilung von Betreuungsaufgaben innerhalb von Bevölkerungsgruppen, Anm.) zeigt, dass hier reproduktive Tätigkeiten innerhalb der Genusgruppe „Frau“ weitergegeben werden und damit keine wirkliche Neuverteilung reproduktiver Arbeit stattgefunden hat.
Die zentrale Frage der Arbeitsteilung in der Gesellschaft bleibt daher ungelöst: Wie gehen wir als Gesellschaft mit reproduktiver Arbeit um und wie wollen wir, dass sie verteilt wird?

## 4. Der Stellenwert der Arbeit

Die Bewertung und Verteilung der so genannten „reproduktiven Arbeit“ spricht eine breitere Thematik an, die uns zum Kern der politischen Debatte um Arbeit bringt: ihrem Stellenwert. Ist Arbeit der Lebenssinn oder bloßes Mittel zum Zweck? Welchen Stellenwert hat nicht-bezahlte Arbeit in unserer Gesellschaft momentan und welche sollte sie haben? Und: Was braucht es für ein gutes Leben?

Diese Fragen werden oft von der Debatte um das Grundeinkommen kooptiert; es geht in einem ersten Schritt aber um die politische Auseinandersetzung mit dem Stellenwert des Faktors Arbeit in modernen Gesellschaften als eine grundsätzliche Frage nach der Verteilung der Lebenszeit auf unterschiedliche Aktivitätsfelder. Dabei geht es nicht nur um das viel zitierte „Recht auf Faulheit", sondern auch darum, ob die sinnstiftende Rolle, die die Arbeit seit der Moderne in westlichen Gesellschaften hat – Josef Weidenholzer nennt dies im Interview (Seite 65 ff) „die Vermittlung von Werten durch Arbeit" – in dieser Form gesund, wichtig und wünschenswert ist. Diese Debatte geht um das Fundament unserer Gesellschaft und den Stellenwert, den wir uns als Individuen aufgrund der jeweiligen Tätigkeit anerkennen. Diese Grundsatzfrage ist so spannend wie sie mühsam ist und ist gerade deswegen so wertvoll und notwendig, dass sie von jeder Generation SozialdemokratInnen wieder geführt wird.

## 5. Arbeit und Ausbeutung

Die Bewertung von Arbeit in Form von Anerkennung, Geld und sozialer Stellung ist – wie im vorigen Punkt erwähnt – eine ihrer Hauptfunktionen in westlichen Gesellschaften. Gerade diese Bewertungen werden dafür genutzt, um Grenzen zu ziehen, Machtverhältnisse zu verfestigen und verschiedene Gruppen von Arbeitenden gegeneinander auszuspielen.
Unter Schlagwörtern wie Rationalisierung, Modernisierung oder Technologisierung wurde das Arbeitsrecht durchlöchert und damit Tür und Tor geöffnet für eine Vielzahl prekärer Beschäftigungsformen und einen – stark wachsenden – Niedriglohnsektor. Der einstige „Klassenkompromiss" wurde mit der Konsequenz über Bord geworfen, dass die Vermögen der Wohlhabenden stets steigen, während die breite Masse unter Reallohnrückgängen leidet. Die Unternehmen schreiben zwar Gewinne, diese werden jedoch nicht in eine Modernisierung oder in die Ausbildung der MitarbeiterInnen investiert, sondern auf die Finanzmärkte gelenkt. Dadurch wird dem realwirtschaftlichen Kreislauf Kapital entzogen und der Finanzmarkt aufgebläht und krisenanfällig. Die Kluft zwischen den oberen und unteren Einkommen wächst kontinuierlich und damit auch das Machtgefälle.
Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Ausbeutung der Arbeitskraft über die systemimmanenten Kräfte der Akkumulation von Kapital und Macht und der daraus folgenden Ungleichverteilung von Vermögen und Lebenschancen innerhalb einer Marktwirtschaft. Einen möglichen Ausweg aus diesem permanenten Ungleichgewicht bietet die Demokratisierung der Wirtschaft und die breite gesellschaftliche Steuerung ökonomischer Prozesse auf allen Ebenen.

## 6. Gerechter Rahmen für gute Arbeit

Die grundlegende Organisation der Arbeitswelt bestimmt viele Prozesse und Zusammenhänge, die sich auf das Funktionieren der Gesellschaft im Allgemeinen genauso wie auf die Arbeitsbedingungen im Speziellen auswirken. Es macht eben einen Unterschied, wie ein Unternehmen organisiert ist, sowohl in Hinblick auf das Agieren im gesamtgesellschaftlichen Kontext, aber auch im Umgang mit den MitarbeiterInnen. Gerade in Konflikt- oder Krisensituationen wird deutlich, ob nur das unternehmerische Interesse zählt oder auch die Sichtweisen der Stakeholder im weiteren Sinne Berücksichtigung finden.
Das Beispiel vieler Genossenschaften zeigt, dass demokratische Strukturen sowohl die Legitimation wirtschaftlichen Handelns in der Gesellschaft als auch die Einsatzbereitschaft der MitarbeiterInnen positiv beeinflusst. Daraus erwächst auch die bedeutend bessere Performance von Genossenschaften in der Wirtschaftskrise im Vergleich zu rein an den Marktprinzipien orientierten Unternehmen. Die Mitbestimmung der großen Zahl ist hier den kurzfristigen Einzelinteressen deutlich überlegen.
Besonders spannend ist daher die Diskussion über eine Demokratisierung der Wirtschaft auch aus dem Verteilungsaspekt auf der betrieblichen Ebene heraus. Das wird bei der Debatte über Modelle der MitarbeiterInnenbeteiligung im Interview mit Max Stelzer (Seite 99 ff) deutlich. Einerseits werden MitarbeiterInnen so auch am Gewinn beteiligt, andererseits auch in die Rolle der Teilhabenden gedrängt. Diese zwei Seiten der Medaille zeigen, wie wichtig es ist, die konkreten Bedingungen der Beteiligung exakt zu definieren.

## 7. Die Organisation des Prekariats

Die Sichtbarmachung und Organisation von Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, ist eine der essenziellen Aufgaben in der Anpassung und Umorientierung von Interessenvertretungen auf neue Formen der Arbeit. Während es einige (Pilot-)Projekte von Gewerkschaften gibt, um das so genannte Prekariat zu organisieren, ist hier ein starkes, politisches Commitment nötig, um diese Projekte – intern wie extern – zu stärken. Hier geht es nicht nur darum, Zuständigkeiten zu schaffen und die Interessenvertretungen auszubauen, sondern auch darum, Initiative zu ergreifen, Strategien zu schmieden und die Probleme, die es bei der Organisation des „flüchtigen" Faktors Arbeit gibt, gezielt aufzugreifen und anzugehen. Denn es werden immer neue Formen der Arbeit und Beschäftigung entstehen, dennoch bleiben die grundsätzlichen Interessenlagen die Gleichen.

## 8. Gerechter Lohn für gute Arbeit

Arbeit ist die Grundlage für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Jede Produktionstätigkeit, Dienstleistung oder andere Art der Arbeit trägt zum gemeinsamen Wohlstand bei. Damit ist auch die Frage der Verteilung zwischen Unternehmensgewinnen und Arbeitseinkommen verbunden. Hier gibt es in den letzten 30 Jahren eine bedenkliche Entwicklung: So sank der Anteile der Löhne von über 75 % im Jahr 1977 um mehr als 10 Prozentpunkte. Dies bedeutet eine Umverteilung des allgemeinen Erfolges der Wirtschaftsleistung hin zu den Unternehmungen und weg von den ArbeitnehmerInnen. In der gleichen Zeit ist aber die Produktivität gestiegen, das heißt es wird gute Arbeit geleistet. Zu guter Arbeit gehört aber auch gute Bezahlung. Und nur wenn ArbeitnehmerInnen auch ansprechend verdienen, stimmt die Nachfrage nach den produzierten Gütern und Dienstleistungen. Gerade in der Finanz und Wirtschaftskrise zeigt sich, wie der steigende Wettbewerbsdruck zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht und der Konsum im Inland stagniert. Diese Entwicklung bringt uns nicht raus aus der Krise, sondern noch stärker hinein. Gerade deshalb bleiben die Fragen des gerechten Lohns und der Einkommensverteilung entscheidend.

## 9. Arbeit neu denken

Ein Ziel dieses Bandes ist es, die Diskussion über Arbeit als Wirtschaftsfaktor, gesellschaftliches Phänomen und identitätsstiftende Tätigkeit in unserer Gesellschaft innerhalb der Sozialdemokratie wieder zu führen und uns dabei nicht von vorgeschobenen Sachzwängen die Art und Form von Arbeit diktieren zu lassen. Es gilt immer wieder kritisch zu reflektieren und neue Entwicklungen zu bewerten. Die Maßstäbe, die wir ansetzen, sind die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese bewährten Konzepte bieten einen Orientierungsrahmen, der nur belebt werden kann, wenn man offen und neugierig neuen Entwicklungen in der Gesellschaft gegenübersteht. Auch wenn die politischen Antworten sich verändern und dabei neue Ideen entstehen, die wir heute noch nicht kennen, ist klar, dass die großen Fragen noch länger die Gleichen bleiben werden: Ist Arbeit notwendig? In welcher Form soll in dieser Gesellschaft wie (viel, lange, hart) gearbeitet werden? Welches Ziel hat Arbeit? Welche Lenkungs- und Steuerungsfunktionen hat der Staat in dieser Entwicklung? Welche politischen, bildungs- und sozialen Aufgaben hat die Sozialdemokratie in diesem Zusammenhang? Und letztlich: Wie gestalten wir die Arbeitswelt?

In diesem Sinne gilt es das Phänomen Arbeit und alle damit zusammenhängenden Entwicklungen immer wieder zu denken und daraus neue Visionen für eine moderne Gesellschaft und ein gutes Leben für die Menschen abzuleiten.

Erfassen
Bewerten
Gegenstand analysieren
Arbeitsteilung
Stellenwert
Ausbeutung
Politisch reflektieren
Rahmen
Organisationen
Entlohnung
Handlungs-felder
ARBEIT NEU

## Gegenstand analysieren

Ausgangspunkt der Überlegungen muss das korrekte Erfassen des Phänomens Arbeit sein. Nur zuverlässige statistische Daten geben Einblick in die Struktur und die Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Statistik ist aber niemals ideologiefrei, oft stecken implizite Annahmen in den Studien. Daher ist die kritische Analyse des Zahlenmaterials ebenso unerlässlich wie die politische Bewertung und Ableitung von politischen Handlungsanleitungen und Forderungen. Das sozialdemokratische Wertegerüst bleibt auch in sich verändernden Zeiten ein wertvoller Kompass zur Bewertung von Entwicklungen.

## Politisch reflektieren

Aus der Analyse muss eine grundlegende Reflexion über die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit folgen. Welche anderen Faktoren außer dem bloßen Erwerb sind an Arbeit geknüpft? Wie werden diese Faktoren bewertet? Wollen wir als sozialdemokratische Bewegung den Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft so beibehalten oder bedarf es einer Neuorientierung bzw. eines Neu- und Weiterdenkens? Brennpunkte sind in diesem Zusammenhang auf jeden Fall die Bewertung von Hausarbeit, der Zusammenhang zwischen Arbeit und sozialer Sicherheit und schließlich das Konzept von „Leistung" in modernen Gesellschaften.

## Handlungsfelder

Um diese Analyse schlussendlich auf die praktische Ebene zu holen, haben die AutorInnen dieses Buches Handlungsfelder definiert, die diese Neuorientierung und vor allem politische Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie besonders dringend benötigen. Der gesetzliche und gesellschaftliche Rahmen, in dem Arbeit verrichtet wird, ist ebenso gestalt- und veränderbar wie der Stellenwert von Arbeit selbst. Die grundsätzliche Verteilung von Mehrwert und Profit sowie die Debatte über Löhne und deren Höhe im Allgemeinen sowie die Entkoppelung der Triade Arbeit – gesellschaftliches Ansehen – Höhe des Lohnes im Spezifischen ist ein ebenso wichtiges wie brisantes Handlungsfeld. Die Organisation gesellschaftlich schwacher und stimmloser Gruppen war und ist das Kerngeschäft der Sozialdemokratie und muss es gerade in der Debatte um neue Arbeit auch wieder werden.

# DENKEN

# Kapitel 5

# Neue Arbeit und aktuelle Trends in der Arbeitswelt

Stefan Etzelstorfer
Christian Forsterleitner

Unternehmen
wirklich
Arbeitnehmer Innen
Management
darum
Geld
Jahren
kommen
selbstverständlich
neu
Formen
Industrie
pro
schon
Kooperation
Konsum
Tätigkeiten
Woche
vgl
Wertschätzung
genannte
digitalen
vollig
neuen
Zukunft
Miteinander
Tätigkeit
miteinander
wichtige
bereiten
denen
kooperativer
beschrieben
Burn
Jobs
Mensch
Bergmann
Freude
kooperative
Bedürfnisse
erreichbar
Emails
heute
ganz
entscheidend
Bereich
lässt
müssen
oft
Industriepolitik
Einkommen
Rolle
entstehen
versucht
gut
Theorie
Sicht
z.B
gesellschaftlichen
Wirtschaften
Florida
gibt
Technologien
wichtig
Themen
mehr
lassen
Probleme
Wettbewerbs
etc
Kapitel
Umfeld
d.h
Arbeit
sozial
möglich
eigenen
Klassischen
kreativen
Entwicklung
sinnvoll
Köpfe
kommt
geht
gerade
Fuhrung
Zeit
Out
Arbeitswelt
Wandel
macht
Arbeitsplätze
ermöglichen
immer
arbeitenden
Kraft
verändert
soziale
Frithjof
besten
Regionen
finanziert
Form
Steuern
Krankheit
Zusammenarbeit
wurde
bereits
eigene
Neue
Wettbewerb
Stunden
Beziehungen
MitarbeiterInnen
Art
Veränderungen
stehen
Software
Menschen
Wirtschaft
Gesellschaft
stellt
Ethik
Stress
bezahlt
letzten
arbeiten
Leben
gilt
Schlüsseltechnologien
neue
viele
Kommunikationstechnologien
Diskussion
dabei
Freizeit
KonkurrentInnen
sowohl
wäre
finden
Begriff
weniger
rund
Frage
spricht
schlägt
wirtschaften
Innovationen
Auswirkungen
Möglichkeiten

# Neue Arbeit und aktuelle Trends in der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt hat sich verändert: Neue Beschäftigungsformen, neue Anforderungen und neue Probleme. Wir kommen nicht darum herum, den Begriff „Arbeit" neu zu überdenken und um einige Aspekte zu erweitern. Die vorangegangene Kapitel haben versucht, die Vorarbeit für eine solch neue Definition von Arbeit zu geben. Dieses Kapitel soll einige aktuelle und zukünftige Fragen der Arbeitswelt anreißen. Es hat damit mehr die konkrete Betroffenheit von Menschen im Arbeitsprozess und praktische Probleme im Fokus. Es ist eine Auswahl von Themen, die uns diskussionswürdig erschienen sind und keine vollständige Abhandlung: Für was arbeiten wir? Kann Arbeit nicht auch Freude bereiten? Spricht nicht viel für ein kooperatives Wirtschaften statt reinem, zerstörerischem Wettbewerb? Und welche Auswirkungen haben neue Technologien auf die Arbeit der Zukunft? Diesen Fragen sind wir nachgegangen – und stoßen dabei stetig auf neue.

## Arbeiten wir nur, um Konsum zu ermöglichen?

Arbeit ist mehr als bloße Existenzsicherung. Die Teilhabe an der Arbeitswelt und ihre Gestaltung haben enormen Einfluss auf das Leben und das Glücksempfinden der Menschen. Die Verteilung von Arbeit und Einkommen innerhalb einer Gesellschaft bestimmt das soziale Gefüge und den sozialen Frieden. Arbeit kann mühsam sein, wenig Freude bereiten, anstrengend sein. Das wird im Lateinischen mit den Wort *laborare* beschrieben bzw. *labour* im Englischen – und diese Sicht auf Arbeit dominiert heute. Unsere Gesellschaft betrachtet Arbeit zur Zeit von einer rein wirtschaftlichen Seite. Die Arbeits- und Lebenswelt wird quasi „durchökonomisiert", der Mensch auf einen Anbieter von Arbeitskraft reduziert. Arbeit dient in dieser Definition ausschließlich dem Erwerb von Kaufkraft und damit dem Konsum. Diese reine Zweck-Mittel-Ökonomie dient nur der Aneignung von Gütern. Es gibt aber einen anderen Entwurf von Arbeit: Arbeit hat sinnstiftende und Freude machende Aspekte, kann schöpfend und kreativ sein. Und: Ein Leben in Zufriedenheit kann durch gute Arbeit erreicht werden.

## Die Wirtschaft ist für den Menschen da

Wer sagt, dass Gewinnmaximierung das alleinige dominante Motiv für Wirtschaften sein muss? Gewiss, Unternehmen müssen ihr langfristiges Überleben sichern, aber neben dieser Bedingung für das Überleben muss es doch auch Gründe – die Existenzberechtigung – geben. Die eigentliche gesellschaftliche Funktion von Unternehmen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es aber, Produkte und Leistungen bereitzustellen. Daran knüpft auch die Frage an: Wie

verstehen wir Wirtschaft? Für was ist Wirtschaft eigentlich da? Die Antwort muss lauten: Wenn also Wirtschaft für den Menschen da sein soll, dann müssen auch Arbeits- und Menschenrechte ganz selbstverständlich erfüllt werden und den Menschen eine möglichst sinnhafte, befriedigende Tätigkeit angeboten werden. *„Was unser Land braucht, was alle Länder dieser Erde nötig haben, ist die politische Vereidigung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Lebens."* So formuliert es der deutsche Kultursoziologe Wolfgang Engler (Engler 2005).

## Zufriedenere, innovativere MitarbeiterInnen durch Wertschätzung und humane Führung

Auch auf der Ebene der Unternehmen ergeben sich konkrete Fragestellungen. Wenn man über Arbeit spricht, hat man automatisch auch mit Führung und Management zu tun. Die Art und Weise, wie ein Unternehmen geführt wird, hat enorme Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen. Es gibt viele gute Gründe für ein wertorientiertes Management; eines, dass den Grundzügen der Ethik und gesellschaftlich definierten Werten entspricht und um soziale Verantwortung. Das Bild des Menschen als *Homo oeconomicus*, der rein nach rationalen, egozentrischen Gründen entscheidet, lässt sich längst nicht mehr aufrecht halten. Phänomene wie freiwillige Mehrarbeit (z.B. OCB – Organizational Citizenship Behavior), Gemeinsinn und Sozialkapital (vgl. Putnam 2001), aber auch kooperative Wirtschaftsmodelle wären sonst nicht erklärbar. Dass den Menschen mehr motiviert als nur Geld wissen wir spätestens seit Herzbergs Zwei-Faktoren-Theorie (Geld ist nur ein „Hygienefaktor", der bestenfalls zu „Nicht unzufrieden" führt – was aber noch lange nicht zufrieden bedeutet, vgl. Wikpedia Herzberg). Führungskräfte brauchen ihre ökonomischen Ziele nicht aufgeben, denn sie können durch ethisches, kooperatives und wertorientiertes Verhalten ihre MitarbeiterInnen zu innovativeren und besseren Leistungen bringen. Vorbildwirkung spielt dabei eine zentrale Rolle, im Positiven wie im Negativen. Führungskräfte beeinflussen die Unternehmenskultur und entscheiden damit auch, wie mit Menschen umgegangen wird. In einem sozialdemokratischen Verständnis von Wirtschaften und Führen ist es kein Widerspruch, sozial zu handeln und gut zu wirtschaften.

Ein positives Menschenbild sieht die Potenziale in den Menschen: Sie lassen sich motivieren und wollen Leistung erbringen. Sie sind wesentliche ErfolgsträgerInnen für die Weiterentwicklung von Unternehmen und von innovativen Prozessen. Sie entwickeln Innovationen aus innerer Überzeugung heraus und nicht, weil es eine ihnen zugewiesene Aufgabe ist. Es geht darum, ein Klima der Wertschätzung zu schaffen und die unternehmerischen Fähigkeiten von MitarbeiterInnen zu wecken und zu unterstützen. Das geht auch auf unterschiedlichen Hierarchieebenen, vom einfachen Arbeiter bis zur Topmanagerin können inno-

vative Impulse ausgehen. Die Frage ist, ob die Menschen das Gefühl haben, dass sie auch „Intrapreneur" sein sollen und wie ihr Beitrag honoriert wird (und dabei geht es oft gar nicht um Finanzielles). Die wissenschaftliche Forschung zu diesem Ansatz ist noch jung, aber vielversprechend. Die Idee kann sowohl auf Ebene der Organisationsstruktur als auch personenbezogen am einzelnen Arbeitsplatz ansetzen (Steinle/Draeger 2002). Auf den ersten Blick sinnlose Verschwendung, auf den zweiten aber im richtigen Umfeld sinnvoll ist z.B. „Organizational Slack", d.h. mehr vorhandenes Potenzial an humanen und sachlichen Ressourcen als zur Erreichung des Zielniveaus benötigt. Doch gerade so eine stille Reserve führt zu mehr Innovationen, zum Ausprobieren, einem Mehrwissen.

## Neue Arbeit nach Frithjof Bergmann: „Tun was man wirklich, wirklich will"

Ein Ansatz, was neue Arbeit sein kann, den wir hier exemplarisch vorstellen möchten, stammt von Professor Frithjof Bergmann, einem international tätigen Philosophen mit österreichischen Wurzeln, der an amerikanischen Universitäten lehrt. Bergmann wagt ein Gedankenexperiment im Bereich Arbeit und spricht damit gleich alle Lebensbereiche an. Er schlägt nicht weniger vor als ein zusätzliches Arbeitssystem zu unserer gewohnten Arbeitswelt zu etablieren. Bergmann will Arbeit neu aufteilen: Zehn Stunden pro Woche soll man sich der Grundwirtschaft mittels neuer Technologien widmen, Gemüse anbauen, Produkte selbst herstellen. Weitere zehn Stunden pro Woche soll man Geld verdienen gehen, also der klassischen Lohnarbeit nachgehen. Das lässt mindestens 20 Stunden pro Woche für das, was man wirklich, wirklich will. Bergmann begründet das so: „Für die meisten ist Arbeit eine ‚milde Krankheit' – das muss nicht sein". Arbeit sei in der verbreiteten Form für viele zwar nicht völlig unerträglich, aber keine erfüllende Tätigkeit.

Mit seiner Theorie der Neuen Arbeit will er den Menschen befriedigendere Arbeit ermöglichen, die Lebenskosten durch eigene Grundwirtschaft reduzieren und gleichzeitig ökologisch wirtschaften. Für ihn sind Neue Arbeit und ernstgemeinte Ökologie untrennbar miteinander verbunden. Bergmann schlägt unter anderem vor, gesellschaftlich organisierte „Grundwirtschaftszentren" zu errichten, in denen die Menschen solchen Tätigkeiten nachgehen können. Aus der Kreativität können auch neue Betriebe entstehen und damit neue Arbeit. Frithjof Bergmann geht es vor allem darum, einen Diskurs über eine Alternative zur gegenwärtigen Form des Wirtschaftens und Arbeitens loszutreten. Mit seinem New-Work-Modell hat er nicht zuletzt die Utopie einer neuen Gesellschaft geschaffen, in der Mensch über sich selbst bestimmen kann – indem er das tut, was er wirklich, wirklich will.

Tatsächlich wurde mit der Initiierung unterschiedlicher New-Work-Projekte bereits begonnen. So gibt es mittlerweile zahlreiche so genannte „New-Work-Zentren", welche neue Projekte vorantreiben. Das erste New-Work-Zentrum entstand 1984 in der Automobilstadt Flint (Michigan). Bergmann kooperierte mit ehemaligen MitarbeiterInnen eines Automobilwerks, welches aufgrund der Automatisierung 50 % der Belegschaft kündigte. In seinen Projekten versuchte er den ArbeiterInnen zu helfen, etwas zu machen, was sie „wirklich, wirklich wollen". Bergmann und seine UnterstützerInnen der Neuen-Arbeit-Bewegung haben viel Zeit an der Adaptierung der Theorie einer technologisierten Selbstversorgung in der Praxis gearbeitet. Die Devise Bergmanns lautet hier: „Mach deinen eigenen Zement, bau deine eigenen Häuser, erzeuge deinen eigenen Strom, Lebensmittel, Werkzeuge". Dank des technologischen Fortschritts, wie zum Beispiel der Technologie des Fabrikators, ist dies möglich. Das Modell der individuellen, mobilen Fabrik zur Selbstversorgung findet gerade in weniger entwickelten Ländern großen Anklang. So wurde etwa die Entwicklung von Dieselmotoren, Generatoren und Kühlschränken vorangetrieben, welche mit einfachsten Mitteln hergestellt werden können und dennoch hochwertig sind. Auch der eigene Garten ist nicht mehr nur Zukunftsmusik. Es handelt sich hier um so genannte „Bio Blocks", welche Gartenanbau auf engstem Raum und mit geringstem Wassereinsatz ermöglichen

Ähnlich wie Bergmann argumentieren auch die Psychologen Howard Gardner, Mihaly Csikszentmihalyi und William Damon für *good work*; für eine neue Ethik im Beruf und wie sozial verantwortliche und zugleich exzellente Arbeit gestaltet werden kann (Gardner/Csikszentmihalyi/Damon 2005). Sie gehen davon aus, dass die meisten Menschen Arbeit leisten wollen, die nützlich und sinnvoll ist. Von Csikszentmihalyi stammt auch der Begriff des *flow*: Bei guter Arbeit fühlt sich der Mensch gut. *„Nur wenige Dinge im Leben sind erfreulicher, als wenn wir uns auf eine schwierige Aufgabe konzentrieren und all unsere Fähigkeiten gefordert werden – und wir wissen, was zu tun ist. Entgegen der populären Meinung kommen diese höchst erfreulichen Momente sogar häufiger bei der beruflichen Tätigkeit vor, als in der Freizeit."* Arbeit kann also auch Spaß machen und mit tiefer Freude erfüllen. Das sollte man sich vor Augen halten, wenn man über Arbeit spricht: Es geht hier um Menschen, die den Großteil ihres Tages an ihrem Arbeitsplatz verbringen. Es muss schon aus menschlichen Gründen darüber nachgedacht werden, wie Arbeitsplätze heute und morgen zu „guten Arbeitsplätzen" werden und die Tätigkeit zu etwas führt, das man „wirklich, wirklich will".

## Gerade für „Neue Arbeit" gilt: Sozialversicherungssysteme stärker über Steuern finanzieren

Auch für „Neue Arbeit" gilt, dass faire Bezahlung und damit die Verteilung von erwirtschaftetem Wohlstand entscheidend sind. Fair bedeutet, dass dort, wo viel verdient wird, auch viele Steuern bezahlt werden müssen – nur so bleibt das System nachhaltig. Damit zusammen hängt eine äußerst wichtige Forderung: Sozialversicherungssysteme sollen stärker über Steuern und weniger über lohnabhängige Sozialversicherungsabgaben (Beiträge) finanziert werden. Denn wenn Erwerbsbiographien unstetiger, Einkommen variabler werden, dann muss das soziale Netz robuster und antizyklischer finanziert werden. Eine diskussionswürdige Idee wäre eine allgemeine Sozialversicherungs-Grundsicherung.

## „The Rise of the creative class" – Jobs der Zukunft?

Der US-amerikanische Ökonom Richard Florida versucht in seinen Konzepten Antworten auf die gesellschaftlichen Veränderungen in Zusammenhang mit der Arbeitswelt zu finden. Seine Grundaussage ist dabei, dass die kreativen Köpfe einer Gesellschaft und die von ihnen ausgehenden Innovationen entscheidend für das ökonomische Wachstum von Regionen sind. Zugehörige der „kreativen Klasse" sind in allen Bereichen der Arbeitswelt zu finden, entscheidend ist ihr „kreativer Output" und die daraus entstehenden Innovationen. Florida argumentiert, dass die Gesellschaft gerade einen ebenso großen Wandel durchläuft wie beim Übergang von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft. Arbeitsplätze ändern sich und mit der Zunahme an kreativen und geistigen Tätigkeiten steigt auch der Stress der ArbeitnehmerInnen. Hinzu kommt eine steigende Mobilität der Menschen – oft auch bedingt durch die Änderung der Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Regionen. Die von ArbeitnehmerInnen abverlangte Flexibilität schlägt sich auch in deren Privat- und Familienleben nieder: So ändern sich nicht nur Familienstrukturen hin zu einer zunehmender Individualisierung (Stichwort: Singlehaushalte). Soziale Beziehungen verändern sich von intimen, lang andauerenden Beziehungen (*strong ties*) hin zu bloßen, oft flüchtigen Bekanntschaften (*weak ties*) (Granovetter, 1973).
Florida vertritt dabei die These des Wettbewerbs der Regionen um die besten Köpfe. Um als Region erfolgreich zu sein, müssten dabei folgende drei T's erfüllt sein: *Technology*, also eine gewisse Konzentration an Unternehmungen im Hochtechnologie-Sektor; *Talent* (Kreativkapital) sowie *Tolerance*, das heißt ein offenes und tolerantes Umfeld, um sich entfalten zu können. Fazit: Menschliche Kreativität wird der entscheidende Faktor für die Weiterentwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft werden. Diese so genannte „kreative Klasse" wird dabei als weit gefasste Gruppe von Berufen beschrieben, in denen Innovationen entstehen, wie z.B. KünstlerInnen, IngenieurInnen, MusikerInnen, Computer-WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen und UnternehmerInnen. Sie arbei-

ten vielfach nicht mehr in den klassischen „Blue-collar"-Jobs als ArbeiterInnen oder in den „White-collar"-Jobs der Angestellten sondern – wie Florida es nennt – „No-collar", in Selbstmanagement und *soft control*.

## Herausforderung Industriepolitik: ökologisch und hochqualitativ

Oft ist die Rede vom Ende der Industrie in Europa. Dabei hat gerade die in einer Wirtschaftskrise mündende Verteilungs- und Bankenkrise gezeigt, dass Länder mit einem starken industriellen Rückgrat besser durch diese schwierigen Jahre kamen als andere. Und gerade in der Industrie findet man viele Innovation, die in die Schaffung von Arbeitsplätzen münden. Das Beispiel ökologischer Industriepolitik zeigt, dass im Industriebereich tausende neue Arbeitsplätze entstehen können. Mit den Schlagworten „Green Tech" und „Green Jobs" sind damit nicht nur neue, oft hochwertige und auch gut bezahlte Jobs verbunden. Die Europäische Union (EU) hat fünf Schlüsseltechnologien im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien definiert, die sie als besonders wichtig für die Zukunft einstuft: *„Sicher ist jedoch, dass die treibende Kraft für ihre Entwicklung der Einsatz von Schlüsseltechnologien, wie Nanotechnologie, Mikro- und Nanoelektronik einschließlich Halbleiter, Biotechnologie und Photonik sowie fortschrittliche Werkstoffe, sein wird. Schlüsseltechnologien nehmen eine Vorreiterrolle bei der Umstellung auf ein wissensgestütztes Wirtschaftssystem mit geringen CO2-Emissionen ein."* (Europäische Kommission 2010). Mit neuen Werkstofftechnologien, den Effizienztechnologien und umweltschonenden Technologien ergibt sich ein weites Feld für zukünftige Industriepolitik. Nicht zu vergessen ist auch, dass viele Dienstleistungen mit der Industrie zusammenhängen oder ihr nachgelagert sind. Die Industrie wird also auch weiterhin wichtig sein und muss auch in Zukunft eine wichtige Rolle für hochwertige Arbeitsplätze sein.

## Wandel in beruflicher Selbstständigkeit

Sie sind längst keine Minderheit mehr, werden aber in der politischen Diskussion gerne vergessen: 300.000 so genannte „Neue Selbstständige" und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) kämpfen darum, von ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die scheinbare Freiheit, der eigene Chef bzw. die eigene Chefin zu sein, wird für viele zum Verhängnis. Laut einem Bericht der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) wurden 2010 fast 20 % der Versicherten gemahnt, beinahe jede zehnte versicherte Person exekutiert. In Zahlen gefasst sind das immerhin 33.668 Schicksale. Diese stetig steigende Zahl der neuen Selbstständigen stellt einen Wandel in der modernen Arbeitswelt dar; für viele ist der Weg in die Selbstständigkeit kein freiwilliger. Bevor sie sich monatelang vom Arbeitsmarktservice (AMS) eine Stelle nach der anderen vermitteln lassen, dutzende erfolglose Bewerbungsschreiben verfassen

oder von einer Schulung in die nächste geschickt werden, um „Zusatzqualifikationen" zu erwerben, ersparen sich immer mehr dieses Procedere und wagen den Schritt in die Unabhängigkeit – mit ungewissem Ausgang.

Diese Verschiebung lässt auch die klassischen Trennung in ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die traditionell in Österreich mit seinem korporatistischen System der Sozialpartnerschaft immer noch eine große Rolle spielt, verschwimmen. Während in jahrzehntelanger Diktion die UnternehmerInnenseite immer die wirtschaftlich Stärkere war, von der es die ArbeitnehmerInnen zu schützen gilt, sind es heute vermehrt EPUs, die im Unterschied zu ArbeitnehmerInnen weniger sozialrechtliche Absicherung genießen. Dabei stellt diese Berufsgruppe bereits mehr als die Hälfte der Mitglieder ihrer gesetzlichen Interessenvertretung – der Wirtschaftskammer. Diese Schieflagen bringen auch immer größer werdende Spannungen mit der Wirtschaftsverwaltung und den traditionellen Institutionen mit sich, die sich unter anderem bei Themen wie der monatlichen „Mindestbeitragsgrundlage" (rund 650 Euro) manifestiert, die unabhängig vom jeweiligen Einkommen bezahlt werden muss, obwohl die Einkünfte dieser Berufsgruppe häufig gerade zum Leben reichen. Immerhin ein Viertel aller KleinstunternehmerInnen haben einen jährlichen Umsatz unter 30.000 Euro (brutto) und bewegen sich somit am Rande ihrer wirtschaftlichen Existenz. Bisher fehlt es an einer entsprechenden Lobby für die immer größer werdende Gruppe, die die künftigen Bedürfnisse und Interessenlagen, vergleichbar einer Gewerkschaft, bei den unselbstständig Beschäftigten nicht nur entsprechend artikuliert, sondern auch für eine politische Umsetzung Sorge trägt.

## Web 2.0: Die digitale Veränderung der Arbeitswelt & kooperativer Wettbewerb

Die Arbeitswelt hat sich auch durch Internettechnologien in den letzten Jahren für viele Menschen verändert. Aus den Büros sind E-Mails nicht mehr wegzudenken, Computer haben Aufgaben übernommen, die früher Arbeitsplätze waren, Kommunikationswege haben sich völlig verändert, etc. Auch alternative Formen des Wirtschaftens, die nicht auf zerstörerischen Wettbewerb setzen, haben sich entwickelt. Hier ist oft von kooperativem Wettbewerb die Rede. Durch das Internet ist auch der Gedanke des Miteinander in der Wirtschaft gestärkt worden. Durch freie Software (*open source software*), bei der der Quellcode frei verfügbar ist, entstehen auch lokale Arbeitsplätze. Nicht mehr riesige (meist amerikanische) Software-Häuser leisten die Programmierarbeit, auch der/die lokale ProgrammiererIn vor Ort kann den Quellcode nutzen und ihn für die Bedürfnisse seiner/ihrer KundInnen vor Ort anpassen. Und auch neue Formen der Kooperation werden möglich: Durch die neuen Formen von Zusammenarbeit, entsteht bei der Entwicklung von freier Software dabei so etwas wie „koopera-

tiver Wettbewerb". In einem dialektischen Miteinander wird, beispielhaft gesprochen, aus zwei guten Ideen eine bessere Dritte. Die EntwicklerInnen oder AutorInnen stehen einerseits miteinander im Wettbewerb um den besten Algorithmus, die beste Lösung für ein Problem oder den besten Artikel zu einem Thema. Nie in Frage gestellt wird dabei aber das Miteinander, die Kooperation als gemeinsame Basis und Voraussetzung für ein gemeinsames Endprodukt. Durch den freien Zugang haben alle Beteiligten zumindest prinzipiell das gleiche Ausgangsmaterial. Dieser kooperative Wettbewerb hat nicht die zerstörerische Kraft, die sonst im freien Wettbewerb am Markt stattfinden kann, weil nicht versucht wird, die KonkurrentInnen vom Markt zu drängen. Die KonkurrentInnen sind gleichzeitig immer auch PartnerInnen: Mehr ist immer besser als weniger. Diese Variante birgt auch großes volkswirtschaftliches Potenzial, weil von kooperativem Verhalten in Summe die ganze Wirtschaft profitiert, wie die Spiel- und Kooperationstheorien zeigen. Das Potenzial ruht in der Innovationsorientierung des kooperativen Wettbewerbs, weil sie eine Form von „kollektiver Innovation" darstellt, wo viele gemeinsam noch mehr Neues schaffen. Es erhöht das Tempo von Innovationen. Und sie ist aus sozialer Sicht überlegen, weil sie Zusammenarbeit fördert, sich gegen einseitiges Gewinnmaximieren auf Kosten anderer richtet und den gesellschaftlichen Fortschritt unterstützt (Dobusch/Forsterleitner 2007).

In den letzten Jahren haben sich rund um diesen Gedanken eine Menge kooperativer und peer-to-peer (P2P) Arbeitsformen entwickelt: Zum Beispiel partizipative Business-Modelle, Co-Production, Co-Working, partizipatives Management, Crowdsourcing, P2P-Produktion, und vieles mehr (vgl. P2P-Foundation 2012). Diese neue Art zu wirtschaften verändert bereits Arbeitsplätze und wird mit der wachsenden Bedeutung des Internets noch wichtiger werden. Sie können dazu beitragen, Arbeit freier, produktiver, innovativer zu machen – und mehr Freude an der Arbeit bereiten. Zur Zeit sind diese Entwicklungen hauptsächlich in kreativen, künstlerischen und akademischen Bereichen zu beobachten, aber mit der Ausdehnung auf den Bereich der BürgerInnen und der Gesellschaft (Citizen Agriculture, Citizen Markets, Community Manufacturing etc.) wächst die Zahl der P2P-AnwenderInnen.

Schon in der klassischen Management-Literatur finden sich Belege für die positive Wirkung von Kooperation: Kooperation kann die Marktposition eines Unternehmens verbessern. Unternehmen stehen mit anderen Unternehmen in engen Austauschbeziehungen und damit Abhängigkeiten, weil sie Ressourcen benötigen. Durch den Aufbau kooperativer Beziehungen kann diese Versorgung gesichert werden, so der Ressourcen-Abhängigkeits-Ansatz (vgl. Schreyögg 1996). Auch aus ethischer Wertemanagement-Sicht ist der Aufbau von „Vertrauenskapital" sinnvoll. Sowohl beim Kontakt mit anderen Unternehmen als auch für die eigenen MitarbeiterInnen: *„Wenn Ethik im Unternehmen bewusst wahrgenommen*

*wird, kann die Arbeit für Mitarbeitende und Teams einen tieferen Sinn bekommen: Wir arbeiten hier nicht allein, um Gewinn zu erzielen, sondern um durch unsere Dienstleistungen Menschen zu helfen, um durch Technik Menschen das Leben zu erleichtern usw."* (Fetzer/Grabenstein 2007).

## Ausbeutung 2.0: Rund um die Uhr erreichbar

Die neuen Kommunikationstechnologien haben immense Veränderungen sowohl im privaten als auch im Berufsleben bewirkt. Sie können auch dazu führen, dass diese zwei Bereiche miteinander verschwimmen und keine klare Trennung mehr erfolgt, wie es bis vor Kurzem noch für die Mehrzahl der Menschen der Fall war. Viele Menschen sehen in den neuen Technologien und den damit verbundenen neuen Möglichkeiten eine echte Erleichterung und Verbesserung der Lebensqualität. Der Stress und Druck, auch in der Freizeit und bei Krankheit ständig erreichbar zu sein, kann aber auch zu Krankheitszuständen führen. Man möchte als fleißig, flexibel und loyal zum Unternehmen gelten, liest und beantwortet berufliche E-Mails in der Freizeit, telefoniert noch schnell mit der Kollegin, ist immer im „Stand-by"-Modus und verfügbar.

„Burn Out" ist inzwischen zum populären Modewort für alle Arten von Depressionen und Erschöpfungszuständen geworden – als Krankheit ist „Burn Out" international nicht anerkannt. Doch es scheint klar, warum so viele Menschen lieber von „Burn Out" sprechen: Sie drücken damit aus, dass sie einmal „gebrannt" haben, etwas geleistet haben, dies aber irgendwann zu viel wurde. Auch wenn man heute vorsichtig sein muss, weil der Begriff zum Modewort für alles mögliche geworden ist – das Phänomen drückt doch aus, dass der ständige Stress und Druck in der Arbeitswelt immer mehr Menschen krank macht.

Ist der Acht-Stunden-Tag als große gewerkschaftliche Errungenschaft des letzten Jahrhunderts durch das Web stillschweigend aufgehoben worden? Es mehren sich derzeit kritische Stimmen und Medienberichte zu diesem Thema und fordern das zeitweise Ausklinken aus dem Dauerfeuer aus Anrufen, E-Mails und der ständigen Erreichbarkeit: *Digital detox*, die digitale Entgiftung, lautet das Web 2.0-taugliche Schlagwort dazu. Es wird auch schon diskutiert, wie man zu einer gesunden Balance aus Arbeit und Freizeit kommt, damit nötige Regenerationsphasen möglich bleiben. Die Vorschläge reichen von Servern, die E-Mails nur zu Arbeitszeiten zustellen, von betrieblichen bis hin zu gesetzlichen Regelungen. Es wird hier zu einer gesellschaftlichen Diskussion kommen müssen und damit auch zu einer Übereinkunft, wie damit umgegangen wird. Es braucht eine Kultur, die es akzeptiert, dass jemand sein Handy auf „Flugmodus" stellt und damit ein paar Stunden nicht erreichbar ist, nicht arbeitet. Eine gesellschaftliche Antwort wäre mehr Wert als der Versuch, mit Verboten zu arbeiten.

Der Umgang mit digitalen Medien ist heute schon selbstverständlich. Kinder, die damit aufwachsen, haben keine Probleme mit der Bedienung und nutzen sie ganz selbstverständlich. Diesen Kindern muss man nicht beibringen, wie man etwas bedient. Vielleicht muss man aber den Umgang mit diesen neuen Kulturtechniken lernen: Wie man mit den Themen „Immer-auf-Stand-by", Selbstorganisation und gesunde Pausen etc. umgeht, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf Gesellschaft, Kultur und das eigene Leben hat. Das wäre auch für Schulen eine sinnvolle Ergänzung.

## Die Arbeitswelt verändert sich rasant

Diese Entwicklungen zusammenfassend, kann man wohl zurecht behaupten, dass sich insbesondere seit dem Beginn des digitalen Zeitalters die Arbeitswelt in wenigen Jahren verändert hat. Das schafft neue Möglichkeiten durch neue Technologien und völlig neue Felder, in denen gearbeitet wird. Mehr denn je ist hier ein menschliches Wirtschaften gefragt, das nicht aus den Augen verliert, wofür Wirtschaft da ist: Für den Menschen. Und auch wenn manche der hier beschriebenen Veränderungen erst kleine Teile der arbeitenden Bevölkerung betreffen, lassen sich doch Trends erkennen: Immer mehr Menschen wollen selbstbestimmt arbeiten. Ein ethischer und humaner Zugang zu MitarbeiterInnen im Betrieb macht sich auch ökonomisch bezahlt und Kooperation nimmt an Bedeutung zu. Zu einer erfüllenden, nicht nur auf Konsum, sondern auch auf Freude an der Arbeit und Sinn ausgerichteten Arbeitswelt, in der man nicht ständig in Angst vor der eigenen Zukunft leben muss, ist es noch ein weiter Weg. Aber es ist kein Zufall, dass mit dem digitalen Zeitalter auch die Diskussion darüber neu aufgeflammt ist, denn auch hier sind die Möglichkeiten für Austausch und Diskussion stark gestiegen. All das macht Hoffnung für die Zukunft und macht es notwendig, diesen wichtigen Lebensbereich aktiv zu gestalten.

## Literaturverzeichnis

*Bergmann, F. Neue Arbeit. Neue Kultur http://www.neuearbeit-neuekultur.de und http://de.wikipedia.org/wiki/Frithjof_Bergmann).*

*Dobusch, L.; Forsterleitner, C. (2007): Freie Netze. Freies Wissen. In: Echomedia Verlag und www.freienetze.at.*

*Europäische Kommission (2010) http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/key_technologies.*

*Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties", American Journal of Sociology, Jg. 78, S. 1360-1380.*

*Engler, W. (2005) Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. In: Aufbau-Verlag, Berlin.*

*Fetzer, J.; Grabenstein, A. (2007): Managmeent Fundamentals: Wertemanagement. HFH Universty of applied Science, Hamburg.*

*Florida, R. (2002): The Rise of the Creative Class. In: Basic Books, New York.*

*Gardner, H.; Csikszentmihalyi, M.; Damon, W. (2005): Good Work! Für eine neue Ethik im Beruf. In: Klett-Cotta Stuttgart.*

*P2P Foundation: Collaborative Economy (2012): http://p2pfoundation.net/Category: Collaborative_Economy.*

*Putnam, R. (2001) Gesellschaft und Gemeinsinn. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.*

*Schreyögg, G. (1996): Organiation: Grundlagen moderner Organisationsgesellschaften. Wiesbaden.*

*Steinle, C./Draeger, A. (2002): Intrapreneurship: Begriffe, Ansätze und Ausblick. In: WiSt 31/5.*

*Wikipedia: Herzberg http://de.wikipedia.org/wiki/Zwei-Faktoren-Theorie_(Herzberg).*

# AutorInnen

**Stefan Etzelstorfer** studiert Jus, Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsrecht und ist als Geschäftsführer des BSA Oberösterreich tätig. Zuvor war er jahrelang in politischen Jugendorganisationen aktiv. Von 2010 bis 2011 war er Vorsitzender der Österreichischen HochschülerInnenschaft an der JKU Linz.

**Mag. Christian Forsterleitner** studierte Betriebswirtschaft an der JKU Linz und der Universidad de Salamanca und arbeitet beim Linzer Kunststoffrohr-Produzenten Ke Kelit. Er ist Vorsitzender des BSA Oberösterreich und Gemeinderat in Linz. *www.freienetze.at*

**Mag. Dr. Georg Hubmann** ist Sozialwissenschaftler und als Geschäftsführer des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts in der politischen Grundlagenarbeit sowie in der Vernetzung von Wissenschaft und Politik tätig. Zwischen 2009 und 2011 hat er in der SPÖ Oberösterreich den Parteierneuerungsprozess morgen.rot geleitet. *www.jbi.or.at*

**Mag.ª Barbara Kapeller** ist Sozialwissenschaftlerin und Leiterin des Kongresses „momentum", der jährlich über 300 Menschen aus Politik, Wissenschaft und Praxis zusammenbringt, um über eine Weiterentwicklung der Gesellschaft nachzudenken. Die Ergebnisse finden Eingang in Wissenschaft und Politik. *www.momentum-kongress.org*

**Mag.ª Laura Kepplinger** ist Soziologin und Historikerin und forscht unter anderem zu den Themen Bevölkerungspolitik, Eugenik und gesellschaftlichen Diskursen von Reproduktion. Sie lebt und arbeitet in Linz und Madrid.

# KünstlerInnen

**Monika Breitenfellner**, freischaffende Künstlerin. Ausbildung in Malerei und Druckgrafik, Acryl, Aquarell, Lithografie und textiles Malen in Seminaren bei Renate Moran.

**Brigitte Edler**, freischaffende Künstlerin. kaufmännische Ausbildung sowie Ausbildung an Kunstschule in Linz in Gebrauchsgrafik und Weberei.

**Mag.ª Elfie Hackl-Ceran**, Kunstuniversität Linz (Malerei und Grafik), freischaffende Künstlerin, Kunst- und Maltherapeutin, Erwachsenenbildnerin, Trainerin und Coach. *www.elfie-hacklceran.at*

**Mag. Ernst Hager**, Studium der Malerei und Grafik, Kunstvermittler und freischaffender Künstler, arbeitet als Lehrer und Kunsterzieher.

**Werner Horvath**, promovierter Primararzt, seit seinem 50. Lebensjahr freischaffender Künstler (Malerei) mit Ateliers in Linz und auf Kreta. www.horvath.tk

**Paul Jaeg**, freischaffender Künstler, Leiter des Kunsthauses in Strobl am Wolfgangsee, Leiter des Arovell Kulturverlags, Mitglied der Künstlergruppe „Sinnenbrand".

**Kurt Kopta**, freischaffender Künstler mit zahlreichen Auslandsaufenthalten (u.a. Deutschland, Türkei). Fotograf, Maler, Bildhauer, zeitweilige Lehrtätigkeiten in Alternativschulen. *www.kopta-und-bilder.blogspot.com*

**Mag.ª Veronika Merl**, Studium Bühnenbild / Kostümentwurf (Mozarteum Salzburg), seit 1988 als Künstlerin freischaffend mit zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland. www.veronika-merl.at

**Renate Moran**, freischaffende Malerin, Grafikerin, Objektkünstlerin, Autorin, Erwachsenenbildnerin. Vorsitzende des bsa:art Oberösterreich. *www.renate-moran.at*

**Ingeborg Rauss**, freischaffende Künstlerin, Autorin, Gastdozentin an der Akademie für Malerei, Berlin, Künstlerin der Galerie Root, Berlin.

**Mag.ª Helga Schager**, freischaffende Künstlerin, Gründungsmitglied von „SPACEfemFM" (Frauenradio auf Radio FRO). Computergrafik, Fotografie, Collagen in vielfältigen Varianten, Audio- und Objektinstallationen, Kunst-, Internet- und Radioprojekte. *www.servus.at/schager/helga*

**Anne-Bé Talirz**, freischaffende Künstlerin. Druckgrafik, Bildhauerei, Malerei, Graphische Formgebung (Werbegrafik). *www.atelier-silberdistel.com*

# ExpertInnen

**Sonja Ablinger** ist Abgeordnete zum Nationalrat und Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Oberösterreich.

**Ing. Reinhold Entholzer** ist Landesrat für öffentlichen Verkehr, Tierschutz und Verwaltungspolizei in Oberösterreich. Zuvor war er unter anderem Vizepräsident der Arbeiterkammer Oberösterreich und Landesvorsitzender der Gewerkschaft „vida".

**Mag.ª Gertraud Jahn** ist Vorsitzende des sozialdemokratischen Landtagsklubs in Oberösterreich und Bereichssprecherin für Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft.

**MMag. Klaus Luger** ist Vizebürgermeister der Stadt Linz und Referent für Soziales, Jugend, Verkehr und Integration.

**Mag. Max Stelzer, MBA,** ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der voestalpine Mitarbeiterbeteiligung Privatstiftung.

**Ass.-Prof.in Dr.in Christine Stelzer-Orthofer** arbeitet am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der JKU Linz und ist Herausgeberin des jährlichen oberösterreichischen Armutsberichts.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer** ist Mitglied des Europäischen Parlaments und zählt dort zur „Progressiven Allianz der SozialistInnen und DemokratInnen (S & D)".

Der Wandel in der Arbeitswelt schreitet unvermindert fort. Berufskarrieren sind in der heute jungen Generation der unter 30-Jährigen nicht mehr mit denen ihrer Eltern vergleichbar. Geprägt wird die Entwicklung von Flexibilität und Unsicherheit. Was für den Arbeitsmarkt als Ganzes gilt, trifft natürlich jeden einzelnen Menschen genauso.

Arbeit wird es immer geben. Die Frage ist nur welche, für wen und wie viel. Dieses Buch soll einen Beitrag liefern, was Arbeit heute sein kann und sein soll. Historische und ökonomische Fragen aus gesellschaftstheoretischer Perspektive werden dabei ebenso beleuchtet wie aktuelle Themen und die Probleme von Menschen in der Arbeitswelt in ihrer persönlichen Betroffenheit.

***„Das Ziel der neuen Arbeit besteht nicht darin, die Menschen von der Arbeit zu befreien, sondern die Arbeit so zu transformieren, dass sie freie, selbstbestimmte menschliche Wesen hervorbringt."***
Frithjof H. Bergmann, Philosoph und Begründer der New-Work-Bewegung

bsa oö
mitmenschendenken

JAHODA-BAUER
Institut